



Verfassungsgerichtshof

**Entscheid Nr. 30/2026
vom 12. März 2026
Geschäftsverzeichnissnr. 8349**

In Sachen: Klage auf Nichtigkeitserklärung des Gesetzes vom 29. März 2024 « zur Schaffung einer gemeinsamen Datenbank ‘ Terrorismus, Extremismus, Radikalisierungsprozess ’ (‘ T.E.R. ’) und zur Abänderung des Gesetzes vom 30. Juli 2018 über den Schutz natürlicher Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten, des Gesetzes vom 30. Juli 2018 zur Einrichtung von Büros für lokale integrale Sicherheit in Sachen Radikalismus, Extremismus und Terrorismus und des Gesetzes vom 5. August 1992 über das Polizeiamt », erhoben von der VoG « Ligue des droits humains » und der VoG « Défense des Enfants - International - Belgique ».

Der Verfassungsgerichtshof,

zusammengesetzt aus den Präsidenten Pierre Nihoul und Luc Lavrysen, und den Richtern Thierry Giet, Joséphine Moerman, Michel Pâques, Yasmine Kherbache, Sabine de Bethune, Emmanuelle Bribosia, Willem Verrijdt und Magali Plovie, unter Assistenz des Kanzlers Nicolas Dupont, unter dem Vorsitz des Präsidenten Pierre Nihoul,

erlässt nach Beratung folgenden Entscheid:

I. Gegenstand der Klagen und Verfahren

Mit einer Klageschrift, die dem Gerichtshof mit am 16. Oktober 2024 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief zugesandt wurde und am 18. Oktober 2024 in der Kanzlei eingegangen ist, erhoben Klage auf Nichtigkeitserklärung des Gesetzes vom 29. März 2024 « zur Schaffung einer gemeinsamen Datenbank ‘ Terrorismus, Extremismus, Radikalisierungsprozess ’ (‘ T.E.R. ’) und zur Abänderung des Gesetzes vom 30. Juli 2018 über den Schutz natürlicher Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten, des Gesetzes vom 30. Juli 2018 zur Einrichtung von Büros für lokale integrale Sicherheit in Sachen Radikalismus, Extremismus und Terrorismus und des Gesetzes vom 5. August 1992 über das Polizeiamt » (veröffentlicht im *Belgischen Staatsblatt* vom 16. April 2024): die VoG « Ligue des droits humains » und die VoG « Défense des Enfants – International – Belgique », unterstützt und vertreten durch RÄin Catherine Forget, in Brüssel zugelassen.

Der Ministerrat, unterstützt und vertreten durch RA Nicolas Bonbled und RÄin Lise-Marie Hennau, in Brüssel zugelassen, hat einen Schriftsatz eingereicht, die klagenden Parteien haben einen Erwidierungsschriftsatz eingereicht, und der Ministerrat hat auch einen Gegenerwidierungsschriftsatz eingereicht.

Durch Anordnung vom 17. Dezember 2025 hat der Gerichtshof nach Anhörung der referierenden Richter Magalie Plovie und Willem Verrijdt beschlossen, dass die Rechtssache verhandlungsreif ist, dass keine Sitzung abgehalten wird, außer wenn eine Partei innerhalb von sieben Tagen nach Erhalt der Notifizierung dieser Anordnung einen Antrag auf Anhörung eingereicht hat, und dass vorbehaltlich eines solchen Antrags die Verhandlung nach Ablauf dieser Frist geschlossen und die Rechtssache zur Beratung gestellt wird.

Da keine Sitzung beantragt wurde, wurde die Rechtssache zur Beratung gestellt.

Die Vorschriften des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, die sich auf das Verfahren und den Sprachengebrauch beziehen, wurden zur Anwendung gebracht.

II. *Rechtliche Würdigung*

(...)

In Bezug auf das angefochtene Gesetz und dessen Kontext

B.1. Die klagenden Parteien beantragen die völlige oder teilweise Nichtigkeitserklärung des Gesetzes vom 29. März 2024 « zur Schaffung einer gemeinsamen Datenbank ‘ Terrorismus, Extremismus, Radikalisierungsprozess ’ (‘ T.E.R. ’) und zur Abänderung des Gesetzes vom 30. Juli 2018 über den Schutz natürlicher Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten, des Gesetzes vom 30. Juli 2018 zur Einrichtung von Büros für lokale integrale Sicherheit in Sachen Radikalismus, Extremismus und Terrorismus und des Gesetzes vom 5. August 1992 über das Polizeiamt » (nachstehend: angefochtene Gesetz).

B.2.1. Mit dem angefochtenen Gesetz wird eine gemeinsame Datenbank « Terrorismus, Extremismus, Radikalisierungsprozess » (nachstehend: T.E.R.) geschaffen, die « die gemeinsame Verarbeitung personenbezogener Daten und von Informationen im Zusammenhang mit Aufträgen zur Verhütung und Überwachung des Terrorismus und des Extremismus, wenn er zu Terrorismus führen kann, im Sinne von Artikel 8 Nr. 1 [Absatz 2] Buchstaben *b*) und *c*) des Grundlagengesetzes vom 30. November 1998 über die

Nachrichten- und Sicherheitsdienste dieser Dienste durch alle oder einen Teil der Basisdienste und der Partnerdienste jeweils im Rahmen ihrer gesetzlichen Befugnisse ermöglicht » (Artikel 3 Absatz 1 des angefochtenen Gesetzes).

Es soll so die Bestimmungen des Gesetzes vom 5. August 1992 « über das Polizeiamt » (nachstehend: Gesetz über das Polizeiamt) über die gemeinsamen Datenbanken sowie die meisten Bestimmungen der königlichen Erlasse über einerseits die gemeinsame Datenbank « Terrorist Fighters » (terroristische Kämpfer) (früher bezeichnet als: gemeinsame Datenbank « Foreign Terrorist Fighters » (ausländische terroristische Kämpfer)) und über andererseits die gemeinsame Datenbank « Hasspropagandisten » in ein eigenständiges Gesetz umsetzen (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, SS. 5 und 7). Es handelt sich jeweils um (1) die Artikel 44/2 ff. des Gesetzes über das Polizeiamt, abgeändert durch die Artikel 7 bis 13 des Gesetzes vom 27. April 2016 « über zusätzliche Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus » (nachstehend: Gesetz vom 27. April 2016), (2) den königlichen Erlass vom 21. Juli 2016 « über die gemeinsame Terrorist-Fighters-Datenbank » (nachstehend: königlicher Erlass vom 21. Juli 2016), abgeändert durch den königlichen Erlass vom 23. April 2018 « zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 21. Juli 2016 über die gemeinsame Datenbank Foreign Terrorist Fighters und zur Ausführung bestimmter Bestimmungen von Kapitel IV Abschnitt *1bis* ‘ Informationsverwaltung ’ des Gesetzes über das Polizeiamt und zur Umwandlung der gemeinsamen Foreign-Terrorist-Fighters-Datenbank in eine gemeinsame Terrorist-Fighters-Datenbank » und durch den königlichen Erlass vom 20. Dezember 2019 « zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 21. Juli 2016 über die gemeinsame Terrorist-Fighters-Datenbank und des Königlichen Erlasses vom 23. April 2018 über die gemeinsame Hasspropagandisten-Datenbank und zur Ausführung verschiedener Bestimmungen von Kapitel IV Abschnitt *1bis* ‘ Informationsverwaltung ’ des Gesetzes über das Polizeiamt » und (3) den königlichen Erlass vom 23. April 2018 « über die gemeinsame Hasspropagandisten-Datenbank und zur Ausführung verschiedener Bestimmungen von Kapitel IV Abschnitt *1bis* ‘ Informationsverwaltung ’ des Gesetzes über das Polizeiamt » (nachstehend: königlicher Erlass vom 23. April 2018 « Hasspropagandisten »), abgeändert durch den vorerwähnten königlichen Erlass vom 20. Dezember 2029.

Das Ziel der gemeinsamen Datenbank T.E.R. ist auch, « die T.E.R.-Strategie in Bezug auf die gemeinsame Datenbank und die lokalen Task Forces zu stärken » und « den Schwerpunkt auf die notwendige Konzertierung zwischen den Sicherheitsfachkräften hinsichtlich der in der

gemeinsamen Datenbank T.E.R. enthaltenen Daten zu legen, die sich insbesondere über die Zweckmäßigkeit von Maßnahmen verständigen müssen, wenn eine Einrichtung in der gemeinsamen Datenbank erfasst ist » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, S. 7).

B.2.2. Das angefochtene Gesetz übernimmt « so viele Elemente wie möglich », die in den vorerwähnten königlichen « Hasspropagandisten »-Erlassen vom 21. Juli 2016 und vom 23. April 2018 enthalten sind, um « bestimmten Bestimmungen, insbesondere im Bereich des Schutzes von Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten und im Bereich der verarbeiteten Datenkategorien eine bessere rechtliche Grundlage zu geben » (ebenda, S. 7). Die Mehrheit der Bestimmungen des Gesetzes über das Polizeiamt in Bezug auf die gemeinsamen Datenbanken oder der vorerwähnten königlichen Erlasse wurden in das angefochtene Gesetz ohne inhaltliche Änderung übernommen (ebenda).

In der gemeinsamen Datenbank T.E.R. werden die personenbezogenen Daten in Bezug auf fünf Kategorien von « Entitäten » verarbeitet: die « Foreign Terrorist Fighters », die « Homegrown Terrorist Fighters », die potenziell gewalttätigen Extremisten, die wegen Terrorismus verurteilten Personen und die Hasspropagandisten (Artikel 2 Nr. 4 in Verbindung mit Artikel 6 § 2 Nr. 1 des angefochtenen Gesetzes). Die « Entität » bezeichnet die natürliche Person, die juristische Person oder die nichtrechtsfähige Vereinigung, die die Kriterien für eine der vorerwähnten Kategorien erfüllt (« validierte Entität ») oder für die schwerwiegende Indizien vorliegen, dass sie diese Kriterien erfüllen könnte (« vorläufig untersuchte Entität »), aber auch alle von diesen benutzte Mittel wie beispielsweise benutzte Verkehrsmittel oder Telefon-/Kontonummern » (Artikel 2 Nr. 4 des angefochtenen Gesetzes; *Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, S. 22).

Die in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. verarbeiteten personenbezogenen Daten sind die nicht eingestufteten Daten im Sinne des Gesetzes vom 11. Dezember 1998 « über die Einstufung, die Sicherheitsermächtigungen, Sicherheitsgutachten und den öffentlichen regulierten Dienst » (nachstehend: Gesetz vom 11. Dezember 1998) (Artikel 6 § 2 des angefochtenen Gesetzes).

Die Erfassung einer Entität in der T.E.R.-Datenbank hat zur Folge, « einerseits, dass der Austausch von Daten und Informationen über eine Entität in einer Beratungsplattform mit der

Bezeichnung [lokale ‘ Task Force ’] erfolgt [...] und andererseits, dass die [lokale ‘ Task Force ’] sich ab der Validierung einer Entität in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. über eventuelle Maßnahmen abstimmt, die nach der Erfassung einer Entität in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. ergriffen werden können. Das Ergebnis dieser Konzertierung wird der zuständigen Behörde übermittelt, um die fragliche Maßnahme zu beschließen » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, SS. 132 und 133; siehe die Artikel 31 bis 33 des angefochtenen Gesetzes). Die betreffenden Maßnahmen sind insbesondere « die polizeiliche Meldung, die Nachrichtenmeldung, die Meldung durch das Ausländeramt gemäß den jeweils geltenden Vorschriften oder auch die Meldung im Rahmen der belgischen Vorschriften zur Verarbeitung von Passagierdaten », die Aussetzung oder der Entzug « [der] Genehmigungen für Wachunternehmen, Unternehmen für Sicherheitsberatung, interne Wachdienste und Privatdetektive, [der] Zulassungen für Sicherheitsunternehmen und Lehrbeauftragte in Ausbildungseinrichtungen sowie [der] Genehmigungen für das Personal, in diesem Sektor zu arbeiten » und der « Waffenscheine für Wachleute », die Einleitung einer Sozial- und Steueruntersuchung, die Einleitung einer Finanzuntersuchung, die Ergreifung spezifischer Maßnahmen durch das Landesamt für Arbeitsbeschaffung (LfA), das Wallonische Amt für Berufsbildung und Arbeitsbeschaffung (FOREm), das Brüsseler regionale Amt für Arbeitsbeschaffung (Actiris), Bruxelles formation, das Flämische Amt für Arbeitsbeschaffung und Berufsbildung (Vlaamse Dienst voor Arbeidsbemiddeling en Beroepsopleiding oder VDAB) oder das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (ADG), die Ergreifung spezifischer Maßnahmen durch das Ausländeramt, die Verweigerung, der Entzug oder die Ungültigkeitserklärung von Reisepässen und belgischen Identitätsdokumenten, die automatische Eintragung oder Löschung aus den Bevölkerungsregistern, das Einfrieren von Guthaben, die Überwachung durch die Polizeidienste, die Überwachung durch die Nachrichtendienste, die Überwachung der sozialen Medien und die Maßnahmen, die in der Verordnung (EU) 2021/784 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2021 « zur Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte » und der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 « über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste) » vorgesehen sind (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, SS. 142 bis 146; Artikel 33 § 2 des angefochtenen Gesetzes).

B.2.3. Die Minister des Innern und der Justiz sind gemeinsam verantwortlich für die Verarbeitung in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. (Artikel 5 Absatz 1 des angefochtenen Gesetzes).

Die föderale Polizei ist ihr Verwalter (Artikel 2 des königlichen Erlasses vom 14. Juli 2024 « über die gemeinsame Datenbank ‘ Terrorismus, Extremismus, Radikalisierungsprozess ’ (‘ T.E.R. ’) » (nachstehend: königlicher Erlass vom 14. Juli 2024 zur Ausführung der in Artikel 11 Absatz 1 des angefochtenen Gesetzes enthaltenen Ermächtigung). In diesem Zusammenhang obliegt es ihr unter anderem, die Pflege der gemeinsamen Datenbank einzurichten, zur Verfügung zu stellen, zu verwalten und sicherzustellen, die für die in ihr durchzuführenden Verarbeitungen notwendigen Berechtigungen und Zugänge zu organisieren und für die Protokollierung dieser Verarbeitungen zu sorgen (Artikel 11 Absatz 2 des angefochtenen Gesetzes).

Das Koordinierungsorgan für die Bedrohungsanalyse (nachstehend: KOBA) ist der operativ verantwortliche Leiter der gemeinsamen Datenbank T.E.R. (Artikel 3 des königlichen Erlasses vom 14. Juli 2024 zur Ausführung der in Artikel 12 Absatz 1 des angefochtenen Gesetzes enthaltenen Ermächtigung). In diesem Zusammenhang validiert das KOBA insbesondere die Erfassung einer Entität in der gemeinsamen Datenbank, kontrolliert die Qualität der darin verarbeiteten Daten und sorgt dafür, dass die Daten gemäß den vorgesehenen Zwecken genutzt werden (Artikel 12 Absatz 2 des angefochtenen Gesetzes; *Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/002, S. 14).

Das Organ für die Kontrolle der polizeilichen Informationen und der Ständige Ausschuss für die Kontrolle über die Nachrichten- und Sicherheitsdienste (nachstehend: Ständiger Ausschuss N) sind die Datenschutzbehörden, die gemeinsam mit der Kontrolle der in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. durchgeführten Verarbeitungen beauftragt sind (nachstehend: Aufsichtsbehörden) (Artikel 29 in Verbindung mit Artikel 2 Nr. 22 des angefochtenen Gesetzes; Artikel 161 Absatz 2 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 « über den Schutz natürlicher Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten », eingefügt durch Artikel 46 des angefochtenen Gesetzes).

B.2.4. Mit der Schaffung der gemeinsamen Datenbank T.E.R. wird hauptsächlich bezweckt, der Empfehlung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses « zur

Untersuchung der Umstände, die zu den Terroranschlägen vom 22. März 2016 im Flughafen Brüssel-National und in der Metrostation Maelbeek in Brüssel geführt haben, einschließlich der Entwicklung und der Führung der Bekämpfung des Radikalismus und der terroristischen Bedrohung » (nachstehend: parlamentarischer Untersuchungsausschuss « Terroranschläge ») und der Datenschutzbehörde nachzukommen, den bestehenden gemeinsamen Datenbanken « Terrorist Fighters » und « Hasspropagandisten » eine *ad hoc*-Rechtsgrundlage zu geben. Letztere wurden durch die vorerwähnten königlichen Erlasse in Ausführung der Ermächtigung geschaffen, die durch Artikel 44/11/3*bis* des Gesetzes über das Polizeiamt, eingefügt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 27. April 2016, den Ministern des Innern und der Justiz erteilt wurde, um gemeinsam im Hinblick auf die gemeinsame Ausübung der Aufträge zur Verhütung und Überwachung des Terrorismus oder des Extremismus, der zu Terrorismus führen kann, gemeinsame Datenbanken zu schaffen. Diese Datenbanken sind technisch eine einzige gemeinsame Datenbank, « die, wie aus ihrem Namen hervorgeht, von verschiedenen Diensten gemeinsam genutzt wird und für die es folglich keinen Grund [gibt], dem Gesetz über das Polizeiamt zugeordnet zu sein » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, S. 5; siehe auch DOC 55-3692/002, S. 3).

Mit der Schaffung der gemeinsamen Datenbank T.E.R. wird auch bezweckt, nach der « Conings-Affaire » « die Verpflichtung der Lokalen Task Force, eine Liste von Maßnahmen, die gegenüber einer Entität ergriffen werden können, durchzugehen, wenn eine Entität in die gemeinsame Datenbank T.E.R. aufgenommen wird » vorzusehen (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, S. 6), zum Beispiel « den Entzug eines Waffenbesitzerlaubnisscheins, einer Ermächtigung, eines Aufenthaltsscheins usw. » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/002, S. 5).

Schließlich wird mit der Schaffung der gemeinsamen Datenbank T.E.R. « nach dem tragischen Tod eines Polizisten, der von einer in der T.E.R.-Datenbank gespeicherten Person niedergestochen wurde, die infolge des Verdachts einer psychiatrischen Erkrankung in ein Krankenhaus gebracht wurde, jedoch vor der Untersuchung durch eine Gesundheitsfachkraft wieder gegangen ist » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, S. 6), angestrebt, es zu ermöglichen, dass einerseits « die Basisdienste Daten bezüglich der geistigen und körperlichen Gesundheit und der Gefährlichkeit von in der T.E.R.-Datenbank gespeicherten Personen den Gesundheitsfachkräften übermitteln » und dass andererseits « sämtliche Polizisten, die vor Ort sind, Kenntnis von der Bewertung der Gefährlichkeit einer Person, die

in der T.E.R.-Datenbank gespeichert ist und mit der sie in Kontakt sind, nehmen zu können, ohne über eine Sicherheitsermächtigung verfügen zu müssen » (ebenda).

B.3. Durch das angefochtene Gesetz werden drei weitere Gesetze und ein Gesetzbuch abgeändert, und zwar das Gesetz vom 30. Juli 2018 « über den Schutz natürlicher Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten » (nachstehend: Datenschutzgesetz), das Gesetz vom 30. Juli 2018 « zur Einrichtung von Büros für lokale integrale Sicherheit in Sachen Radikalismus, Extremismus und Terrorismus », das Gesetz über das Polizeiamt und das Konsulargesetzbuch.

Die an diesen Gesetzen und diesem Gesetzbuch vorgenommenen Abänderungen sind in Kapitel 4 des angefochtenen Gesetzes aufgeführt (Artikel 34 bis 54).

B.4. Das angefochtene Gesetz ist am 1. Oktober 2024 in Kraft getreten (Artikel 11 Nr. 1 des königlichen Erlasses vom 14. Juli 2024, zur Ausführung der in Artikel 60 Absatz 2 des angefochtenen Gesetzes enthaltenen Ermächtigung). Aufgehoben wurden zum gleichen Datum der vorerwähnte Artikel 44/11/3bis des Gesetzes über das Polizeiamt (Artikel 55 Nr. 3 des angefochtenen Gesetzes), sowie die vorerwähnten königlichen Erlasse vom 21. Juli 2016 und vom 23. April 2018 (Artikel 10 und 11 Nr. 2 des königlichen Erlasses vom 14. Juli 2024; Artikel 56 und 57 des angefochtenen Gesetzes in Verbindung mit Artikel 11 Nr. 1 des königlichen Erlasses vom 14. Juli 2024).

In Bezug auf die Zulässigkeit der Klagegründe

B.5.1. Um den Erfordernissen nach Artikel 6 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof zu entsprechen, müssen die in der Klageschrift vorgebrachten Klagegründe angeben, welche Vorschriften, deren Einhaltung der Gerichtshof gewährleistet, verletzt wären und welche Bestimmungen gegen diese Vorschriften verstoßen würden, und darlegen, in welcher Hinsicht diese Vorschriften durch die fraglichen Bestimmungen verletzt würden.

Um den vorerwähnten Erfordernissen zu entsprechen, obliegt es insbesondere jeder klagenden Partei, ihre Kritik auf die angefochtenen Bestimmungen in der letztlich vom

Gesetzgeber angenommenen Fassung zu richten, anstatt sich auf Fassungen zu stützen, die im Entwurf (oder Vorentwurf) des Gesetzes waren und an denen der Gesetzgeber noch wesentliche Änderungen vorgenommen hat oder hat vornehmen können, zum Beispiel nach Anmerkungen eines Beratungsgremiums.

B.5.2. Der Gerichtshof prüft die Nichtigkeitsklage nur insofern, als sie den vorerwähnten Erfordernissen entspricht.

In Bezug auf den ersten Klagegrund (Recht auf Achtung des Privatlebens, Recht auf Schutz personenbezogener Daten und Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf)

B.6.1. Der erste Klagegrund ist abgeleitet aus einem Verstoß gegen die Artikel 10, 11 und 22 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention und mit den Artikeln 8, 10, 13 bis 15 und 54 der Richtlinie (EU) 2016/680 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 « zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates » (nachstehend: Polizeirichtlinie) und mit den Artikeln 7, 8, 47 und 52 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (nachstehend: Charta). Er besteht aus zwölf Beschwerdegründen.

Nach Auffassung der klagenden Parteien verletzt das angefochtene Gesetz das Recht auf Achtung des Privatlebens, das Recht auf den Schutz personenbezogener Daten und das Recht auf eine wirksame Beschwerde, die durch diese Bestimmungen gewährleistet werden.

Im ersten bis sechsten Beschwerdegrund wird ein Verstoß gegen das Legalitätsprinzip in seinen materiellen und formellen Aspekten geltend gemacht.

Im siebten und achten Beschwerdegrund wird ein Verstoß gegen die Erfordernisse der Notwendigkeit und Effizienz geltend gemacht.

Im neunten bis zwölften Beschwerdegrund wird ein Verstoß gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geltend gemacht.

B.6.2. Das Recht auf Achtung des Privatlebens, so wie es durch Artikel 22 der Verfassung und Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention gewährleistet wird, bezweckt im Wesentlichen, die Personen gegen Einmischungen in ihr Privatleben zu schützen. In dem Vorschlag, der der Annahme von Artikel 22 der Verfassung vorausging, wurde « der Schutz der Person, die Anerkennung ihrer Identität, die Bedeutung ihrer Entfaltung sowie derjenigen seiner Familie » hervorgehoben, sowie die Notwendigkeit, das Privat- und Familienleben vor « den Gefahren einer Einmischung, unter anderem als Folge der ständigen Entwicklung der Informationstechniken, wenn Maßnahmen zur Ermittlung, Untersuchung und Kontrolle durch die Behörden und durch private Einrichtungen bei der Ausführung ihrer Funktionen oder Tätigkeiten durchgeführt werden » zu schützen (*Parl. Dok.*, Senat, Sondersitzungsperiode 1991-1992, Nr. 100-4/2°, S. 3). In dem Vorschlag wurde ebenso ausgeführt, dass der Gesetzgeber « das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens auf keinerlei Weise aushöhlen darf, andernfalls verletzt er nicht nur eine Verfassungsbestimmung, sondern auch internationale Rechtsvorschriften » (ebenda).

Das Recht auf Achtung des Privatlebens hat eine weitreichende Tragweite und umfasst unter anderem den Schutz der personenbezogenen Daten und der persönlichen Information. Unter den Schutzbereich dieses Rechts fallen u.a. folgende personenbezogene Daten und Informationen: der Name, die Adresse, die professionellen Aktivitäten, die persönlichen Beziehungen, digitale Fingerabdrücke, Kamerabilder, Fotos, Kommunikationsdaten, DNA-Daten, gerichtliche Daten (Verurteilung oder Verdacht), finanzielle Daten, Informationen über Eigentum und medizinische Daten (siehe insbesondere EuGHMR, 26. März 1987, *Leander gegen Schweden*, ECLI:CE:ECHR:1987:0326JUD000924881, §§ 47 und 48; Große Kammer, 4. Dezember 2008, *S. und Marper gegen Vereinigtes Königreich*, ECLI:CE:ECHR:2008:1204JUD003056204, §§ 66 bis 68; 13. Oktober 2020, *Frâncu gegen Rumänien*, ECLI:CE:ECHR:2020:1013JUD006935613, § 51).

B.6.3. Das Recht auf Achtung des Privatlebens ist jedoch kein absolutes Recht. Artikel 22 der Verfassung und Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention schließen eine Einmischung der Behörden in die Ausübung dieses Rechts nicht aus, sofern eine solche durch eine ausreichend präzise gesetzliche Bestimmung vorgesehen ist, sie einem zwingenden

gesellschaftlichen Bedürfnis in einer demokratischen Gesellschaft entspricht und sie im Verhältnis zu dem damit angestrebten rechtmäßigen Ziel steht.

Der Gesetzgeber verfügt in dem Zusammenhang über einen Ermessensspielraum. Dieser Ermessensspielraum ist gleichwohl nicht grenzenlos; damit eine Norm sich mit dem Recht auf Achtung des Privatlebens vereinbaren lässt, ist es erforderlich, dass der Gesetzgeber ein gerechtes Gleichgewicht zwischen allen betroffenen Rechten und Interessen schafft.

B.6.4. Innerhalb des Geltungsbereichs des Rechts der Europäischen Union gewährleisten Artikel 22 der Verfassung, Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention und Artikel 7 der Charta analoge Grundrechte (EuGH, Große Kammer, 9. November 2010, C-92/09 und C-93/09, *Volker und Markus Schecke GbR u.a.*, ECLI:EU:C:2010:662), während Artikel 8 dieser Charta einen spezifischen Rechtsschutz für personenbezogene Daten bietet.

Die Vereinbarkeit einer Gesetzesbestimmung mit den Artikeln 7 und 8 der Charta in Verbindung mit Artikel 22 der Verfassung kann nur durch den Gerichtshof geprüft werden, insofern die angefochtene Bestimmung in den Anwendungsbereich des Unionsrechts fällt (EuGH, Große Kammer, 26. Februar 2013, C-617/10, *Åklagaren*, ECLI:EU:2013:105, Randnrn. 17 ff.).

B.6.5. Auch die in den Artikeln 7 und 8 der Charta verankerten Grundrechte können keine uneingeschränkte Geltung beanspruchen (EuGH, Große Kammer, 16. Juli 2020, C-311/18, *Data Protection Commissioner*, ECLI:EU:C:2020:559, Randnr. 172).

Nach Artikel 52 Absatz 1 Satz 1 der Charta müssen Einschränkungen der Ausübung der darin garantierten Rechte und Freiheiten, einschließlich des durch Artikel 7 gewährleisteten Rechts auf Achtung des Privatlebens und des in Artikel 8 verankerten Rechts auf Schutz personenbezogener Daten, gesetzlich vorgesehen sein, den Wesensgehalt dieser Rechte achten und unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit erforderlich sein sowie den dem Gemeinwohl dienenden Zielsetzungen oder den Erfordernissen des Schutzes der Rechte und Freiheiten anderer tatsächlich entsprechen (EuGH, Große Kammer, 6. Oktober 2020, C-623/17, *Privacy International*, ECLI:EU:C:2020:790, Randnr. 64).

B.6.6. Artikel 47 der Charta sieht ein Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf vor.

B.6.7. Die Verarbeitungen personenbezogener Daten in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. sind durch Untertitel 4 von Titel 3 des Datenschutzgesetzes geregelt (Artikel 4 des angefochtenen Gesetzes; Artikel 139 Absatz 1 des Datenschutzgesetzes, abgeändert durch Artikel 37 des angefochtenen Gesetzes). Die Titel 1, 2, 4, 5 und 7 dieses Gesetzes finden auf diese Verarbeitungen keine Anwendung. In Titel 6 finden nur die Artikel 226, 227 und 230 darauf Anwendung (Artikel 139 Absatz 2 des Datenschutzgesetzes).

B.7. Die Beschwerdegründe der klagenden Parteien beziehen sich auf folgende Aspekte:

1. die Begriffe « Hasspropagandisten » und « potenziell gewalttätige Extremisten » (B.8 bis B.12);
2. die Zwecke der Verknüpfung der Datenbanken (B.13 bis B.15);
3. die Zugriffsrechte der Partnerdienste (B.16 bis B.20);
4. die Dienste, die von der lokalen « Task Force » eingeladen werden können (B.21 bis B.23);
5. die in Artikel 33 § 2 Nrn. 7 und 8 des angefochtenen Gesetzes genannten Maßnahmen (B.24 bis B.26);
6. die Empfänger der « Informationskarte » (B.27 bis B.30);
7. die Dienste, die Zugang zur Datenbank haben (B.31 bis B.33);
8. die Beteiligung des Ausländeramts und anderer Dienste an den lokalen « Task Forces » (B.34 bis B.36);
9. die Zwecke der Verarbeitung (B.37 bis B.39);
10. die Datenkategorien (B.40 bis B.43);

11. die Aufbewahrungsdauer der Daten (B.44 bis B.48);

12. die Rechte der betroffenen Personen (B.49 bis B.56).

1. In Bezug auf die Begriffe « Hasspropagandisten » und « potenziell gewalttätige Extremisten » (Artikel 2 Nrn. 9 und 11 des angefochtenen Gesetzes)

B.8. Die klagenden Parteien führen an, dass Artikel 2 Nr. 11 des angefochtenen Gesetzes gegen das Legalitätsprinzip in Strafsachen verstoße, insofern er den Begriff « Hasspropagandisten » nicht ausreichend präzise definiere.

B.9.1. Artikel 22 der Verfassung behält dem zuständigen Gesetzgeber die Befugnis vor, festzulegen, in welchen Fällen und unter welchen Bedingungen das Recht auf Achtung des Privatlebens beeinträchtigt werden kann. Somit garantiert er jedem Bürger, dass eine Einmischung in die Ausübung dieses Rechts nur aufgrund von Regeln erfolgen darf, die durch eine demokratisch gewählte beratende Versammlung angenommen wurden.

Eine Ermächtigung einer anderen Gewalt steht jedoch nicht im Widerspruch zum Legalitätsprinzip, sofern die Ermächtigung ausreichend präzise beschrieben ist und sich auf die Ausführung von Maßnahmen bezieht, deren wesentliche Elemente vorher durch den Gesetzgeber festgelegt wurden.

Folglich müssen die wesentlichen Elemente der Verarbeitung personenbezogener Daten im Gesetz, im Dekret oder in der Ordonnanz selbst festgelegt sein. Diesbezüglich sind die wesentlichen Elemente unabhängig von dem betroffenen Bereich grundsätzlich die folgenden Elemente: (1) die Kategorie der verarbeiteten Daten, (2) die betroffene Personenkategorie, (3) der mit der Verarbeitung verfolgte Zweck, (4) die Kategorie der Personen, die Zugriff auf die verarbeiteten Daten haben, und (5) die maximale Dauer der Aufbewahrung der Daten.

B.9.2. Neben dem formalen Erfordernis der Legalität wird durch Artikel 22 der Verfassung in Verbindung mit Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention und mit den Artikeln 7, 8 und 52 der Charta ebenfalls die Verpflichtung auferlegt, dass die Einmischung in die Ausübung des Rechts auf Achtung des Privatlebens und des Rechts auf den Schutz

personenbezogener Daten deutlich und ausreichend präzise formuliert wird, damit es möglich ist, die Fälle vorherzusehen, in denen der Gesetzgeber eine solche Einmischung erlaubt.

Auf dem Gebiet des Schutzes personenbezogener Daten bedeutet dieses Erfordernis der Vorhersehbarkeit, dass ausreichend präzise vorgesehen werden muss, unter welchen Umständen Verarbeitungen von personenbezogenen Daten erlaubt sind (EuGHMR, Große Kammer, 4. Mai 2000, *Rotaru gegen Rumänien*, ECLI:CE:ECHR:2000:0504JUD002834195, § 57; Große Kammer, 4. Dezember 2008, *S. und Marper gegen Vereinigtes Königreich*, vorerwähnt, § 99). Das Erfordernis, dass die Einschränkung gesetzlich vorgesehen sein muss, bedeutet insbesondere, dass die gesetzliche Grundlage für den Eingriff in diese Rechte den Umfang, in dem die Ausübung des betreffenden Rechts eingeschränkt wird, selbst festlegen muss (EuGH, Große Kammer, 6. Oktober 2020, C-623/17, *Privacy International*, vorerwähnt, Randnr. 65).

Deshalb muss es jeder Person möglich sein, sich ein ausreichend klares Bild von den verarbeiteten Daten, den an einer bestimmten Datenverarbeitung beteiligten Personen sowie den Bedingungen und den Zwecken der Verarbeitung zu machen.

B.9.3. Im Bereich der verdeckten Überwachung kann das Erfordernis der Vorhersehbarkeit nicht in der gleichen Weise verstanden werden wie in den meisten anderen Bereichen. Die Staaten sind insbesondere nicht verpflichtet, Rechtsbestimmungen zu erlassen, in denen alle Verhaltensweisen, die zu einer Entscheidung führen können, eine Person aus Gründen der nationalen Sicherheit einer verdeckten Überwachung zu unterwerfen, im Einzelnen aufgezählt sind. Angesichts der Gefahr der Willkür, die mit der verdeckten Ausübung hoheitlicher Vorrechte verbunden ist, muss das innerstaatliche Recht jedoch so klar sein, dass sich jeder in angemessener Weise über die Umstände und Bedingungen informieren kann, unter denen die öffentliche Gewalt befugt ist, sich solcher verdeckten Maßnahmen zu bedienen. Zudem muss im Gesetz der Umfang und die Modalitäten zur Ausübung der Ermessensbefugnis, die den zuständigen Behörden eingeräumt wird, mit ausreichender Klarheit definiert sein, um den Einzelnen angemessen vor Willkür zu schützen (EuGHMR, Große Kammer, 4. Dezember 2015, *Roman Zakharov gegen Russland*, ECLI:CE:ECHR:2015:1204JUD004714306, §§ 229, 230 und 247; Große Kammer, 25. Mai 2021, *Big Brother Watch u.a. gegen Vereinigtes Königreich*, ECLI:CE:ECHR:2021:0525JUD005817013, § 333). Zu berücksichtigen sind auch die

Modalitäten der Kontrolle der Anwendung von Maßnahmen zur verdeckten Überwachung, das etwaige Vorhandensein eines Unterrichtsmechanismus und die im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Rechtsmittel (EuGHMR, Große Kammer, 4. Dezember 2015, *Roman Zakharov gegen Russland*, vorerwähnt, §§ 231 und 238; Große Kammer, 25. Mai 2021, *Big Brother Watch u.a. gegen Vereinigtes Königreich*, vorerwähnt, § 335).

B.10.1. Nach Artikel 2 Nr. 11 des angefochtenen Gesetzes sind « Hasspropagandisten »:

« les personnes physiques ou morales, associations de fait, y compris l'ensemble des moyens utilisés par celles-ci, nonobstant leur nationalité, lieu de résidence ou siège, qui remplissent les critères cumulatifs suivants :

a) ont pour objectif de porter atteinte aux principes de la démocratie ou des droits de l'homme, au bon fonctionnement des institutions démocratiques ou aux autres fondements de l'État de droit;

b) justifient l'usage de la violence ou de la contrainte comme moyen d'action;

c) propagent leurs convictions aux autres en vue d'exercer une influence radicalisante; on entend par ' influence radicalisante ' : toute action exercée par une entité dans le but d'initier, de soutenir ou de contribuer à un processus de radicalisation au sens de l'article 3, 15°, de la loi organique du 30 novembre 1998 des services de renseignement et de sécurité;

d) ont un lien avec la Belgique ».

Nach dieser Bestimmung werden als « Hasspropagandisten » im Sinne des angefochtenen Gesetzes natürliche oder juristische Personen und nichtrechtsfähige Vereinigung sowie sämtliche von ihnen benutzten Mittel (zum Beispiel « eine Website, Flugblätter, Radio- oder Fernsehbotschaften, Radio- oder Fernsehsender, Propagandazentren oder kulturelle Zentren, Räumlichkeiten usw. ») (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, SS. 34 und 35) angesehen - unabhängig davon, ob sie die belgische Staatsangehörigkeit besitzen oder nicht und ob sie ihren Wohnort oder ihren Sitz in Belgien haben oder nicht -, die die vier in dieser Bestimmung aufgezählten kumulativen Kriterien erfüllen.

« Hasspropagandisten » sind eine der Kategorien von « Entitäten », deren personenbezogene Daten in der T.E.R.-Datenbank verarbeitet werden (Artikel 2 Nr. 4 in Verbindung mit Artikel 6 § 2 Nr. 1 des angefochtenen Gesetzes).

B.10.2. Der Begriff « Hasspropagandisten » war im Vorentwurf, der dem angefochtenen Gesetz zugrunde lag, nicht definiert (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, SS. 160 bis 162).

In ihrem Gutachten Nr. 73.442/2 vom 7. Juni 2023 zu diesem Vorentwurf des Gesetzes hat die Gesetzgebungsabteilung des Staatsrates dem Gesetzgeber empfohlen, selbst die Kategorien von Entitäten zu präzisieren, deren Daten in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. verarbeitet werden können, da es sich um ein wesentliches Element bezüglich der Verarbeitung dieser Daten handelt (ebenda, SS. 200 bis 202).

Nach diesem Gutachten wurde eine Definition des Begriffs « Hasspropagandisten » in Artikel 2 Nr. 11 des Gesetzentwurfs eingefügt (ebenda, S. 228), der zu dem vorerwähnten Artikel 2 Nr. 11 des angefochtenen Gesetzes geworden ist. Diese Definition übernimmt (im Plural und unter Hinzufügung einer Definition des Begriffs « radikaliserender Einfluss ») die Formulierung des früheren Artikels 1 Nr. 11 des königlichen « Hasspropagandisten »-Erlasses vom 23. April 2018, wie er vor seiner Aufhebung durch Artikel 57 Nr. 1 des angefochtenen Gesetzes anwendbar war, nach der « Hasspropagandisten » « natürliche Personen, juristische Personen, nichtrechtsfähige Vereinigungen und die von ihnen eingesetzten Mittel, die in Artikel 6 § 1 Nr. 1 des vorliegenden Erlasses erwähnt sind » sind. Der genannte Artikel 6 § 1 Nr. 1 desselben königlichen Erlasses in der vor seiner Aufhebung durch Artikel 57 Nr. 6 des angefochtenen Gesetzes anwendbaren Fassung bestimmte, dass die in der « Hasspropagandisten »-Datenbank verarbeiteten personenbezogenen Daten und Informationen sind:

« les données d'identification relative[s] aux entités nonobstant leur nationalité, lieu de résidence ou siège, et qui remplissent les critères cumulatifs suivants :

a) ont pour objectif de porter atteinte aux principes de la démocratie ou des droits de l'homme, au bon fonctionnement des institutions démocratiques ou aux autres fondements de l'Etat de droit;

b) justifie l'usage de la violence ou de la contrainte comme moyen d'action;

c) propagent [leurs] convictions aux autres en vue d'exercer une influence radicalisante;

d) ont un lien avec la Belgique ».

B.10.3. Wie in B.10.1 erwähnt, geht aus der Formulierung der angefochtenen Bestimmung hervor, dass diese Kriterien kumulativ sind.

Die Nichterfüllung eines dieser Kriterien reicht aus, damit eine Person, eine nichtrechtsfähige Vereinigung oder Mittel nicht als « Hasspropagandisten » in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. erfasst werden.

B.10.4. Die kumulative Beschaffenheit der in Artikel 2 Nr. 11 des angefochtenen Gesetzes erwähnten Kriterien gewährleistet, dass das Erfordernis, die Grundsätze und Rechte, die einer demokratischen Gesellschaft und dem Rechtsstaat zugrunde liegen, zu gefährden, das unter Buchstabe *a)* dieser Bestimmung erwähnt ist, nicht weit ausgelegt werden kann und es den betroffenen Personen nicht unmöglich macht, die Schwelle vorherzusehen, ab der sie als Hasspropagandisten angesehen werden. Insbesondere der Umstand, dass die betroffene Person das « Ziel » der oben erwähnten Gefährdung hat, setzt voraus, dass sie sich in gewissem Maße der möglichen Folgen ihrer Handlungen für die Grundlagen und das Funktionieren des demokratischen Rechtsstaats bewusst ist.

B.10.5. Hinsichtlich des Erfordernisses, « die Anwendung von Gewalt und Zwang als Handlungsmöglichkeit rechtfertigen », das in Artikel 2 Nr. 11 Buchstabe *b)* des angefochtenen Gesetzes erwähnt ist, heißt es in den Vorarbeiten:

« Le propagandiste de haine justifie l’usage de la violence ou de la force (y compris [...] toutes [les] formes de violence ou de [la] force, comme la violence physique et psychique, la violence intra- et extrafamiliale, la violence homophobe, les cyber-attaques, ...) afin de réaliser [l’]objectif [de] porter atteinte, en théorie ou en pratique, aux institutions démocratiques ou aux autres fondements de l’État de droit ainsi qu’aux droits de l’homme [...]. Le propagandiste de haine manifeste son intention de porter préjudice ainsi que la justification du recours à la violence ou la force envers une ou plusieurs entités, par le biais d’actions ou de canaux concrets. L’intention doit être extériorisée publiquement au travers par exemple d’une publication » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, S. 33).

B.10.6. Hinsichtlich des Erfordernisses, « ihre Überzeugungen an andere weitergeben, um einen radikalierenden Einfluss auszuüben », das in Artikel 2 Nr. 11 Buchstabe *c)* des angefochtenen Gesetzes erwähnt ist, präzisiert diese Bestimmung, dass der Begriff « radikalisierender Einfluss » « jede Handlung einer Entität mit dem Ziel, einen Radikalisierungsprozess im Sinne von Artikel 3 Absatz 15 des Grundgesetzes vom

30. November 1998 über die Nachrichten- und Sicherheitsdienste einzuleiten, zu unterstützen oder dazu beizutragen » bezeichnet.

Artikel 3 Nr. 15 des Grundlagengesetzes vom 30. November 1998 über die Nachrichten- und Sicherheitsdienste (nachstehend: Grundlagengesetz vom 30. November 1998) definiert « Radikalisierungsprozess » als « einen Prozess, bei dem ein Individuum oder eine Gruppe von Individuen so beeinflusst wird, dass dieses Individuum beziehungsweise diese Gruppe von Individuen mental darauf vorbereitet ist oder bereit ist, Terrorakte zu begehen ».

Artikel 8 Nr. 1 Absatz 2 Buchstabe *b*) desselben Gesetzes definiert « Terrorismus » als « die Anwendung von Gewalt gegen Personen oder materielle Interessen aus ideologischen oder politischen Gründen im Hinblick auf die Durchsetzung einer Zielsetzung durch Terror, Einschüchterung oder Drohungen, einschließlich des Radikalisierungsprozesses ».

In seinem Entscheid Nr. 145/2011 vom 22. September 2011 (ECLI:BE:GHCC:2011:ARR.145) hat der Gerichtshof geurteilt, dass der im vorerwähnten Artikel 3 Nr. 15 des Grundlagengesetzes vom 30. November 1998 enthaltene Begriff « Radikalisierungsprozess » in Verbindung mit dem in Artikel 8 Nr. 1 Absatz 2 Buchstabe *b*) desselben Gesetzes erwähnten Begriff « Terrorismus » dem in Artikel 22 der Verfassung verankerten Legalitätsprinzip genügt:

« B.96.3. Mit dem Begriff ‘ Radikalisierungsprozess ’, in Verbindung mit dem Begriff ‘ Terrorismus ’, wird somit auf die Phase verwiesen, die dem Begehen terroristischer Handlungen vorangeht. Insbesondere ist mit dem Radikalisierungsprozess ein vorbereitender Prozess der Manipulation oder der Willensbeeinflussung gemeint, wobei Sicherheitsrisiken entstehen. Artikel 3 Nr. 15 des Gesetzes vom 30. November 1998 drückt deutlich aus, dass dies einen Prozess betrifft, der in einer Beeinflussung auf solche Weise besteht, dass der Betroffene mental darauf vorbereitet ist wird oder bereit ist, terroristische Handlungen zu begehen. Die Befugnis, außergewöhnliche nachrichtendienstliche Methoden im Falle einer ernsthaften Gefahr anzuwenden, die sich auf eine Tätigkeit im Zusammenhang mit dem Radikalisierungsprozess bezieht, ist in das vorbeugende Auftreten gegen Terrorismus einzuordnen.

B.97. Aus dem Vorstehenden ergibt sich, dass das Rechtmäßigkeitserfordernis von Artikel 22 der Verfassung nicht verletzt wird ».

Der in der angefochtenen Bestimmung definierte Begriff « radikaliserender Einfluss » ist in Verbindung mit den vorerwähnten gesetzlichen Definitionen der Begriffe « Radikalisierungsprozess » und « Terrorismus » betrachtet ausreichend klar, sodass eine betroffene Person die Umstände vorhersehen kann, unter denen eine Verarbeitung personenbezogener Daten stattfinden kann.

B.10.7. Aus den in B.10.5 zitierten Vorarbeiten und der kumulativen Beschaffenheit der in Artikel 2 Nr. 11 des angefochtenen Gesetzes erwähnten Kriterien geht hervor, dass die Formulierung « die Anwendung von Gewalt und Zwang als Handlungsmöglichkeit rechtfertigen » in Artikel 2 Nr. 11 Buchstabe *b)* des angefochtenen Gesetzes in Verbindung mit dem Begriff « radikaliserender Einfluss », der in Artikel 2 Nr. 11 Buchstabe *c)* desselben Gesetzes erwähnt ist, und mit den Begriffen « Radikalisierungsprozess » und « Terrorismus », die in Artikel 3 Nr. 15 und 8 Nr. 1 Absatz 2 Buchstabe *b)* des Grundlagengesetzes vom 30. November 1998 erwähnt sind, betrachtet werden muss.

Der Begriff « Zwang » ist in seinem üblichen Sinne auszulegen, was im vorliegenden Fall die Ausübung einer gewissen Macht über eine Person, die sich so gezwungen sieht, gegen ihren Willen zu handeln, voraussetzt. Die Angabe dieses Begriffes neben dem der « Gewalt » beeinträchtigt nicht die Klarheit des Kriteriums « die Anwendung von Gewalt und Zwang als Handlungsmöglichkeit rechtfertigen ». Im Gegensatz zu dem, was die klagenden Parteien behaupten, hat dieses Kriterium überdies auch nicht zur Folge, dass Personen, die ohne Gewalt schlicht für einen gesellschaftlichen Wandel eintreten, selbst wenn sie damit zum zivilen Ungehorsam aufrufen, als « Hasspropagandisten » angesehen werden müssen.

B.10.8. Aufgrund der Artikel 20 und 21 des Gesetzes vom 30. Juli 1981 « zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen », auf die die klagenden Parteien Bezug nehmen, wird derjenige, der unter einem der in Artikel 444 des Strafgesetzbuches vorgesehenen Umstände zu Diskriminierung, Hass oder Gewalt gegenüber einer Person wegen eines der in diesem Gesetz erwähnten geschützten Merkmale oder zu Diskriminierung, Segregation, Hass oder Gewalt gegenüber einer Gruppe, einer Gemeinschaft oder deren Mitgliedern wegen eines dieser Merkmale anstiftet, und derjenige, der Ideen verbreitet, die sich auf Rassenüberlegenheit oder Rassenhass gründen, mit einer Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu einem Jahr und mit einer Geldbuße von 50 Euro bis 1 000 Euro oder mit nur einer dieser Strafen bestraft.

Während diese Strafbestimmungen die « Anstiftung zu Diskriminierung, Segregation, Hass oder Gewalt » und die « Verbreitung von Ideen, die sich auf die Überlegenheit einer Rasse oder den Rassenhass gründen » unter Strafe stellen, ist dies bei Artikel 2 Nr. 11 des angefochtenen Gesetzes, der die Definition der « Hasspropagandisten » nicht mit einer Unterstrafestellung verbindet, nicht der Fall. Daraus folgt, dass entgegen den Ausführungen der klagenden Parteien der Begriff « Hasspropagandisten » und die vorerwähnten Straftaten der « Anstiftung zu Diskriminierung, Segregation, Hass oder Gewalt » und der « Verbreitung von Ideen, die sich auf die Überlegenheit einer Rasse oder den Rassenhass gründen » nicht verwechselt werden können.

B.11. Insofern er sich auf den in Artikel 2 Nr. 11 des angefochtenen Gesetzes erwähnten Begriff « Hasspropagandisten » bezieht, ist der Beschwerdegrund unbegründet.

B.12.1. Die klagenden Parteien führen an, dass eine ähnliche Kritik wie die, die sie gegen den Begriff « Hasspropagandisten » richten, gegen den in Artikel 2 Nr. 9 des angefochtenen Gesetzes erwähnten Begriff « potenziell gewalttätige Extremisten » geäußert werden kann.

B.12.2. Die klagenden Parteien legen nicht dar, inwiefern die Kritik, die sie in Bezug auf den Begriff « Hasspropagandisten » darlegen, auf den davon zu unterscheidenden Begriff « potenziell gewalttätige Extremisten » zutreffen könnte.

B.12.3. Insofern er sich auf den in Artikel 2 Nr. 9 des angefochtenen Gesetzes erwähnten Begriff « potenziell gewalttätige Extremisten » bezieht, ist der Beschwerdegrund unzulässig.

2. In Bezug auf die Zwecke der Verknüpfung der Datenbanken (Artikel 9 des angefochtenen Gesetzes)

B.13. Die klagenden Parteien bemängeln, dass Artikel 9 des angefochtenen Gesetzes die Zwecke der Verknüpfung der Datenbanken, die er vorsieht, nicht bestimme.

B.14.1. Artikel 9 des angefochtenen Gesetzes bestimmt:

« § 1er. Dans le cadre des missions visées à l'article 3 et des finalités visées à l'article 5, alinéa 2, une interconnexion des données visées à l'article 6, § 2, alinéa 1er, et des informations enregistrées dans la banque de données commune T.E.R. peut être établie entre la banque de données commune T.E.R. et d'autres banques de données gérées par les services de base ou les services partenaires dans le cadre de leurs missions légales ou les sources authentiques de données visées au paragraphe 2.

Le Roi détermine, après avis des responsables du traitement des banques de données visées à l'alinéa 1er et des autorités de contrôle compétentes, et pour les banques de données gérées par le partenaire visé à l'article 2, 3°, e), après accord du Collège du ministère public, les traitements visés par l'interconnexion, les catégories de données à caractère personnel interconnectées et les modalités d'interconnexion, lesquelles doivent respecter l'intégrité des données et des réseaux, en particulier pour ce qui concerne les banques de données qui contiennent des données classifiées au sens de la loi du 11 décembre 1998 relative à la classification, aux habilitations de sécurité, attestations de sécurité, avis de sécurité et au service public réglementé.

§ 2. Dans le cadre des missions visées à l'article 3 et des finalités visées à l'article 5, alinéa 2, pour les données visées à l'article 6, § 2, alinéa 1er, 1°, 1), a), i. à xii., une interconnexion peut être établie du registre national des personnes physiques visé à l'article 1er de la loi du 8 août 1983 organisant un registre national des personnes physique vers la banque de données commune T.E.R.

Dans le cadre des missions visées à l'article 3 et des finalités visées à l'article 5, alinéa 2, pour les données visées à l'article 6, § 2, alinéa 1er, 1°, 2), a) à d), h) et i) et 3), a) à d), h) et i), une interconnexion peut être établie de la Banque Carrefour des Entreprises visée à l'article III.15 du Code de droit économique vers la banque de données commune T.E.R.

Dans le cadre des missions visées à l'article 3 et des finalités visées à l'article 5, alinéa 2, pour les données visées à l'article 6, § 2, alinéa 1er, 1°, 1), h), 2), f) et 3), f), une interconnexion peut être établie du répertoire-matricule des véhicules visée à l'article 6 de l'arrêté royal du 20 juillet 2001 relatif à l'immatriculation de véhicules vers la banque de données commune T.E.R.

Dans le cadre des missions visées à l'article 3 et des finalités visées à l'article 5, alinéa 2, pour les personnes physiques et les personnes morales enregistrées dans la banque de données commune T.E.R., une interconnexion peut être établie du Casier judiciaire central visé à l'article 589 du Code d'instruction criminelle vers la banque de données commune T.E.R. ».

Artikel 5 Absatz 2 des angefochtenen Gesetzes bestimmt:

« Les finalités de la banque de données commune T.E.R. sont les suivantes :

1° la concertation coordonnée entre les services de base et les services partenaires;

2° la nécessité stratégique, tactique ou opérationnelle de traiter en commun des données à caractère personnel et des informations pour exercer les missions respectives des services de base et des services partenaires;

3° l'aide à la prise de décisions par les autorités administratives ou à la prise de décisions de police administrative ou judiciaire;

4° l'analyse, l'évaluation et le suivi, en ce compris la prise de mesures, des entités validées enregistrées dans la banque de données commune T.E.R., l'analyse, l'évaluation et le suivi des entités en pré-enquête enregistrées dans la banque de données commune T.E.R. et l'analyse, l'évaluation et le suivi du phénomène du terrorisme et de l'extrémisme lorsqu'il peut mener au terrorisme;

5° l'aide à la protection, à l'accompagnement et au suivi des personnes suivantes :

a) les mineurs de douze ans ou plus qui sont considérés comme *foreign terrorist fighters*, *homegrown terrorist fighters*, extrémistes potentiellement violents, personnes condamnées pour terrorisme ou propagandistes de haine;

b) les enfants mineurs d'un *foreign terrorist fighter* qui répond aux critères visés à l'article 2, 7°, a) ou c), et qui ne sont pas ou ne peuvent pas être considérés comme *foreign terrorist fighters*, *homegrown terrorist fighters*, extrémistes potentiellement violents, personnes condamnées pour terrorisme ou propagandistes de haine ».

B.14.2. Artikel 9 des angefochtenen Gesetzes kommt den Empfehlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses « Terroranschläge » nach, der « die Notwendigkeit eines optimalen Austausches der gesammelten Daten zwischen den Sicherheitsdiensten und eines integrierten Informationsmanagements hervorgehoben » hat (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, SS. 93 und 94). Die Möglichkeit, eine Verknüpfung der gemeinsamen Datenbank T.E.R. mit anderen Datenbanken, die von den Basisdiensten oder den Partnerdiensten im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufträge verwaltet werden (Artikel 9 § 1), und mit den authentischen Datenquellen, die in Artikel 9 § 2 erwähnt sind (das Nationalregister der natürlichen Personen, die Zentrale Datenbank der Unternehmen, das Fahrzeugverzeichnis und das zentrale Strafregister), herzustellen, zielt insbesondere darauf ab, « die gemeinsame Datenbank T.E.R. mit Daten aus anderen bestehenden Datenbanken anzureichern, ohne diese Daten in die gemeinsame Datenbank T.E.R. wieder von Hand eingeben zu müssen » und Zugang zu « möglichst aktuellen und zuverlässigen » Daten, die direkt von dem Dienst an deren Quelle kommen, zu verschaffen (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, S. 92). Was speziell die Möglichkeit betrifft, eine Verknüpfung zwischen der gemeinsamen Datenbank T.E.R. und den in Artikel 9 § 2 erwähnten authentischen Datenquellen herzustellen, besteht das Ziel darin, « es zu vermeiden, dass jeder Dienst, der ein

Lese- und Schreibrecht hat, sich einzeln an den Verwalter dieser Datenbanken wenden muss, um Zugriff auf die relevanten Daten aus diesen authentischen Quellen zu erhalten » (ebenda, S. 93).

B.14.3. Aus der Formulierung von Artikel 9 des angefochtenen Gesetzes geht hervor, dass diese Bestimmung die Zwecke der darin vorgesehenen Verknüpfung der Datenbanken bestimmt, indem er auf die in Artikel 5 Absatz 2 desselben Gesetzes erwähnten Zwecke verweist.

B.15. Der Beschwerdegrund ist unbegründet.

3. In Bezug auf die Zugriffsrechte der Partnerdienste (Artikel 16 des angefochtenen Gesetzes)

B.16. Die klagenden Parteien führen an, dass die Ermächtigungen des Königs, die in Artikel 16 des angefochtenen Gesetzes enthalten sind, zu weit gefasst formuliert sind.

B.17.1. Artikel 16 des angefochtenen Gesetzes bestimmt:

« Sur la base du respect des principes d'adéquation, de pertinence et du caractère non excessif, dans le cadre de l'exercice de leurs missions visées à l'article 3, et conformément aux finalités de l'article 5, alinéa 2, chacun dans le cadre de ses compétences respectives, les services partenaires peuvent disposer :

1° d'un droit de lecture et d'un droit d'écriture dans la banque de données commune T.E.R.; ou

2° d'un droit d'interrogation dans la banque de données commune T.E.R.

Le Roi détermine, par arrêté délibéré en Conseil des ministres et après avis des autorités de contrôle, pour chaque service partenaire, le type de droit et ses modalités d'exercice.

Pour le service partenaire visé à l'article 2, 3°, e), le Roi détermine, par arrêté délibéré en Conseil des ministres et après avis des autorités de contrôle et avis conforme du Collège des procureurs généraux, le type de droit et ses modalités d'exercice ».

B.17.2. Die gemeinsame Datenbank T.E.R. soll die Teilung von Daten und Informationen zwischen den verschiedenen Diensten, die an der Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus

und des Extremismus, wenn er zu Terrorismus führen kann, beteiligt sind, effizienter machen (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, S. 4). Zwei Kategorien von Diensten haben Zugriff auf die gemeinsame Datenbank T.E.R.: die « Basisdienste » einerseits und die « Partnerdienste » andererseits (ebenda, S. 10).

Die « Basisdienste » sind in Artikel 2 Nr. 2 des angefochtenen Gesetzes als das KOBA, die integrierte Polizei und die Nachrichten- und Sicherheitsdienste angegeben, das heißt: « die Staatssicherheit (VSSE) und der Allgemeine Nachrichten- und Sicherheitsdienst (ANSD) » (ebenda, S. 9). Es handelt sich um « Strafverfolgungs- oder Analysedienste, die direkt an vorderster Front zu den T.E.R.-Entitäten und -Zwecken arbeiten oder deren Analysearbeit sich auf diese Entitäten bezieht und die daher wahrscheinlich über die meisten Daten zu diesen Entitäten verfügen oder in erster Linie eine neue T.E.R.-Entität aufspüren können » (ebenda).

Die « Partnerdienste » sind in Artikel 2 Nr. 3 des angefochtenen Gesetzes aufgezählt:

a) l'Unité d'information des passagers du Centre de Crise national du Service Public fédéral Intérieur;

b) la Direction générale Sécurité et Prévention du Service Public fédéral Intérieur;

c) la Direction générale des Etablissements Pénitentiaires du Service Public fédéral Justice;

d) la Direction générale Affaires Consulaires du Service Public fédéral Affaires étrangères;

e) le ministère public;

f) la Cellule de Traitement des Informations Financières;

g) la Direction générale de l'Office des Etrangers du Service Public fédéral Intérieur;

h) l'Administration générale des douanes et accises du Service Public fédéral Finances;

i) le Service des cultes et de la laïcité du Service Public fédéral Justice;

j) l'Autorité Nationale de Sécurité;

k) l'Administration générale de la Trésorerie du Service Public fédéral Finances;

l) dans le cadre de leurs missions légales d'accompagnement judiciaire et de la surveillance d'auteurs d'infractions, l'Administration générale des Maisons de Justice de la Communauté Française, le département Maison de Justice du Ministère de la Communauté

Germanophone, l'Agence flamande pour la Justice et le Maintien, l'Administration générale de l'Aide à la Jeunesse de la Communauté Française, le département Aide à la Jeunesse de la Communauté Germanophone et l'Agence flamande Opgroeien ».

Die Partnerdienste sind « föderale Dienste oder Dienste, die zu den föderierten Gebietskörperschaften gehören, die im Rahmen der Zwecke der gemeinsamen Datenbank speziell als Partner angegeben sind » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, S. 10), nämlich:

« - soit un service de l'État qui exécute des missions de *law enforcement* en deuxième ligne qui touchent directement aux finalités et entités T.E.R. (comme par exemple, le Ministère public, la CTIF, la Direction Générale des Etablissements Pénitentiaires du Service public fédéral Justice);

- soit un service de l'État qui vu l'exercice de ses missions est susceptible de rentrer en contact avec une personne T.E.R., et qui s'il ne connaît pas sa qualité T.E.R. peut lui délivrer des 'prérogatives' au nom de l'État, notamment sous forme de documents administratifs lui permettant de s'établir en Belgique [et] d'exercer une profession rémunérée (comme par exemple, l'Office des étrangers, les Affaires consulaires, la DG sécurité et prévention, le service [des] cultes et de la laïcité du SPF Justice) » (ebenda, SS. 10 und 11).

B.17.3. In den Artikeln 14 und 16 des angefochtenen Gesetzes wird die Art der Zugriffsrechte auf die gemeinsame Datenbank T.E.R., die die Basisdienste und die Partnerdienste besitzen, definiert.

Während die Basisdienste über ein « Erstellungsrecht », ein « Leserecht » und ein « Schreibrecht » in der Datenbank verfügen (Artikel 14; siehe auch Artikel 17), besitzen die Partnerdienste entweder ein « Leserecht und ein Schreibrecht » oder ein « Abfragerecht » (Artikel 16 Absatz 1).

Das « Erstellungsrecht » ist « die Speicherung einer neuen Entität in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. » (Artikel 2 Nr. 18 des angefochtenen Gesetzes). Das « Leserecht » ist « die Einsichtnahme in sämtliche personenbezogenen Daten und Informationen der gemeinsamen Datenbank T.E.R. » (Artikel 2 Nr. 19). Das « Schreibrecht » ist « die Eingabe, Änderung oder Löschung von personenbezogenen Daten und Informationen in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. » (Artikel 2 Nr. 20). Das « Abfragerecht » ist « [die] Kenntnisnahme der Existenz einer Entität in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. und im Fall der Bestätigung der Existenz einer Entität in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. die Kenntnisnahme der Bewertung der

Bedrohung », die in Artikel 22 des angefochtenen Gesetzes erwähnt ist (Artikel 2 Nr. 21 in Verbindung mit Artikel 22).

Ein Leserecht, das den Zugriff auf alle Daten der gemeinsamen Datenbank voraussetzt, ist nicht von einem Schreibrecht zu trennen. « Das Schreibrecht kann nämlich nur sinnvoll erfüllt werden, wenn der Dienst, der die gemeinsame Datenbank T.E.R. mit den in Artikel 6 erwähnten Daten in seinem Besitz ergänzen soll, den mit der Entität verbundenen Kontext gut kennt und folglich über ein Leserecht verfügt » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, SS. 44 und 45). Artikel 18 des angefochtenen Gesetzes präzisiert, dass die Partnerdienste, die ein Leserecht und ein Schreibrecht erhalten, « verpflichtet sind, jeweils Einsicht in die gemeinsame Datenbank T.E.R. zu nehmen und dort von Amts wegen ihre eigenen erheblichen personenbezogenen Daten und Informationen einzugeben. Diese personenbezogenen Daten und Informationen werden in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. unter ihrer Verantwortung und gemäß ihren internen Validierungsverfahren erfasst ».

B.17.4. Artikel 16 Absatz 2 des angefochtenen Gesetzes ermächtigt den König, « durch einen im Ministerrat beratenen Erlass und nach Stellungnahme der Aufsichtsbehörden » für jeden anderen Partnerdienst außer der Staatsanwaltschaft « die Art des Rechts und die Modalitäten seiner Ausübung » festzulegen. Artikel 16 Absatz 3 des angefochtenen Gesetzes ermächtigt den König, « durch einen im Ministerrat beratenen Erlass und nach Stellungnahme der Aufsichtsbehörden und gleichlautender Stellungnahme des Kollegiums der Generalprokuratoren » « die Art des Rechts und die Modalitäten seiner Ausübung », die die Staatsanwaltschaft erhält, festzulegen.

B.17.5. Unter Berücksichtigung der neuen Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Zugriffsrechte der Partnerdienste auf die gemeinsame Datenbank T.E.R. hat der Gesetzgeber durch Artikel 55 Nr. 3 des angefochtenen Gesetzes Artikel 44/11/3^{ter} § 2 des Gesetzes über das Polizeiamt aufgehoben, der ähnliche Zugriffsrechte für die Partnerdienste und eine ähnliche Ermächtigung des Königs vorsah (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, SS. 107 und 108).

B.18. Wie in B.9.1 angeführt wurde, gewährleistet Artikel 22 der Verfassung einem jeden Bürger, dass eine Einmischung in die Ausübung des Rechts auf Achtung des Privatlebens nur erfolgen kann aufgrund von Regeln, die durch eine demokratisch gewählte beratende

Versammlung angenommen wurden, auch wenn eine Ermächtigung einer anderen Gewalt möglich bleibt, sofern die Ermächtigung ausreichend exakt definiert ist und sich auf die Ausführung von Maßnahmen bezieht, deren wesentliche Elemente vorher durch den Gesetzgeber festgelegt wurden.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat nicht entschieden, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten und der Zugriff auf die verarbeiteten Daten durch die gesetzgebende Gewalt zu regeln sind. Er hat nur betont, dass diese Verarbeitung und dieser Zugriff eine klare, zugängliche und vorhersehbare Grundlage im innerstaatlichen Recht haben müssen (EuGHMR, Große Kammer, 4. Mai 2000, *Rotaru gegen Rumänien*, vorerwähnt, §§ 47 bis 63).

Auch der Gerichtshof der Europäischen Union verlangt nur, dass « die gesetzliche Grundlage für den Eingriff in [das Recht auf Achtung des Privatlebens] den Umfang, in dem die Ausübung des betreffenden Rechts eingeschränkt wird, selbst festlegen muss » (EuGH, Große Kammer, 6. Oktober 2020, C-623/17, *Privacy International*, vorerwähnt, Randnr. 65). Er verlangt nicht, dass alle Aspekte dieser Einschränkung durch ein formelles Gesetz geregelt werden.

B.19.1. Aus dem Wortlaut von Artikel 16 Absatz 1 des angefochtenen Gesetzes geht hervor, dass die in den Absätzen 2 und 3 derselben Bestimmung enthaltene Ermächtigung des Königs, « die Art des Rechts » der Partnerdienste festzulegen, nur bedeutet, dass Er festlegen soll, ob der betreffende Partnerdienst entweder ein « Leserecht und ein Schreibrecht » oder ein « Abfragerecht » hat.

Die Entscheidung, dem König die Befugnis zu übertragen, die Art des Zugriffsrechts auf die gemeinsame Datenbank T.E.R., das jeder Partnerdienst von den zwei in Artikel 16 Absatz 1 des angefochtenen Gesetzes erwähnten Arten von Zugriffsrechten erhält, festzulegen, wurde mit der Notwendigkeit gerechtfertigt, Flexibilität « bei der Gewährung, dem Entzug oder der Änderung des Zugriffs je nach Entwicklung der Zuständigkeiten, Aufträge und Bedürfnisse der verschiedenen Partnerdienste » zu behalten (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, S. 108). Zum Abfragerecht ist in den Vorarbeiten außerdem präzisiert, dass dieses Recht gegeben wird: « den staatlichen Diensten, die mit einer T.E.R.-Person in Kontakt treten könnten und die bei der fehlenden T.E.R.-Eigenschaft der Person ihr

Verwaltungsdokumente ausstellen können, die es ermöglichen, sich in Belgien niederzulassen, einen entlohnten Beruf auszuüben. Aber diese verwalten keine in Artikel 6 des Gesetzentwurfs erwähnten Informationen und dürfen daher keine Eingaben in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. vornehmen » (ebenda, S. 45).

B.19.2. Der Gesetzgeber hat selbst die Arten von Zugriffsrechten, die den Partnerdiensten gewährt werden können (Artikel 16 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 2 Nrn. 19 bis 21), die Datenkategorien, auf die die Personenkategorien Zugriff haben (Artikel 6 § 2), die Personenkategorien, deren Daten verarbeitet werden (Artikel 6 § 2 Nrn. 1 und 2 in Verbindung mit Artikel 2 Nrn. 4 und 7 bis 11), die Personenkategorien, die Zugriff auf die verarbeiteten Daten haben (Artikel 2 Nr. 3, 6 § 2 Nr. 3 und 16 Absatz 1, und die Zwecke der Verarbeitung bestimmt (Artikel 5 Absatz 2). In Artikel 16 Absatz 1 des angefochtenen Gesetzes ist diesbezüglich präzisiert, dass die Partnerdienste über eine der beiden in B.19.1 erwähnten Arten von Zugriffsrechten « auf der Grundlage der Einhaltung der Grundsätze der Angemessenheit, der Erheblichkeit und des nicht übertriebenen Charakters im Rahmen der Wahrnehmung ihrer in Artikel 3 erwähnten Aufträge und im Einklang mit den Zwecken von Artikel 5 Absatz 2 » und « im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten » verfügen.

Zudem hat der Gesetzgeber die Ausübung der Zugriffsrechte, die den Partnerdiensten gewährt werden, mit Kontrollmaßnahmen versehen. Erstens werden die in der gemeinsamen Datenbank vorgenommenen Verarbeitungen wie die Speicherung und die Einsichtnahme in Daten protokolliert. Die Protokolldateien ermöglichen es unter anderem, « den Grund, das Datum und die Uhrzeit dieser Verarbeitungen » und « die Personenkategorien, die Einsicht in die personenbezogenen Daten genommen haben, sowie die Identifizierung oder den Identifizierungscode der Person oder des Dienstes, der Einsicht in diese Daten genommen hat », festzustellen (Artikel 8). Zweitens hat die föderale Polizei als Verwalter der gemeinsamen Datenbank den Auftrag, eine Liste der Personen oder der Identifizierungscode der Personen oder der Dienste zu führen, die Zugriff auf die Datenbank haben, und für die Protokollierung der darin durchgeführten Verarbeitungen Sorge zu tragen (Artikel 11 Absatz 2 Nrn. 7 und 8). Drittens sorgt das KOBA als operativ verantwortlicher Leiter der gemeinsamen Datenbank für die Qualität und Erheblichkeit der verarbeiteten Daten für die Zwecke der Verarbeitung und für die Organisation einer angemessenen Zusammenarbeit zwischen dem Verwalter, den Basisdiensten und den Partnerdiensten (Artikel 12 Nrn. 1, 3 und 6). Viertens ist ein Partnerdienst, der ein Abfragerecht für die gemeinsame Datenbank hat, verpflichtet,

unmittelbar Kontakt zu einem der Basisdienste aufzunehmen, um die verfügbare Information über die Bewertung einer Bedrohung durch eine validierte Entität in einen Kontext zu setzen (Artikel 22 Absatz 2). Fünftens ist der für die Verarbeitung Verantwortliche des Partnerdienstes für die Qualität der von diesem Dienst übermittelten personenbezogenen Daten und Informationen und die Rechtmäßigkeit dieser Übermittlungen verantwortlich (Artikel 30 § 1 Nr. 1 und § 2). Sechstens unterliegen die in der gemeinsamen Datenbank durchgeführten Verarbeitungen der Kontrolle durch das Organ für die Kontrolle der polizeilichen Informationen und den Ständigen Ausschuss N (Artikel 29 in Verbindung mit Artikel 2 Nr. 22 ; Artikel 161 Absatz 2 des Datenschutzgesetzes, eingefügt durch Artikel 46 des angefochtenen Gesetzes). Diese Aufsichtsbehörden verfügen im Rahmen der Wahrnehmung ihrer Aufträge über ein Leserecht für die gemeinsame Datenbank (Artikel 15).

B.19.3. Der Gesetzgeber hat daher den König mit einer ausreichend präzisen Formulierung ermächtigt und er hat die wesentlichen Elemente der Zugriffsrechte der Partnerdienste auf die gemeinsame Datenbank T.E.R. festgelegt.

Aufgrund der Vielfalt der Zuständigkeiten, Aufträge und Bedürfnisse der Partnerdienste, die in Artikel 2 Nr. 3 des angefochtenen Gesetzes erwähnt sind, und ihres technischen und sich weiterentwickelnden Charakters entbehrt es nicht einer vernünftigen Rechtfertigung, dass der König ermächtigt wird, unter Einhaltung der in den Bestimmungen des angefochtenen Gesetzes enthaltenen und in B.19.2 erwähnten wesentlichen Elemente die Art des Zugriffsrechts auf die gemeinsame Datenbank T.E.R., die jeder Partnerdienst erhält, zu bestimmen.

Gegebenenfalls ist es Sache des zuständigen Richters zu prüfen, ob der König diese Ermächtigungen in Artikel 16 des angefochtenen Gesetzes im Einklang mit der letztgenannten Bestimmung und den im ersten Klagegrund angeführten Verfassungs- und Vertragsbestimmungen genutzt hat.

B.20. Der Beschwerdegrund ist unbegründet.

4. In Bezug auf die Dienste, die von der lokalen « Task Force » eingeladen werden können (Artikel 32 § 1 Absatz 4 des angefochtenen Gesetzes)

B.21. Die klagenden Parteien führen an, dass die Dienste, die vom Präsidenten der lokalen « Task Force » nach Artikel 32 § 1 Absatz 4 des angefochtenen Gesetzes eingeladen werden können, nicht bestimmbar seien.

B.22.1. Artikel 31 des angefochtenen Gesetzes bestimmt:

« En vue d'assurer l'enrichissement des données à caractère personnel et informations relatives aux entités validées et aux entités en pré-enquêtes enregistrées dans la banque de données commune T.E.R. ainsi que le suivi et la prise de mesures à l'égard des entités validées dans la banque de données commune T.E.R., des données à caractère personnel et des informations enregistrées dans la banque de données commune T.E.R. ainsi que d'autres données à caractère personnel et informations pertinentes, y compris les informations classifiées au sens de la loi du 11 décembre 1998 relative à la classification, aux habilitations de sécurité, attestations de sécurité, avis de sécurité et au service public réglementé, sont échangées au sein d'une ou plusieurs plateformes de concertation créées auprès de chaque arrondissement judiciaire, appelée Task force locale, dénommée ci-après ' TFL ', sauf si cet échange peut compromettre une enquête, l'exercice de l'action publique ou la sécurité de personnes.

La TFL est une structure de concertation au sens de l'article 458^{ter} du Code pénal ».

Artikel 32 bestimmt:

« 1er. La TFL est présidée par le directeur coordinateur administratif de la police fédérale ou son représentant.

Outre le président, la TFL se compose de représentants:

- 1° des services de renseignements et de sécurité;
- 2° de l'Organe de coordination pour l'analyse de la menace;
- 3° de la police fédérale et de la police locale;
- 4° de la Direction générale de l'Office des Étrangers du Service public fédéral Intérieur;
- 5° du ministère public.

Le président et les participants à la TFL visés à l'alinéa 2, 1° à 4°, sont titulaires d'une habilitation de sécurité au moins du niveau 'secret' en vertu des articles 4, alinéa 3, et 8 de la loi du 11 décembre 1998 relative à la classification, aux habilitations de sécurité, attestations de sécurité, avis de sécurité et au service public réglementé.

Le président, en concertation avec les participants à la TFL visés à l'alinéa 2, 1° à 5°, peut inviter d'autres services, organes ou instances en raison de la contribution qu'ils peuvent apporter par leur fonction ou leurs compétences à un suivi ciblé et individualisé de l'entité.

Les services partenaires visés à l'article 2, 3°, 1), seront représentés par un membre de l'administration centrale titulaire d'une habilitation de sécurité.

La coordination administrative, le secrétariat et le suivi de la TFL sont assurés par le directeur coordinateur ou les personnes qu'il désigne.

§ 2. Sans préjudice des compétences des services de base et des services partenaires, la [TFL] assure au moins les missions suivantes :

1° l'échange des données à caractère personnel et des informations visé [...] à l'article 31 dans le cadre des missions visées à l'article 3;

2° le suivi des entités de la banque de données commune T.E.R. présentes sur son territoire;

3° la détermination de mesures appropriées pour chacune des entités validées ».

B.22.2. Artikel 31 Absatz 1 des angefochtenen Gesetzes bestimmt, dass eine oder mehrere lokale « Task Forces » bei jedem Gerichtsbezirk geschaffen werden. Er bestimmt die Zwecke des Austausches von Daten und Informationen, der in den lokalen « Task Forces » erfolgt (« die Anreicherung der personenbezogenen Daten und Informationen zu validierten Entitäten und zu vorläufig untersuchten Entitäten, die in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. gespeichert sind, sowie die Überwachung und Ergreifung von Maßnahmen in Bezug auf die validierten Entitäten in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. sicherzustellen ») sowie die von diesem Datenaustausch betroffenen Datenkategorien (die « personenbezogenen Daten und Informationen, die in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. gespeichert sind, sowie andere erhebliche personenbezogene Daten und Informationen, einschließlich klassifizierter Informationen »). Artikel 31 Absatz 2 bestimmt, dass die lokale « Task Force » eine Beratungsstruktur im Sinne von Artikel 458^{ter} des Strafgesetzbuches ist.

Artikel 32 § 1 des angefochtenen Gesetzes sieht vor, dass sich die lokale « Task Force » aus dem Verwaltungspolizeidirektor-Koordinator der föderalen Polizei oder seinem Vertreter – der deren Präsident ist – sowie den Vertretern der Nachrichten- und Sicherheitsdienste, des KOBA, der föderalen Polizei und der lokalen Polizei, der Generaldirektion des Ausländeramts des Föderalen Öffentlichen Dienstes Inneres und der Staatsanwaltschaft zusammensetzt. Absatz 4 desselben Paragraphen bestimmt, dass der Präsident in Abstimmung mit den anderen vorerwähnten Mitgliedern der lokalen « Task Force » « andere Dienste, Organe oder Instanzen

aufgrund des Beitrags, den sie durch ihre Funktion oder ihre Befugnisse bei einer gezielten und individuellen Überwachung der Entität leisten können » einladen kann.

B.22.3. Die lokalen « Task Forces » sind « Beratungsplattformen, die alle an der T.E.R.-Strategie beteiligten Akteure zusammenbringen » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/002, S. 5). Anders als die Büros für lokale integrale Sicherheit in Sachen Radikalismus, Extremismus und Terrorismus (nachstehend: BLIS-R), die vom Gesetz vom 30. Juli 2018 « zur Einrichtung von Büros für lokale integrale Sicherheit in Sachen Radikalismus, Extremismus und Terrorismus » geschaffen wurden und die « im Bereich der sozialen Verhütung » arbeiten, stellen die lokalen « Task Forces » ein « ständiges Netzwerk, das aus Sicherheitsgründen eingerichtet wurde » dar (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, SS. 133, 134 und 137).

Die lokalen « Task Forces » haben das Ziel, « Informationen zusammenzuführen und darüber zu diskutieren. Danach ergreift jeder Dienst auf der Grundlage seiner eigenen Regeln die Maßnahmen, die er für notwendig erachtet » (ebenda, S. 134). Es geht einerseits darum, Daten über eine Entität « in einen Kontext zu setzen », und andererseits darum, « bereits in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. gespeicherte Daten und Informationen zu aktualisieren und/oder neue Elemente einzubringen »:

« La contextualisation des données et informations est importante dans la mesure où la banque de données commune T.E.R. ne contient pas toutes les informations disponibles des services de base ou des services partenaires sur les entités (la banque de données commune T.E.R. ne reprend pas, par exemple, le contenu *in extenso* des procès-verbaux). Elle permet donc de donner tout le contexte relatif à la donnée enregistrée dans la banque de données commune T.E.R. (personne, véhicule,...). Par ailleurs, lors de la TFL, et de la discussion avec les différents services présents, il peut ressortir qu'il y ait des nouvelles données ou informations à enregistrer dans la banque de données commune T.E.R. et qu'il faille donc l'« enrichir » ou qu'il soit nécessaire de mettre des données ou de l'information déjà enregistrées à jour » (ebenda).

In den lokalen « Task Forces » werden « nicht nur die nicht klassifizierten personenbezogenen Daten und Informationen, die in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. enthalten sind, sondern auch andere personenbezogene Daten oder Informationen, die als erheblich angesehen werden, einschließlich klassifizierter und derjenigen Informationen, die von Diensten stammen, die nicht verpflichtet sind, Eingaben in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. vorzunehmen » ausgetauscht:

« Il ne serait en effet pas concevable que pour ce phénomène particulièrement sérieux ce type d'informations ne soient pas échangées loyalement entre les services concernés. Toutefois, tant que ces informations sont classifiées ou confidentielles, elles ne pourront être mentionnées dans le rapportage des task force[s] locales. Maintenant, lorsqu'une donnée ou information classifiée ou confidentielle est intéressante à enregistrer dans la banque de données commune T.E.R., rien n'empêche le service propriétaire de la donnée ou information concernée de réévaluer la nécessité de maintenir la protection et de procéder, le cas échéant, à une déclassification.

Comme souligné par le Conseil d'État dans son avis n° 73.442/2 du 7 juin 2023, cet article ne peut pas être interprété ' comme permettant l'enregistrement dans la banque de données commune T.E.R. de données ou d'informations classifiées, celles-ci pouvant tout au plus faire l'objet d'échanges lors des réunions de la Task force locale. '.

Les services sont tenus de n'échanger que les données à caractère personnel et les informations qu'ils ont le droit de traiter dans le cadre de leurs missions » (ebenda, SS. 134 und 135).

Die meisten Verarbeitungen, die bei der Konzertierung in der lokalen « Task Force » stattfinden, unterliegen den auf die gemeinsame Datenbank T.E.R. anwendbaren Vorschriften. Verarbeitungen von Daten über Entitäten, die noch nicht in dieser Datenbank erfasst sind, erfolgen unter der Verantwortung der Dienste, die im Besitz dieser Daten sind. « So muss zum Beispiel der Präsident der LTF, das heißt der Verwaltungspolizeidirektor-Koordinator der föderalen Polizei, wenn er seine Besprechung vorbereitet, die Daten, die er während dieser Vorbereitung verarbeitet, nach den Vorschriften des Gesetzes über das Polizeiamt verwalten. Das Gleiche gilt für die anderen Organisationen, die ihre eigenen Rechtsvorschriften einhalten müssen » (ebenda, S. 133).

Der Umstand, dass die lokale « Task Force » eine Beratungsstruktur im Sinne von Artikel 458^{ter} des Strafgesetzbuches darstellt, hat zur Folge, dass der Träger des Berufsgeheimnisses, der an der lokalen « Task Force » teilnimmt, in diesem Rahmen Informationen, die dem Berufsgeheimnis unterliegen, offenlegen kann, ohne Gefahr zu laufen, wegen eines Verstoßes gegen das Berufsgeheimnis verfolgt zu werden.

B.22.4. Zu der Möglichkeit, « andere Dienste, Organe oder Instanzen » einzuladen, die in Artikel 32 § 1 Absatz 4 des angefochtenen Gesetzes vorgesehen ist, hat die Datenschutzbehörde vom Gesetzgeber verlangt, die Kriterien im Einzelnen anzugeben, mit denen einer betroffenen Person zugesichert werden kann, dass die Verarbeitung ihrer Daten

erforderlich ist und im Verhältnis zum verfolgten Zweck steht (Stellungnahme Nr. 97/2023 vom 16. Juni 2023, § 91). Der Ständige Ausschuss N hat empfohlen, die Kategorien der betreffenden « Dienste, Organe oder Instanzen » besser zu definieren (Stellungnahme Nr. 004/CPR/2023 vom 13. Juli 2023, § 31).

Infolge dieser Stellungnahmen wurde in den Vorarbeiten präzisiert:

« Afin que la TFL puisse travailler de manière optimale et lorsque cela s'avère nécessaire pour le suivi ciblé d'une entité, le président peut inviter d'autres services, organes ou instances en raison de leurs compétences ou fonctions à participer à la TFL et ce, le temps strictement nécessaire à la contribution qu'ils peuvent apporter à la TFL. Ces services, organes ou instances sont invités pour fournir des données, éclairer un point précis de leur expertise. Ainsi, comme précisé par le Conseil d'État dans son avis 73.442/2 du 7 juin 2023, et en réponse aux remarques de l'Autorité de protection des données dans son avis 97/2023 du 16 juin 2023 (§§ 45-46 et 91) et du Comité R dans son avis du 13 juillet 2023 (§ 31), ' l'article 32, § 1er, alinéa 4, en projet doit être interprété comme permettant aux " autres services, organes ou instances " invités à participer aux réunions de la Task force locale de communiquer des données ou des informations dont ils seraient détenteurs en raison de leur mission en vue d'enrichir les données ou informations contenues dans la banque de données. Ils ne pourraient en revanche se voir communiquer des données ou informations dont les autres membres de la Task force locale seraient détenteurs. Très concrètement, un expert sera présent uniquement durant ' son point ' et quittera ensuite la réunion après son exposé. En outre, une concertation entre le président et les participants à la TFL permettra de n'inviter que des services, organes ou instances fiables. La concertation devrait aussi évaluer si lors de l'échange, il est nécessaire de communiquer des informations sensibles ou classifiées auquel cas une habilitation sera nécessaire. À noter que pour les services partenaires visés à l'article 2, 3°, 1), une habilitation de sécurité sera toujours nécessaire. Dans son avis du 13 juillet 2023, le Comité R demande de mieux définir quelles catégories de ' services, organes ou instances ' peuvent être invitées à une T.F.L. (§ 31). Comme cela est indiqué dans le dispositif, il s'agit d'invite[r] ceux qui peuvent apporter leur expertise dans le cadre du suivi d'une entité déterminée. Le but est d'être le plus large possible. Le critère déterminant est l'apport que peut avoir une personne ou un service pour le cas examiné en T.F.L. » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, SS. 138 und 139).

B.22.5. Aus dem Wortlaut der Artikel 31 und 32 § 1 Absatz 4 des angefochtenen Gesetzes und den vorerwähnten Vorarbeiten geht hervor, dass die « Dienste, Organe oder Instanzen », die eingeladen werden können, an der lokalen « Task Force » « die Zeit, die für den Beitrag, den sie leisten können, absolut erforderlich ist » teilzunehmen, alle Dienste, Organe oder Instanzen sind, die « durch ihre Funktion oder Zuständigkeiten » über eine einschlägige Fachkompetenz verfügen, um die in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. enthaltenen Daten und Informationen anzureichern und die « gezielte und individuelle » Überwachung und die Ergreifung von Maßnahmen gegenüber der betreffenden Entität zu ermöglichen. Die

letztenannten Ziele sind die mit der Übermittlung der Daten und Informationen im Besitz der zur lokalen « Task Force » eingeladenen Dienste verfolgten Zwecke.

Die dem Präsidenten der lokalen « Task Force » übertragene Befugnis, in Abstimmung mit den anderen Teilnehmern die Dienste, Organe oder Instanzen zu bestimmen, die er zu der lokalen « Task Force » einlädt, ist in Anbetracht der Notwendigkeit, die Verschiedenartigkeit der lokalen Situationen zu berücksichtigen, sachlich gerechtfertigt.

Die vorerwähnten Vorarbeiten bestätigen außerdem, dass Artikel 32 § 1 Absatz 4 des angefochtenen Gesetzes in der vorerwähnten Auslegung der Gesetzgebungsabteilung des Staatsrates zu verstehen ist, nach der « die anderen Dienste, Organe oder Instanzen », die nach dieser Bestimmung zur Teilnahme an der lokalen « Task Force » eingeladen werden, Daten oder Informationen, die sie aufgrund ihres Auftrags besitzen, übermitteln können, um die in der Datenbank enthaltenen Daten oder Informationen anzureichern, aber keine Daten oder Informationen, die sich im Besitz der anderen Mitglieder der lokalen « Task Force » befinden, erhalten dürfen (ebenda, S. 221).

B.23. Unter Berücksichtigung des in B.22.5 Erwähnten ist der Beschwerdegrund unbegründet.

5. In Bezug auf die in Artikel 33 § 2 Nrn. 7 und 8 des angefochtenen Gesetzes genannten Maßnahmen

B.24. Die klagenden Parteien führen an, dass Artikel 33 § 2 Nrn. 7 und 8 des angefochtenen Gesetzes nicht ausreichend präzise sei.

B.25.1. Artikel 33 des angefochtenen Gesetzes bestimmt:

« § 1er. Dès la validation d'une entité dans la banque de données commune T.E.R., sur la base des données à caractère personnel et des informations visées à l'article 31, la TFL, afin d'assurer le suivi de l'entité validée, se concerte systématiquement sur l'opportunité de prendre ou non une ou plusieurs mesures visées au paragraphe 2 à l'égard de l'entité validée, sans préjudice des prérogatives des autorités compétentes pour prendre ces mesures.

Dans le cadre du suivi d'une entité validée, lorsque des nouvelles données à caractère personnel et informations visées à l'article 31 peuvent entraîner un changement de mesures à son égard, la TFL procède à la concertation visée à l'alinéa premier.

En vue de l'élaboration de l'approche proactive, le résultat de la concertation visée aux alinéas 1 et 2 est transmis aux autorités compétentes pour prendre les éventuelles mesures à l'égard d'une entité validée dans la banque de données commune T.E.R. Le résultat de la concertation visée aux alinéas 1 et 2 relative à une entité validée est également enregistré dans la banque de données commune T.E.R. sauf si la mesure peut compromettre une enquête, l'exercice de l'action publique ou la sécurité de personnes ou qu'elle est classifiée au sens de la loi du 11 décembre 1998 relative à la classification, aux habilitations de sécurité, attestations de sécurité, avis de sécurité et au service public réglementé.

Sans préjudice de leurs prérogatives, les autorités compétentes pour prendre les mesures à l'égard d'une entité validée dans la banque de données commune prennent en considération le résultat de la concertation visée aux alinéas 1 et 2 lors de leur prise de décision.

§ 2. La TFL se concerta notamment sur les mesures suivantes, sauf si elles peuvent compromettre une enquête, l'exercice de l'action publique ou la sécurité de personnes :

[...]

7° la prise de mesures spécifiques dans les limites des compétences légales des services de l'Office National de l'Emploi (ONEm), l'Office wallon de la formation professionnelle et de l'emploi (FOREm), l'Office régional bruxellois de l'Emploi (Actiris), Bruxelles formation, le Vlaamse Dienst voor Arbeidsbemiddeling en Beroepsopleiding (VDAB) et l'Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (ADG);

8° la prise de mesures spécifiques par l'Office des Étrangers en matière d'accès au territoire, de séjour, d'établissement et d'éloignement;

[...]».

B.25.2. Artikel 33 § 1 des angefochtenen Gesetzes sieht vor, dass die lokale « Task Force » sich zu zwei Zeitpunkten abstimmt, um die Überwachung einer validierten Entität sicherzustellen: einerseits « ab der Validierung einer Entität in der gemeinsamen Datenbank und auf Grundlage der personenbezogenen Daten und Informationen, die in Artikel 31 erwähnt sind » (Absatz 1) und andererseits « im Rahmen der Überwachung einer validierten Entität, wenn neue personenbezogene Daten und Informationen, die in Artikel 31 erwähnt sind, eine Änderung der Maßnahme zur Folge haben können » (Absatz 2) (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, S. 141).

Die Konzertierung bezieht sich auf « die Zweckmäßigkeit, eine oder mehrere in Paragraf 2 erwähnte Maßnahmen [gegenüber der validierten Entität] zu ergreifen oder nicht »,

« unbeschadet der Vorrechte der zuständigen Behörden zur Ergreifung dieser Maßnahmen » (Absatz 1).

Das Ergebnis der Konzertierung wird den zuständigen Behörden übermittelt, damit sie die fraglichen etwaigen Maßnahmen ergreifen. Es wird ebenfalls in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. gespeichert, es sei denn, die Maßnahme könnte eine Untersuchung, die Strafverfolgung oder die Sicherheit von Personen gefährden oder sie ist im Sinne des Gesetzes vom 11. Dezember 1998 eine Verschlussache (Absatz 3; *Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, SS. 133 und 141). Schließlich wird es von den zuständigen Behörden berücksichtigt, um « unbeschadet ihrer Vorrechte » die betreffenden Maßnahmen zu ergreifen (Absatz 4).

Artikel 33 § 2 des angefochtenen Gesetzes enthält eine « nicht erschöpfende » Liste der Maßnahmen, die Gegenstand einer Konzertierung in der lokalen « Task Force » sein müssen (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, S. 142). Zu diesen Maßnahmen zählen « 7. die Ergreifung spezifischer Maßnahmen im Rahmen der gesetzlichen Befugnisse der Dienste des Landesamtes für Arbeitsbeschaffung (LfA), des Wallonischen Amtes für Berufsbildung und Arbeitsbeschaffung (FOREm), des Brüsseler regionalen Amtes für Arbeitsbeschaffung (Actiris), von Bruxelles formation, des Vlaamse Dienst voor Arbeidsbemiddeling en Beroepsopleiding (VDAB) und des Arbeitsamts der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (ADG) » und « 8. die Ergreifung spezifischer Maßnahmen durch das Ausländeramt im Bereich der Einreise ins Staatsgebiet, des Aufenthalts, der Niederlassung und des Ausweisens ».

Hinsichtlich der Maßnahmen, die vom Ausländeramt ergriffen werden können, heißt es in den Vorarbeiten, dass « das Ausländeramt für jede in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. gespeicherte Entität eine Analyse vornimmt, um die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen. Zum Beispiel kann in Bezug auf die Einreise ins Staatsgebiet der Visumantrag geprüft werden. In Bezug auf den Aufenthalt kann die persönliche Akte geprüft werden » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, S. 144).

B.25.3. Nach der vorerwähnten Stellungnahme Nr. 97/2023 der Datenschutzbehörde (§ 90) und der Stellungnahme Nr. 004/CPR/2023 des Ständigen Ausschusses N (§§ 32-33) hat der Gesetzgeber in den Vorarbeiten präzisiert, dass die in Artikel 33 geregelte Konzertierung

kein Verfahren einer obligatorischen vorherigen Stellungnahme darstellt, das die Bedingung für die Ausübung ihrer Befugnisse durch die betroffenen zuständigen Behörden wäre. Diese behalten sie « zu jeder Zeit » und sind nicht verpflichtet zu warten, « dass eine [lokale ‘ Task Force ’] zusammentritt, um eine Maßnahme zu ergreifen, die [sie] für erforderlich [halten] ». Das Ergebnis der Konzertierung ist nur ein « nicht zwingendes » Element unter anderen, das diesen Behörden zur Verfügung gestellt wird (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, SS. 141 und 142).

B.25.4. Daraus folgt, dass sich die angefochtene Bestimmung nur auf die Konzertierung bezieht, die in der lokalen « Task Force » in Bezug auf die Zweckmäßigkeit stattfindet, Maßnahmen, die in die Zuständigkeit der in Paragraf 2 erwähnten Behörden fallen, zu ergreifen oder nicht. Zwar sind diese Behörden verpflichtet, das Ergebnis dieser Konzertierung in ihrem Entscheidungsprozess zu berücksichtigen (Artikel 33 § 1 Absatz 4 des angefochtenen Gesetzes), aber es steht ihnen frei, vom Ergebnis der Konzertierung abzuweichen, ebenso wie es ihnen freisteht, Maßnahmen zu ergreifen, die nicht Gegenstand einer vorherigen Konzertierung in der lokalen « Task Force » waren.

B.25.5. Im Übrigen hat Artikel 33 § 2 Nrn. 7 und 8 des angefochtenen Gesetzes nicht zur Folge, dass die darin genannten Behörden Maßnahmen ergreifen können, für die sie gemäß den auf sie anwendbaren Rechtsvorschriften nicht zuständig sind, wie auch die Präzisierungen belegen, dass sich die Konzertierung in der lokalen « Task Force » auf spezifische Maßnahmen « im Rahmen der gesetzlichen Befugnisse » der betreffenden Dienste bezieht (7.), oder, was das Ausländeramt betrifft, « im Bereich der Einreise ins Staatsgebiet, des Aufenthalts, der Niederlassung und des Ausweisens » (8.). Im Gegensatz zu dem, was die klagenden Parteien anführen, führt das Fehlen einer präziseren Definition dieser Regeln und/oder eines ausdrücklichen Verweises auf die Rechtsvorschriften, die die Befugnisse der betreffenden Dienste festlegen, nicht zu der Schlussfolgerung, dass diese Bestimmung nicht ausreichend klar ist.

Gegebenenfalls obliegt es dem zuständigen Richter zu prüfen, ob die in Bezug auf eine Entität von diesen Behörden nach der in Artikel 33 des angefochtenen Gesetzes vorgesehenen Konzertierung getroffenen Entscheidungen im Einklang mit den Gesetzesbestimmungen, auf die sich diese Entscheidungen stützen, und mit den im ersten Klagegrund geltend gemachten Verfassungs- und Vertragsbestimmungen stehen.

B.26. Der Beschwerdegrund ist unbegründet.

6. In Bezug auf die Empfänger der « Informationskarte » (Artikel 23 und 26 des angefochtenen Gesetzes)

B.27. Die klagenden Parteien bemängeln, dass die Artikel 23 und 26 des angefochtenen Gesetzes keine erschöpfende Liste der Empfänger der « Informationskarte » enthielten.

B.28.1. Artikel 2 Nr. 17 des angefochtenen Gesetzes definiert die « Informationskarte » als « Datensatz einer Entität, der ein Auszug aus dem Auskunftsdatensatz ist und der angemessene, erhebliche und nicht übertriebene personenbezogene Daten und Informationen an den Empfänger für die Überwachung der validierten Entitäten enthält ».

Artikel 2 Nr. 16 des angefochtenen Gesetzes definiert den « Auskunftsdatensatz » als « Datensatz, der sämtliche personenbezogenen Daten und Informationen der gemeinsamen Datenbank T.E.R. über eine Entität, die von allen Diensten stammen, die Eingaben machen, enthält ».

Artikel 23 des angefochtenen Gesetzes bestimmt:

« Aux fins de renforcer la prévention et la lutte contre le terrorisme et l'extrémisme pouvant mener au terrorisme, dans les limites visées à l'alinéa 2 et à l'article 24, une carte d'information peut être communiquée à une autorité ou une institution tierce dans le respect des principes d'adéquation, de pertinence et du caractère non excessif, et après évaluation par le gestionnaire, le responsable opérationnel et les services de base, sauf décision contraire du ministère public compétent lorsque la communication des données à [caractère] personnel et des informations judiciaires peut compromettre l'exercice de l'action publique ou la sécurité de personnes.

L'évaluation visée à l'alinéa 1er porte au minimum sur :

1° la contribution de l'autorité ou de l'institution tierce à la prévention et à la lutte contre le terrorisme et l'extrémisme pouvant mener au terrorisme;

2° le traitement ultérieur qui sera réalisé par l'autorité ou l'institution tierce eu égard à l'exercice de ses compétences et les risques éventuels pour les libertés et droits fondamentaux de la personne concernée;

3° la situation de vulnérabilité de la personne concernée, en ce compris la minorité de la personne;

4° le caractère adéquat, pertinent et non excessif des catégories de données communiquées tenant compte du traitement ultérieur.

Le responsable opérationnel tient à la disposition des autorités de contrôle une liste actuelle des communications visées à l'alinéa 1er et l'évaluation visée à l'alinéa 2 ».

Artikel 24 bestimmt:

« § 1er. La communication visée à l'article 23 s'effectue par la transmission, par quelque moyen sécurisé que ce soit, de la carte d'information relative aux entités validées.

Seuls les services de base sont autorisés à transmettre la carte d'information, sans préjudice des règles et procédures applicables pour leurs propres données à caractère personnel et informations.

§ 2. Les informations émanant de la carte d'information sont utilisées par le destinataire dans le cadre de ses propres compétences légales, sans que la carte d'information ne soit ni versée au dossier de l'entité validée ni communiquée à celle-ci ».

Artikel 25 bestimmt:

« Seuls les services qui ont un droit de lecture et un droit d'écriture dans la banque de données commune T.E.R. sont autorisés à en extraire des listes de données à caractère personnel et d'informations de la carte d'information relative aux entités validées et ce, exclusivement pour un traitement interne. Cette extraction est effectuée par un membre du personnel titulaire d'une habilitation de sécurité ' secret '.

La communication par un service de base, sous forme de listes, de données à caractère personnel ou d'informations extraites des cartes d'information à d'autres services ou institutions n'est pas autorisée, sauf dans les cas visés à l'article 23. Les listes ne peuvent être communiquées qu'aux autorités publiques et services publics. La finalité de la liste s'inscrit dans les missions légales du destinataire et est précisée et communiquée au destinataire de celle-ci. L'utilisation de la liste n'est autorisée que dans le cadre de la finalité précisée. Les listes ne peuvent pas être conservées pour une durée excédant celle nécessaire à la réalisation de la finalité pour laquelle elles sont obtenues ».

Artikel 26 bestimmt:

« § 1er. Le bourgmestre est destinataire de la carte d'information relative aux entités validées suivantes :

1° les *foreign terrorist fighters*, *homegrown terrorist fighters*, extrémistes potentiellement violents et les personnes condamnées pour terrorisme, qui ont établi leur résidence ou domicile dans sa commune, la fréquentent régulièrement ou y organisent régulièrement des activités;

2° les propagandistes de haine dont les effets sont perceptibles dans sa commune ou qui ont établi leur résidence ou leur domicile dans sa commune, la fréquentent régulièrement, y organisent ou y planifient d'organiser une ou plusieurs activités.

§ 2. Sans mettre en péril les impératifs opérationnels, le bourgmestre utilise, après un contact avec le chef de corps de la zone de police qui lui a transmis la carte d'information, les données à caractère personnel et informations émanant de celle-ci dans le cadre de ses compétences légales et sous sa propre responsabilité ».

B.28.2. Artikel 20 des angefochtenen Gesetzes bestimmt, dass der « Auskunftsdatensatz », der sämtliche personenbezogenen Daten und Informationen der gemeinsamen Datenbank T.E.R. über eine Entität enthält (Artikel 2 Nr. 16 desselben Gesetzes), nur für die Dienste zugänglich ist, die ein Leserecht und ein Schreibrecht für die gemeinsame Datenbank T.E.R. haben und dass er keinen anderen Diensten oder Institutionen übermittelt werden darf, mit Ausnahme der Aufsichtsbehörden im Rahmen ihrer Aufträge. Nach Artikel 21 wird die Erstellung einer neuen Entität in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. unverzüglich dem Präsidenten der lokalen « Task Force » und dem Korpschef jeder betroffenen Polizeizone mitgeteilt, der wiederum « die zuständigen Behörden der Verwaltungspolizei », das heißt insbesondere den Bürgermeister, informiert (*Parl. Dok., Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, S. 125*). Nach Artikel 22 erhalten die Partnerdienste, die über ein Abfragerecht für die Datenbank T.E.R. verfügen, im Fall der Bestätigung der Existenz einer validierten Entität in der Datenbank eine Bewertung der Bedrohung.

B.28.3. Artikel 23 Absatz 1 des angefochtenen Gesetzes sieht vor, dass ein Auszug aus dem Auskunftsdatensatz, der angemessene, erhebliche und nicht übertriebene personenbezogene Daten und Informationen für die Überwachung der validierten Entitäten enthält (« Informationskarte » genannt, siehe Artikel 2 Nr. 17 desselben Gesetzes), außer bei anders lautender Entscheidung der Staatsanwaltschaft an andere als die in den Artikeln 20 bis 22 des angefochtenen Gesetzes erwähnten Empfänger (« eine Drittbehörde oder -institution ») übermittelt werden kann, sofern zwei Bedingungen eingehalten werden: (1) zum einen müssen bei dieser Übermittlung die Grundsätze der Angemessenheit, Erheblichkeit und des nicht übertriebenen Charakters eingehalten werden und (2) zum anderen muss sie Gegenstand einer vorherigen Bewertung durch den Verwalter, den operativ verantwortlichen Leiter und die Basisdienste sein (*Parl. Dok., Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, SS. 118 und 119*).

Artikel 23 Absatz 2 präzisiert den Gegenstand dieser Bewertung (ebenda, S. 120). Artikel 23 Absatz 3 bestimmt, dass der operativ verantwortliche Leiter den Aufsichtsbehörden eine aktuelle Liste der vorerwähnten Übermittlungen der Informationskarte und der Bewertung zur Verfügung hält. Artikel 24 sieht vor, dass die Übermittlung der Informationskarte auf sicherem Wege erfolgt (§ 1 Absatz 1), dass nur die Basisdienste die Informationskarte übermitteln dürfen (§ 1 Absatz 2) und dass der Empfänger der Informationskarte die darin enthaltenen Informationen « im Rahmen seiner eigenen gesetzlichen Befugnisse » und « ohne dass die Informationskarte in die Akte der validierten Entität aufgenommen oder ihr übermittelt wird » nutzt (§ 2).

Die Informationskarte ist bestimmt « für Behörden, die Maßnahmen gegenüber den validierten Entitäten in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. ergreifen könnten, um zu vermeiden, dass untereinander inkohärente Maßnahmen ergriffen werden » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, S. 121). Sie hat das Ziel, « es zu vermeiden, dass eine Verwaltungsbehörde Maßnahmen ergreift, die im Widerspruch zu den Maßnahmen stehen, die in [der lokalen ‘ Task Force ’] diskutiert wurden » (ebenda).

In den Vorarbeiten wird das folgende Anwendungsbeispiel für Artikel 23 des angefochtenen Gesetzes gegeben:

« [II] se peut qu’un des services qui bénéficie d’un droit de lecture et d’un droit d’écriture dans la banque de données commune T.E.R. estime qu’il est nécessaire de fournir tout ou partie des données à caractère personnel à une ASBL ou à une école afin de prévenir un départ d’un jeune en décrochage social vers la Syrie. Dans ce cas, les services qui sont à la base des informations doivent évaluer préalablement à cette communication si celle-ci est bénéfique à tout le monde ainsi que les conditions relatives à cette communication, sur la base des modalités déterminées à l’article 24 » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, S. 119).

In den Vorarbeiten ist präzisiert, dass « jeder Empfänger [der Informationskarte] im Rahmen seiner Befugnisse und seiner Zwecke handelt und die Daten entsprechend seiner Ziele verarbeitet, ohne jedoch zum Akteur im Bereich Terrorismus, Extremismus und Radikalisierungsprozess zu werden » (ebenda).

Zudem erinnert Artikel 24 § 2 des angefochtenen Gesetzes an « den allgemeinen Grundsatz, dass kein Empfänger einer Informationskarte diese in eine Akte aufnehmen darf, auf deren Grundlage eine Verwaltungsentscheidung bezüglich der betroffenen Person getroffen

wird. Es muss nämlich verhindert werden, dass die Daten und Informationen dieses Dokuments an Personen oder Stellen im weiteren Sinne weitergegeben werden, die Zugang zu der Akte haben und nicht unmittelbar mit der Terrorismusbekämpfung befasst sind, und dass der Mechanismus zum Schutz der in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. verwalteten Daten durch ein Verwaltungsverfahren umgangen werden kann » (ebenda, S. 122). « Die Informationskarte enthält Überwachungsmaßnahmen, die der betreffenden validierten Entität nicht bekannt werden dürfen (z. B. gerichtliche oder nachrichtendienstliche Untersuchung, verdeckte Überwachung), weil sonst die Gefahr besteht, die Untersuchung zu behindern. Neben den Überwachungsmaßnahmen kann die Informationskarte auch Informationen enthalten, deren Übermittlung an die betreffende validierte Einheit nicht sachdienlich ist. Beispiele: die an der Überwachung der Person beteiligten Dienste (z. B. die FGP Antwerpen), das Datum des Beginns der Überwachung » (ebenda, S. 121). « Was zur Begründung der Entscheidung der Verwaltungsbehörde dient, ist die Bewertung der Bedrohung, die in die Akte der Entität aufgenommen werden kann (Art. 27) » (ebenda).

B.28.4. Artikel 25 Absatz 2 erster Satz des angefochtenen Gesetzes sieht vor, dass « die Übermittlung von personenbezogenen Daten oder Informationen in Form von Listen durch einen Basisdienst an andere Dienste oder Institutionen außer in den in Artikel 23 vorgesehenen Fällen nicht zulässig ist ».

Aus dieser Bestimmung geht hervor, wie es auch die vorerwähnten Vorarbeiten bestätigen, dass das Verbot, den Informationskarten entnommene personenbezogene Daten und Informationen an Dienste zu übermitteln, die kein Leserecht und Schreibrecht haben, nur eine Ausnahme kennt, wenn « der Verwalter, der operativ verantwortliche Leiter und die Basisdienste der Ansicht sind, dass die Übermittlung für einen präzisen Zweck notwendig ist, mit dem der fragliche Empfänger betraut ist. Die Übermittlung darf nämlich nur zu einem bestimmten Zweck erfolgen, der zu den gesetzlichen Aufträgen des betreffenden Empfängers gehört (zum Beispiel wird zur Aktualisierung der von der Staatsanwaltschaft verwalteten Datenbank eine Liste der neuen Entitäten und gelöschten Entitäten an die spezialisierten Magistrate gesandt) » (ebenda, S. 123). Nur den Diensten, die ein Leserecht und ein Schreibrecht für die gemeinsame Datenbank T.E.R. haben, ist es erlaubt, Listen der personenbezogenen Daten und Informationen aus der Informationskarte zu extrahieren, und zwar ausschließlich zur internen Verarbeitung. Diese Extraktion wird von einem Personalmitglied durchgeführt, das Inhaber einer Sicherheitsermächtigung der Stufe

« geheim » ist (Artikel 25 Absatz 1). Die Listen dürfen nur öffentlichen Behörden und Diensten übermittelt werden. Der Zweck der Liste muss innerhalb der gesetzlichen Aufträge des Empfängers liegen und muss im Einzelnen angegeben und ihm mitgeteilt werden. Die Nutzung der Liste ist nur im Rahmen des angegebenen Zwecks zulässig und die Listen dürfen nicht länger aufbewahrt werden, als es für die Erreichung des Zwecks erforderlich ist, für den sie eingeholt wurden (Artikel 25 Absatz 2 zweiter bis vierter Satz).

B.28.5. Schließlich sieht Artikel 26 § 1 des angefochtenen Gesetzes vor, dass die Informationskarte über die in dieser Bestimmung erwähnten validierten Entitäten dem Bürgermeister übermittelt wird. Nach Artikel 26 § 2 nutzt der Bürgermeister die personenbezogenen Daten und Informationen aus der Informationskarte, nachdem er Kontakt zum Korpschef der Polizeizone, der sie ihm übermittelt hat, aufgenommen hat, « im Rahmen seiner gesetzlichen Befugnisse », « unter seiner eigenen Verantwortung » und « ohne die operativen Erfordernisse zu gefährden ».

In den Vorarbeiten heißt es:

« Vu les compétences du bourgmestre en matière de sécurité telles que légalement définies dans la nouvelle loi communale, celui-ci doit disposer des informations nécessaires afin d'exercer son rôle dans le domaine de la prévention en matière de terrorisme. En tant qu'autorité en matière de police administrative, il doit également être tenu au courant du suivi concret de certaines entités validées liées à sa commune.

Le bourgmestre devra donc être informé lorsqu'une entité validée, dont les activités ont des effets perceptibles dans sa commune ou qui a établi sa résidence ou son domicile dans sa commune, la fréquente régulièrement, y organise ou planifie d'y organiser une ou plusieurs activités, est suivie dans la banque de données commune T.E.R.

Cette information au bourgmestre est transmise au moyen de la carte d'information.

Sous sa responsabilité, le bourgmestre pourra partager ces données et informations avec les différents acteurs locaux qui ont la nécessité de prendre connaissance de celles-ci pour l'exercice de leurs missions légales, et donc dans le respect des principes d'adéquation, de pertinence et du caractère non excessif.

Ce partage d'informations ne peut bien entendu pas mettre en péril les missions opérationnelles qui découlent de l'exploitation des données et informations gérées dans la banque de données commune T.E.R.

S'il existe un doute quant au fait de mettre en péril une mission opérationnelle, le bourgmestre prendra toujours contact avec le chef de corps du service de police qui lui a

transmis la carte d'information » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, SS. 124 und 125).

Der Bürgermeister wird in seiner Eigenschaft als Behörde in Sachen Verwaltungspolizei so zu zwei Zeitpunkten informiert: (1) anlässlich der Erstellung einer Entität über den Korpschef aufgrund des vorerwähnten Artikels 21 des angefochtenen Gesetzes und (2) anlässlich der Überwachung einer validierten Entität über die Informationskarte, die aufgrund von Artikel 26 desselben Gesetzes übermittelt wird:

« Le premier moment a pour objectif d'informer le plus rapidement possible le bourgmestre même si les informations disponibles ne sont pas encore complètes. Le second moment donne au bourgmestre des informations dont le contenu est plus développé pour qu'il puisse prendre les mesures qui relèvent de ses compétences » (ebenda, S. 125).

B.29. Daraus folgt, dass Artikel 26 des angefochtenen Gesetzes in klarer und präziser Weise den Bürgermeister als Empfänger der Informationskarte benennt.

In Anbetracht der Schwierigkeit, die anderen als die in den Artikeln 20 bis 22 des angefochtenen Gesetzes erwähnten Behörden oder Institutionen und die anderen als der Bürgermeister, die Maßnahmen gegenüber den validierten Entitäten der gemeinsamen Datenbank T.E.R. ergreifen könnten, im Voraus erschöpfend zu identifizieren, und in Anbetracht der in den Artikeln 23 bis 25 des angefochtenen Gesetzes enthaltenen Garantien gegen Missbrauch ermöglicht es die Formulierung « eine Drittbehörde oder -institution » in Artikel 23 Absatz 1 des angefochtenen Gesetzes in Verbindung mit den Artikeln 20 bis 22 desselben Gesetzes, die Kategorie der Empfänger der Informationskarte, die nicht der Bürgermeister sind, die Umstände, unter denen eine Übermittlung der Informationskarte an diese Kategorie von Empfängern zulässig ist, sowie die bei dieser Übermittlung zu treffenden Vorsichtsmaßnahmen ausreichend präzise festzulegen.

Insbesondere können das Organ für die Kontrolle der polizeilichen Informationen und der Ständige Ausschuss N überprüfen, dass die Informationskarte an berechtigte Empfänger übermittelt wird, da ihnen eine aktuelle Liste der Übermittlungen der Informationskarte und der ihnen vorangegangenen Bewertungen zur Verfügung gehalten wird (Artikel 23 Absatz 3 des angefochtenen Gesetzes).

B.30. Der Beschwerdegrund ist unbegründet.

7. In Bezug auf die Dienste, die Zugang zur Datenbank haben

B.31. Die klagenden Parteien zitieren in der Klageschrift verschiedene Bemerkungen aus der Stellungnahme der Datenschutzbehörde zum Vorentwurf, der zu dem angefochtenen Gesetz geführt hat, in denen diese Behörde die Auffassung vertritt, dass in den Vorarbeiten die Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit der Beteiligung bestehender und neuer Dienste an der gemeinsamen Datenbank T.E.R. einerseits und der systematischen und ausschließlichen Zentralisierung der Daten in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. andererseits nachgewiesen werden muss. Diesen Bemerkungen zufolge ist es außerdem angebracht, Statistiken zu erstellen, um einen Bewertungsbericht zu veröffentlichen. Die klagenden Parteien präzisieren in ihrer Klageschrift ferner, dass « der Gesetzgeber diese Bemerkungen nicht berücksichtigt hat, sodass das angefochtene Gesetz gegen die im Klagegrund erwähnten Bestimmungen verstößt und für nichtig zu erklären ist ».

B.32. Ein solcher Beschwerdegrund erfüllt nicht die vorerwähnten Anforderungen von Artikel 6 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989, wenn der Gesetzgeber wie im vorliegenden Fall in den Vorarbeiten eine ausführliche Antwort auf diesen Aspekt der Stellungnahme formuliert hat (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, SS. 10 bis 21) und wenn dieser folglich, anders als es die klagenden Parteien behaupten, sehr wohl berücksichtigt wurde.

B.33. Der Beschwerdegrund ist unzulässig.

8. In Bezug auf die Beteiligung des Ausländeramts und anderer Dienste an den lokalen « Task Forces »

B.34. Die klagenden Parteien beschränken sich darauf, Auszüge aus der vorerwähnten Stellungnahme Nr. 97/2023 der Datenschutzbehörde wiederzugeben, in denen diese unter anderem die Auffassung vertritt, dass die Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit der Beteiligung des Ausländeramts und anderer Dienste an den lokalen « Task Forces » nicht nachgewiesen wurde.

B.35. Aus den gleichen wie den in B.32 aufgeführten Gründen erfüllt eine solche Darlegung nicht die Anforderungen von Artikel 6 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989.

B.36. Der Beschwerdegrund ist unzulässig.

9. In Bezug auf die Zwecke der Verarbeitung (Artikel 5 des angefochtenen Gesetzes)

B.37. Die klagenden Parteien bemängeln, dass Artikel 5 des angefochtenen Gesetzes keine Unterscheidung zwischen einerseits den von der gemeinsamen Datenbank T.E.R. verfolgten Zwecken und den Zwecken der von jedem einzelnen Dienst durchgeführten Verarbeitungen personenbezogener Daten und andererseits den strategischen, taktischen und operativen Notwendigkeiten vornehme.

B.38.1. Der in B.14.1 zitierte Artikel 5 Absatz 2 des angefochtenen Gesetzes legt die Zwecke der gemeinsamen Datenbank T.E.R. fest.

B.38.2. In ihrer vorerwähnten Stellungnahme Nr. 97/2023 hat die Datenschutzbehörde angemerkt:

« 30. Tout d’abord, l’Autorité répète la demande formulée dès 2015 par la CPVP, à savoir que les nécessités stratégiques, tactiques et opérationnelles soient distinguées les unes des autres et décrites précisément dans la loi ou un arrêté d’exécution.

31. En outre, l’Autorité rappelle qu’elle est favorable à la détermination des finalités d’une banque de données (ou d’un registre), mais qu’il n’en demeure pas moins que le respect de l’article 5.1.b) du RGPD (de même que des art. 28, 2°, et 75 LTD) impose la détermination des finalités des traitements de données à caractère personnel (dont l’enregistrement dans une banque de données spécifique constitue un exemple parmi d’autres). Par conséquent, il y a lieu de distinguer les finalités liées à la création d’une banque de données, des finalités des différents traitements réalisés par chacun des services relativement à ces données (collecte, concertation en TFL, enregistrement dans la BDC, communication à d’autres services, transferts internationaux, etc...).

32. En ce qui concerne la collecte, il sera simplement renvoyé (dans le commentaire) aux législations organiques des services de base et des services partenaires. En revanche, il devra être démontré (dans le commentaire de l’art. 6), pour chacun des services disposant d’un droit d’écriture, en quoi la finalité de chacun des traitements ultérieurs de ces données est compatible avec la finalité pour laquelle elles ont été collectées.

33. En ce qui concerne les traitements ultérieurs réalisés par les services partenaires, l'art. 6, § 2, 2° du projet de loi permet le traitement des données opérationnelles policières, contenues dans la BDC, « qui sont adéquates, pertinentes et non excessives au regard des missions [de prévention et de suivi du terrorisme et de l'extrémisme, lorsqu'il peut mener au terrorisme (...)] de ces services, chacun dans le cadre de ses compétences légales] et des finalités [de la BDC] », par les services de base et les services partenaires disposant d'un droit de lecture.

34. L'Autorité précise que la détermination des catégories de données à caractère personnel relatives aux entités contenues dans la BDC qui sont accessibles de manière licite, c'est-à-dire communicables aux services partenaires (ou même la simple interrogation de la BDC) dépend à la fois de l'existence d'une base légale pour la communication ET des finalités propres de ces services partenaires. En d'autres termes, quelles que soient les limitations techniques du support d'enregistrement, l'enregistrement dans la BDC ne peut aboutir à ce qu'un service traite (ne fut-ce qu'en consultant) des données à caractère personnel qu'il ne serait pas autorisé à traiter en vertu de ses finalités propres.

35. Par conséquent, soit (1) les finalités de traitements auxquelles leurs lois organiques les soumettent déjà d'avoir accès à ces données (dans ce cas, il convient de faire référence aux normes applicables et de préciser dans le commentaire de l'art. 6 que la disposition en projet se limite à prévoir une modalité technique de communication), soit (2) le projet entend prévoir une nouvelle finalité d'accès pour ces services (dans ce cas, il convient de le prévoir expressément, d'en justifier le caractère nécessaire et proportionné ET de prévoir une modification des lois organiques concernées en ce sens), soit enfin (3) le demandeur considère que la communication actuelle, par exemple sous forme de simple avis (favorable ou négatif), de rapport de police ou de demande de prise de mesures est trop limitée et entend l'étendre (et dans ce cas, outre l'adaptation des lois organiques respectives, il convient de dûment démontrer le caractère nécessaire et proportionné de l'augmentation de la quantité de données communiquées).

36. Le cas échéant et, pour autant que le caractère nécessaire et proportionné d'une telle communication et/ou de tels accès soient démontrés, le projet devra prévoir une adaptation (valable pour le futur) des normes organiques des services dont la finalité n'est actuellement pas libellée d'une manière à permettre un traitement ultérieur compatible ».

B.38.3. In Bezug auf die Notwendigkeit, die von der gemeinsamen Datenbank T.E.R. verfolgten Zwecke und die Zwecke der von jedem einzelnen Dienst durchgeführten Verarbeitungen personenbezogener Daten zu unterscheiden, geht aus Artikel 3 Absatz 1 *in fine* des angefochtenen Gesetzes und den Vorarbeiten hervor, dass der Zugriff der Basisdienste und der Partnerdienste auf die in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. enthaltenen Daten im Rahmen der Erreichung der eigenen Zwecke dieser Dienste erfolgt (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, SS. 56, 57, 86 und 87). Der Gesetzgeber konnte deshalb den Standpunkt vertreten, dass es nicht erforderlich ist, das jeweilige Grundlagengesetz von jedem dieser Dienste abzuändern.

B.38.4. In Bezug auf die Notwendigkeit, die strategischen, taktischen und operativen Zwecke zu unterscheiden, kann angenommen werden, dass diese Zwecke untrennbar miteinander verbunden sind:

« Ainsi, ‘ au niveau stratégique, il faudra par exemple, sur la base des données à caractère personnel et informations disponibles dans la banque de données commune, décider de la politique à mener dans la lutte contre ces phénomènes ’ (DOC 54 1727/001, p. 20). Cela se fera notamment dans le cadre du Conseil national de sécurité ou du Comité de coordination du renseignement et de la sécurité.

‘ Au niveau tactique, il sera question sur la base des données à caractère personnel et informations disponibles d’évaluer la façon dont les différents services vont mettre en œuvre les différentes actions à mener ’ (DOC 54 1727/001, p. 20). Il s’agit par exemple des actions de la TFL ou de la National task force qui coordonne la stratégie T.E.R.

‘ Au niveau opérationnel, il s’agira de déterminer quelles actions doivent être prises conjointement ou par chaque service particulier sur la base des données à caractère personnel et des informations disponibles ainsi que les éventuelles mesures à prendre à l’égard de certaines personnes (arrestation, auditions,...). [...] ’ (DOC 54 1727/001, S. 20) » (ebenda, S. 51).

B.39. Der Beschwerdegrund ist unbegründet.

10. In Bezug auf die Datenkategorien (Artikel 6 § 2 des angefochtenen Gesetzes)

B.40. Die klagenden Parteien führen an, dass Artikel 6 § 2 des angefochtenen Gesetzes unverhältnismäßig sei, insbesondere insofern diese Bestimmung die Verarbeitung personenbezogener Daten in Bezug auf politische Meinungen und religiöse oder philosophische Überzeugungen der betreffenden Entitäten ermögliche.

B.41. Der Gerichtshof prüft nur diesen letztgenannten Beschwerdegrund, der als einziger die vorerwähnten Anforderungen von Artikel 6 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 erfüllt.

B.42.1. Artikel 6 § 2 Nr. 1 Punkt 1 Buchstabe c) Ziffern ii und iii des angefochtenen Gesetzes bestimmt:

« Les données à caractère personnel traitées dans la banque de données commune T.E.R. sont les données non classifiées au sens de la loi du 11 décembre 1998 relative à la

classification, aux habilitations de sécurité, attestations de sécurité, avis de sécurité et au service public réglementé suivantes :

1° les données des entités suivantes :

1) Si l'entité est une personne physique majeure ou mineure de douze ans ou plus :

[...]

c) les données relatives aux catégories particulières de données à caractère personnel suivantes :

[...]

ii. les opinions politiques;

iii. les convictions religieuses ou philosophiques ».

B.42.2. In ihrer vorerwähnten Stellungnahme Nr. 97/2023 (§ 101) hat die Datenschutzbehörde angemerkt, dass « die Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit der Verarbeitung von Daten über politische Meinungen und religiöse oder philosophische Überzeugungen durch jeden der Dienste, die davon Kenntnis nehmen könnten, [...] nachgewiesen werden muss » und dass dieser Nachweis « ermöglichen wird [...] zu bestimmen, ob die philosophischen Überzeugungen (fälschlicherweise) aufgrund des Umstands, dass sie in zahlreichen Bestimmungen (darunter Art. 9 Abs. 1 der DSGVO) gemeinsam aufgeführt sind, erwähnt werden oder ob bestimmte philosophische Überzeugungen tatsächlich eine gewalttätige Radikalisierung befürchten lassen ».

B.42.3. Diesbezüglich wurde in den Vorarbeiten geantwortet, dass die politischen Meinungen und religiösen oder philosophischen Überzeugungen zu besonderen Kategorien von personenbezogenen Daten im Sinne von Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 « zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) » (nachstehend: DSGVO) gehören, deren Verarbeitung in der Datenbank T.E.R. « zum Verständnis des mit der betreffenden Person verbundenen Kontextes notwendig und wichtig » ist (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, S. 67).

In Bezug auf insbesondere die « politischen Meinungen » wird in den Vorarbeiten präzisiert:

« Dans le cadre du suivi des extrémistes de gauche ou de droite, il est important de connaître leur idéologie (qui est fortement liée à leur opinion politique). Il est important de savoir si une propagandiste de haine propage une idéologie de droite ou de gauche et même de quel type de droite ou de quel type de gauche. Exemple: l'enregistrement de ces informations peut permettre d'identifier d'éventuelles cibles de la personne suivie dans la banque de données commune T.E.R. » (ebenda, S. 67)

Was die « religiösen oder philosophischen Überzeugungen » betrifft, wird in den Vorarbeiten präzisiert:

« Dans les cas d'extrémisme et de terrorisme religieux, il est important de connaître la conviction religieuse de l'intéressé notamment pour identifier d'éventuelles cibles de l'intéressé. Exemple: un chiite ne va pas avoir les mêmes cibles que des sunnites. Savoir qu'une personne est salafiste madkhalite ou jihadiste a aussi un impact important sur l'évaluation qui peut être faite de la menace.

Dans son avis n° 97/2023 du 16 juin 2023, l'Autorité de protection des données s'interroge sur la nécessité de traiter également les convictions philosophiques (§ 101). Or, cette notion fait partie intégrante de la définition d'extrémisme visé à l'article 8, 1^o, c), de la loi organique du 30 novembre 1998 des services de renseignement et de sécurité: ' les conceptions ou les visées racistes, xénophobes, anarchistes, nationalistes, autoritaires ou totalitaires, qu'elles soient à caractère politique, idéologique, confessionnel ou philosophique, contraires, en théorie ou en pratique, aux principes de la démocratie ou des droits de l'homme, au bon fonctionnement des institutions démocratiques ou aux autres fondements de l'État de droit en ce compris le processus de radicalisation. '. Cette définition constitue la base de travail des services de base et des services partenaires comme le précise l'article 3 du projet » (ebenda, SS. 67 und 68).

Aus den vorerwähnten Vorarbeiten geht hervor, dass die Begriffe « politische Meinungen » und « religiöse Überzeugungen » ausreichend klar sind. Aus denselben Vorarbeiten geht hervor, dass die « philosophischen Überzeugungen », die aufgrund von Artikel 6 § 2 Nr. 1 Punkt 1 Buchstabe c) Ziffer iii des angefochtenen Gesetzes in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. erwähnt werden können, nur « rassistische, fremdenfeindliche, anarchistische, nationalistische, autoritäre oder totalitäre Anschauungen oder Zielsetzungen, [...] philosophischer Art [...], die in Theorie oder Praxis gegen die Grundsätze der Demokratie oder der Menschenrechte, das reibungslose Funktionieren der demokratischen Institutionen oder andere Grundlagen des Rechtsstaates verstoßen, einschließlich des Radikalisierungsprozesses » im Sinne von Artikel 8 Nr. 1 Absatz 2 Buchstabe c) des Grundlagengesetzes vom 30. November 1998 » bezeichnen.

Folglich erfüllt Artikel 6 § 2 Absatz 1 Nr. 1 Punkt 1 Buchstabe c) Ziffer iii des angefochtenen Gesetzes die in B.6.3 erwähnten Anforderungen.

B.43. Der Beschwerdegrund ist unbegründet.

11. In Bezug auf die Aufbewahrungsdauer der Daten (Artikel 7 des angefochtenen Gesetzes)

B.44. Die klagenden Parteien führen an, dass Artikel 7 des angefochtenen Gesetzes unverhältnismäßig sei. Aus der Darlegung in der Klageschrift lässt sich ableiten, dass der Beschwerdegrund insbesondere gegen die Archivierung personenbezogener Daten, die in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. gespeichert sind, für eine Dauer von höchstens dreißig Jahren, wie es in Artikel 7 § 3 des angefochtenen Gesetzes vorgesehen ist, gerichtet ist. Der Gerichtshof beschränkt seine Prüfung auf diesen Aspekt der angefochtenen Bestimmung.

B.45.1. In Bezug auf die Aufbewahrungsdauer der Daten der gemeinsamen Datenbank T.E.R. bestimmt Artikel 143 des Datenschutzgesetzes, abgeändert durch Artikel 39 des angefochtenen Gesetzes:

« Les données à caractère personnel sont conservées pendant une durée n'excédant pas celle nécessaire aux finalités pour lesquelles elles sont enregistrées et selon les modalités fixées dans [...] l'article 7 de la loi du 29 mars 2024 portant création de la banque de données commune ' Terrorisme, Extrémisme, processus de Radicalisation ' (' T.E.R. ') en ce qui concerne la banque de données commune T.E.R. ».

B.45.2. Artikel 7 des angefochtenen Gesetzes bestimmt:

« § 1er. Les données à caractère personnel conservées dans la banque de données commune T.E.R. sont archivées dès que les finalités visées à l'article 5, alinéa 2, ne sont plus rencontrées, et au maximum trente ans après le dernier enregistrement d'une donnée ou information dans la fiche de renseignement de l'entité validée, à l'exception des données à caractère personnel relatives à des mineurs qui sont conservées au maximum quinze ans après le dernier enregistrement d'une donnée ou information.

Après le dernier enregistrement d'une donnée ou information dans la fiche de renseignement de l'entité validée, le responsable opérationnel examine tous les cinq ans si les

données à caractère personnel présentent toujours un lien direct avec l'une des finalités de l'article 5, alinéa 2. Si tel n'est pas le cas, les données sont archivées.

Lorsque les données à caractère personnel sont relatives à des mineurs, l'examen visé à l'alinéa 2 a lieu tous les trois ans.

§ 2. Par dérogation au paragraphe 1er, les données à caractère personnel et les informations relatives à une entité en pré-enquête sont conservées pour une durée de maximum six mois après leur enregistrement.

A l'issue de ce délai, les données à caractère personnel et les informations sont supprimées de la banque de données commune T.E.R. conformément au paragraphe 3, alinéa 2, dès lors que l'entité en pré-enquête ne répond pas aux critères d'un *foreign terrorist fighter*, *homegrown terrorist fighter*, extrémiste potentiellement violent ou d'un propagandiste de haine.

§ 3. Les données à caractère personnel et les informations qui doivent être archivées le sont pour une durée de maximum trente ans.

A l'issue de ce délai, ces données et informations sont supprimées de la banque de données commune T.E.R., sans préjudice de la loi du 24 juin 1955 relative aux archives.

Lorsqu'une donnée ou information relative à une entité enregistrée se révèle être fautive ou erronée, elle est immédiatement supprimée.

La consultation des archives de la banque de données commune T.E.R. ne peut être réalisée que dans le cadre des finalités suivantes:

1° l'appui à la définition et à la réalisation de la politique de sécurité en matière de terrorisme et d'extrémisme pouvant mener au terrorisme;

2° le traitement des antécédents dans le cadre d'une enquête judiciaire ou de renseignement relative au terrorisme ou à l'extrémisme pouvant mener au terrorisme;

3° la défense en justice des autorités visées à l'article 5, alinéa 2, 3°;

4° l'exercice des missions des autorités de contrôle;

5° la réalisation de finalités historiques, scientifiques ou statistiques.

Le résultat de l'exploitation des archives de la banque de données commune T.E.R. pour la finalité prévue à l'alinéa 4, 1°, est anonymisé.

§ 4. Si dans le cadre de la consultation visée au paragraphe 3, alinéa 4, 2°, les données archivées répondent de nouveau à la finalité visée à l'article 5, alinéa 2, 2°, les données sont désarchivées ».

B.45.3. Nach Artikel 7 § 1 Absätze 2 und 3 des angefochtenen Gesetzes prüft das KOBA als operativ verantwortlicher Leiter der gemeinsamen Datenbank T.E.R. nach der letzten Speicherung von Daten oder Informationen im Auskunftsdatensatz der validierten Entität alle

fünf Jahre (alle drei Jahre, wenn sich die personenbezogenen Daten auf Minderjährige beziehen), ob die personenbezogenen Daten noch einen direkten Zusammenhang mit einem der von der gemeinsamen Datenbank verfolgten Zwecke aufweisen. Ist dies nicht der Fall und in jedem Fall dreißig Jahre (oder fünfzehn Jahre für Daten über Minderjährige) nach der letzten Speicherung werden die Daten für eine Dauer von höchstens dreißig Jahren archiviert (Artikel 7 § 1 Absätze 1 und 2 in Verbindung mit § 3 Absatz 1).

Nach Ablauf der Archivierungsfrist von höchstens dreißig Jahren werden die archivierten Daten und Informationen aus der gemeinsamen Datenbank T.E.R. « unbeschadet des Archivgesetzes vom 24. Juni 1955 » gelöscht (Artikel 7 § 3 Absatz 2).

Daten oder Informationen über eine erfasste Entität, die sich als falsch oder fehlerhaft erweisen, werden unverzüglich gelöscht (Artikel 7 § 3 Absatz 3).

Archivierte Daten können im Rahmen von einem der in Artikel 7 § 3 Absatz 4 erwähnten Zwecke eingesehen werden. Das Ergebnis der Auswertung der Archive der gemeinsamen Datenbank T.E.R. für den in Artikel 7 § 3 Absatz 4 Nr. 1 vorgesehenen Zweck (« Unterstützung bei der Festlegung und Umsetzung der Sicherheitspolitik im Bereich Terrorismus und Extremismus, der zu Terrorismus führen kann ») wird anonymisiert (Artikel 7 § 3 Absatz 5). Die archivierten Daten, die nach der in Artikel 7 § 3 Absatz 4 Nr. 2 erwähnten Einsichtnahme (« die Verarbeitung der Vorgeschichte im Rahmen einer gerichtlichen oder nachrichtendienstlichen Untersuchung zum Terrorismus oder Extremismus, der zu Terrorismus führen kann ») erneut dem in Artikel 5 Absatz 2 Nr. 2 erwähnten Zweck (« strategische, taktische oder operative Notwendigkeit, personenbezogene Daten und Informationen gemeinsam zu verarbeiten, um die jeweiligen Aufträge der Basisdienste und der Partnerdienste zu erfüllen ») entsprechen, werden aus dem Archiv genommen (Artikel 7 § 4).

Eine verkürzte Speicherfrist von höchstens sechs Monaten ist für die vorläufig untersuchten Entitäten vorgesehen, nach deren Ablauf die personenbezogenen Daten und Informationen bezüglich dieser Entitäten gelöscht werden (Artikel 7 § 2).

B.46.1. Wie in B.6.3 erwähnt, muss eine Einmischung der Behörden in die Ausübung des Rechts auf Achtung des Privatlebens nicht nur auf einer ausreichend präzisen gesetzlichen Bestimmung beruhen, sondern auch einem zwingenden gesellschaftlichen Bedürfnis in einer

demokratischen Gesellschaft entsprechen und im Verhältnis zu dem damit angestrebten rechtmäßigen Ziel stehen.

Im Rahmen dieser Prüfung ist zu prüfen, ob der Eingriff nicht über das hinausgeht, was zur Erreichung der verfolgten Ziele erforderlich ist und insbesondere, ob es Maßnahmen gibt, die weniger stark in die betreffenden Rechte eingreifen und trotzdem den Zielen der in Rede stehenden Regelung wirksam dienen (EuGH, 17. Oktober 2013, C-291/12, *Schwarz gegen Stadt Bochum*, ECLI:EU:C:2013:670, Randnrn. 46 und 47). Der Schutz des Grundrechts auf Achtung des Privatlebens auf der Ebene der Union erfordert es nach ständiger Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Union, dass sich die Ausnahmen vom Schutz personenbezogener Daten und dessen Einschränkungen auf das absolut Notwendige beschränken (EuGH, Große Kammer, 16. Dezember 2008, C-73/07, *Satakunnan Markkinapörssi Oy u.a.*, ECLI:EU:C:2008:727, Randnr. 56; Große Kammer, 6. Oktober 2015, C-362/14, *Schrems*, ECLI:EU:C:2015:650, Randnr. 92, Große Kammer, 6. Oktober 2020, C-511/18, C-512/18 und C-520/18, *La Quadrature du Net u.a.*, ECLI:EU:C:2020:791, Randnr. 130).

Bei der Beurteilung der Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten sind u.a. deren automatisierter Charakter, die verwendeten Techniken, der Genauigkeitsgrad, die Relevanz, der gegebenenfalls übermäßige Charakter der zu verarbeitenden Daten, das etwaige Vorhandensein von Maßnahmen zur Begrenzung der Datenspeicherfrist, das etwaige Vorhandensein eines unabhängigen Überwachungssystems, mit dem geprüft werden kann, ob eine Datenspeicherung weiterhin erforderlich ist, das etwaige Vorhandensein von ausreichenden Kontrollrechten und Rechtsbehelfen für die betroffenen Personen, das etwaige Vorhandensein von Garantien zur Vermeidung einer Stigmatisierung der Personen, deren Daten verarbeitet werden, und das etwaige Vorhandensein von Garantien zur Vermeidung einer falschen Nutzung und von Missbrauch der verarbeiteten personenbezogenen Daten durch öffentliche Behörden zu berücksichtigen (Entscheid Nr. 108/2016, ECLI:BE:GHCC:2016:ARR.108, B.12.2; Entscheid Nr. 29/2018, ECLI:BE:GHCC:2020:ARR.027, B.14.4; Entscheid Nr. 27/2020, ECLI:BE:GHCC:2020:ARR.027, B.8.3; EuGHMR, Große Kammer, 4. Mai 2000, *Rotaru gegen Rumänien*, vorerwähnt, § 59; 12. Januar 2016, *Szabó und Vissy gegen Ungarn*, ECLI:CE:ECHR:2015:1013JUD001132714, § 68; EuGH, Große Kammer, 8. April 2014,

C-293/12 und C-594/12, *Digital Rights Ireland Ltd u.a.*, ECLI:EU:C:2014:238, Randnrn. 56 bis 66).

B.46.2. Die für einen Polizeistaat charakteristische Befugnis, Bürger heimlich zu überwachen, ist gemäß der Konvention nur insoweit zulässig, als dies zum Schutz der demokratischen Institutionen unbedingt erforderlich ist (EuGHMR, Große Kammer, 6. September 1978, *Klass u.a. gegen Deutschland*, ECLI:CE:ECHR:1978:0906JUD000502971, § 42; 12. Januar 2016, *Szabó und Vissy gegen Ungarn*, vorerwähnt, § 54).

Wenn sie die Abwägung zwischen dem Interesse des beklagten Staats am Schutz der nationalen Sicherheit mittels Methoden der geheimen Überwachung einerseits und der Schwere des Eingriffs in die Ausübung des Rechts auf Achtung des Privatlebens andererseits vornehmen, verfügen die nationalen Behörden über einen gewissen Beurteilungsspielraum hinsichtlich der Wahl der Mittel, die zur Verwirklichung des legitimen Ziels, nämlich des Schutzes der nationalen Sicherheit, geeignet sind. Dieser Beurteilungsspielraum geht jedoch einher mit einer Kontrolle des Vorhandenseins von angemessenen und wirksamen Garantien gegen Missbrauch, da ein geheimes Überwachungssystem, das der nationalen Sicherheit dienen soll, die Demokratie unter dem Vorwand, sie zu verteidigen, untergraben oder sogar zerstören kann. Die Beurteilung dieser Frage hängt von allen Umständen der Sache ab, zum Beispiel der Art, der Tragweite und der Dauer etwaiger Maßnahmen, den erforderlichen Gründen, um sie anzuordnen, den zuständigen Behörden, um sie zu erlauben, auszuführen und zu kontrollieren, und der Art des im innerstaatlichen Recht vorhandenen Rechtsmittels (EuGHMR, Große Kammer, 4. Dezember 2015, *Roman Zakharov gegen Russland*, vorerwähnt, § 232; Große Kammer, 2. Mai 2021, *Big Brother Watch u.a. gegen Vereinigtes Königreich*, vorerwähnt, §§ 338 und 339).

B.47.1. Der Gesetzgeber hat sich in Artikel 7 des angefochtenen Gesetzes für ein System entschieden, in dem zwei Zeiträume unterschieden werden müssen: einerseits der in Paragraph 1 dieser Bestimmung erwähnte anfängliche Aufbewahrungszeitraum von fünf Jahren, der fünfmal verlängert werden kann, bis eine Höchstdauer von dreißig Jahren erreicht ist (oder von drei Jahren, der viermal verlängert werden kann, bis eine Höchstdauer von fünfzehn Jahren für die Daten über Minderjährige erreicht ist), und andererseits der in Paragraph 3 erwähnte spätere Archivierungszeitraum von höchstens dreißig Jahren, der auf den anfänglichen

Aufbewahrungszeitraum folgt. Die betreffenden personenbezogenen Daten könnten also in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. insgesamt sechzig Jahre lang gespeichert werden (Stellungnahme Nr. 97/2023 der Datenschutzbehörde, § 113).

Daher überprüft das KOBA gemäß den Bestimmungen von Artikel 7 des angefochtenen Gesetzes alle fünf Jahre (oder alle drei Jahre), ob die personenbezogenen Daten der gemeinsamen Datenbank T.E.R. noch einen direkten Zusammenhang mit einem der von dieser Datenbank verfolgten Zwecke aufweisen. Wenn die personenbezogenen Daten bei Ablauf der ersten Frist von fünf Jahren (oder von drei Jahren) noch einen solchen Zusammenhang aufweisen, werden sie in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. bis zur nächsten Bewertung der Erheblichkeit ihrer Aufbewahrung fünf Jahre (oder drei Jahre) später gespeichert. Die « aktiv » in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. während höchstens dreißig Jahren (oder fünfzehn Jahren) gespeicherten Daten (anfänglicher Aufbewahrungszeitraum) sind folglich Daten, bei denen das KOBA bei den aufeinanderfolgenden, in Abständen von fünf Jahren (oder drei Jahren) durchgeführten Kontrollen der Auffassung ist, dass sie weiterhin einen direkten Zusammenhang mit einem der Zwecke der Datenbank aufweisen.

Wenn sich nach einer der alle fünf Jahre (oder alle drei Jahre) durchgeführten Bewertungen zeigt, dass die personenbezogenen Daten keinen direkten Zusammenhang mehr mit einem der Zwecke der gemeinsamen Datenbank T.E.R. aufweisen, und in jedem Fall dreißig Jahre (oder fünfzehn Jahre) nach der letzten Speicherung der betreffenden Daten werden diese Daten in dieser Datenbank für einen Zeitraum von höchstens dreißig Jahren archiviert (späterer Archivierungszeitraum). Die betreffenden Daten werden in dieser Weise archiviert, sobald sich zeigt, dass sie keinen direkten Zusammenhang mehr mit einem der Zwecke der gemeinsamen Datenbank T.E.R. aufweisen, ohne dass der Ablauf der anfänglichen Speicherfrist von dreißig Jahren abgewartet wird (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, SS. 80 und 83).

B.47.2. Was den anfänglichen Aufbewahrungszeitraum betrifft, ist die regelmäßige Kontrolle der weiterhin bestehenden Erheblichkeit der Speicherung der personenbezogenen Daten der gemeinsamen Datenbank T.E.R. alle fünf Jahre (oder alle drei Jahre) « parallel zu der im Gesetz vom 10. Juli 2006 über die Bedrohungsanalyse vorgesehenen Frist » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, S. 80) vorgesehen, um « die Verpflichtungen im Bereich der Aufbewahrung von Daten zu verstärken, die offensichtlich seit einiger Zeit nicht mehr verarbeitet werden » (ebenda, S. 81). Diese Kontrolle stellt « eine zusätzliche Garantie,

die zu der Verpflichtung des KOBA hinzukommt, kontinuierlich Bewertungen der Bedrohung vorzunehmen (und diese Bewertung mindestens zweimal im [Jahr] zu aktualisieren) » dar, die in Artikel 27 Absatz 2 des angefochtenen Gesetzes erwähnt ist (ebenda, S. 80).

B.47.3. Was den späteren Archivierungszeitraum betrifft, ersetzt Artikel 7 §§ 1 und 3 des angefochtenen Gesetzes Artikel 44/11/3bis §§ 5 und 7 des Gesetzes über das Polizeiamt, eingefügt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 27. April 2016 und vor seiner Aufhebung durch Artikel 55 Nr. 3 des angefochtenen Gesetzes. Dieser Artikel 44/11/3bis §§ 5 und 7 des Gesetzes über das Polizeiamt bestimmte:

« § 5. Unbeschadet des Archivgesetzes vom 24. Juni 1955 werden die in den gemeinsamen Datenbanken gespeicherten personenbezogenen Daten gelöscht, sobald die in § 2 bestimmten Zwecke verschwinden und spätestens dreißig Jahre nach der letzten Verarbeitung.

Nach der letzten Verarbeitung wird mindestens alle drei Jahre geprüft, ob die personenbezogenen Daten noch in direktem Zusammenhang mit einem der in § 2 erwähnten Zwecke stehen. Ist dies nicht der Fall, werden die Daten gelöscht.

[...]

§ 7. Die personenbezogenen Daten und Informationen, die gelöscht werden müssen, können für eine Dauer von höchstens dreißig Jahren archiviert werden.

Nach Ablauf dieser Frist werden diese Daten und Informationen unbeschadet des Archivgesetzes vom 24. Juni 1955 gelöscht.

Das Archiv einer gemeinsamen Datenbank darf nur im Rahmen folgender Zwecke eingesehen werden:

1. Unterstützung bei der Festlegung und der Umsetzung der Polizei- und Sicherheitspolitik in Sachen Terrorismus und Extremismus, der zu Terrorismus führen kann,
2. Verarbeitung der Vorgeschichte im Rahmen von Untersuchungen in Bezug auf einen kriminellen Terrorakt,
3. Verteidigung der in Artikel 44/11/3bis § 2 Nr. 2 erwähnten Behörden vor Gericht.

Das Ergebnis der Nutzung des Archivs der gemeinsamen Datenbank für den in Absatz 1 Nr. 1 vorgesehenen Zweck wird anonymisiert ».

Im Vergleich zum vorerwähnten Artikel 44/11/3bis § 7 des Gesetzes über das Polizeiamt macht Artikel 7 § 3 des angefochtenen Gesetzes « die Archivierung personenbezogener Daten

und Informationen für einen Zeitraum von 30 Jahren obligatorisch und nicht mehr optional » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, S. 84).

Aus den Vorarbeiten zum angefochtenen Gesetz geht hervor, dass der Zugriff auf die Archive in einer « einfachen Einsichtnahme » in die darin enthaltenen personenbezogenen Daten und Informationen ohne Erstellungsrecht, Lese- oder Schreibrecht besteht. Denn « in den Archiven wird nichts Neues erstellt oder verändert » (ebenda, S. 84). Was den Zweck der « Verarbeitung der Vorgeschichte im Rahmen einer gerichtlichen oder nachrichtendienstlichen Untersuchung zum Terrorismus oder Extremismus, der zu Terrorismus führen kann » (Artikel 7 § 3 Absatz 4 Nr. 2 des angefochtenen Gesetzes) betrifft, dürfen nur die Staatsanwaltschaft, die Polizeidienste und die Nachrichtendienste Zugriff auf die Archive im Rahmen von gerichtlichen Untersuchungen und nachrichtendienstlichen Untersuchungen haben (ebenda, S. 85).

In den Vorarbeiten zum angefochtenen Gesetz (ebenda, SS. 85 bis 88) wird außerdem auf die Vorarbeiten zum Gesetz vom 27. April 2016, mit dem der vorerwähnte Artikel 44/11/3*bis* des Gesetzes über das Polizeiamt eingefügt wurde, verwiesen.

In den Vorarbeiten zu diesem letztgenannten Gesetz ist insbesondere erläutert:

« Les phénomènes de terrorisme et d'extrémisme pouvant conduire au terrorisme ne peuvent en effet pas être traités utilement sur des courtes périodes vu que les réponses opérationnelles à apporter sont tributaires d'une compréhension historique, anthropologique et sociétale de ceux-ci.

Il peut en effet s'avérer que des données recueillies prennent plus de sens ou un éclairage différent après de nombreuses années, à la lumière de nouvelles informations ou d'événements nouveaux.

De même, les premières phases d'identification, de recrutement et d'activation de personnes ou de cellules dormantes peuvent être espacées par de nombreuses années. Certaines organisations laissent leurs membres parvenir à des fonctions-clés avant de les solliciter à nouveau.

L'allongement de la durée de vie amène à devoir concevoir l'implication de personnes dans des organisations ou des mouvances qui font l'objet de l'attention légitime des services compétents et dont les données sont traitées dans les banques de données communes sur une durée plus longue correspondant à cette mutation démographique.

Il convient ainsi de relever que certaines personnes ayant quitté un groupement, ou n'ayant plus attiré l'attention des autorités au sein d'une mouvance pendant de nombreuses années, reprennent leurs activités passées. C'est ainsi que des personnes, bien qu'âgées, reprennent un activisme délaissé après être entré en sommeil durant une période de leur vie.

Il est également possible d'archiver les données et informations qui entrent dans les conditions pour être supprimées.

Cet archivage n'est pas rendu obligatoire du fait que les banques de données communes sont alimentées par différents services qui, comme par exemple la police en ce qui concerne la BNG et les banques de données de base, disposent déjà d'un système d'archivage pour leurs propres banques de données.

Toutefois, il arrive qu'une recherche sur l'historique soit nécessaire.

Comme ces données et informations archivées ne remplissent plus les conditions pour une utilisation opérationnelle, elles ne pourront être consultées que pour des finalités strictement limitées et qui répondent aux nécessités suivantes :

- établir une politique de sécurité en matière de terrorisme en comparant anciennes et nouvelles données et informations. Dans ce cas, le résultat de l'exploitation sera anonymisé;
- sur le plan opérationnel, certaines vieilles données peuvent s'avérer utiles dans le cadre d'une enquête sur un fait grave de terrorisme;
- lorsque la décision d'une autorité est attaquée en justice » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2015-2016, DOC 54-1727/001, SS. 24 und 25).

B.47.4. Daraus ergibt sich, dass die in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. gespeicherten personenbezogenen Daten nach ihrer Archivierung gemäß Artikel 7 § 3 des angefochtenen Gesetzes für die betreffenden Basisdienste und Partnerdienste nicht mehr sichtbar sind und dass die archivierten personenbezogenen Daten nur noch in Ausnahmesituationen von einer begrenzten Anzahl an Personen oder Stellen eingesehen werden können. Angesichts der Zwecke, für die eine solche Einsichtnahme möglich ist, handelt es sich um eine Archivierung entweder im Allgemeininteresse (Artikel 7 § 3 Absatz 4 Nrn. 1 bis 4 des angefochtenen Gesetzes) oder im Rahmen historischer, wissenschaftlicher oder statistischer Zwecke (Artikel 7 § 3 Absatz 4 Nr. 5 des angefochtenen Gesetzes).

Wenn die Einsichtnahme im Rahmen der Unterstützung bei der Festlegung und Umsetzung der Sicherheitspolitik im Bereich Terrorismus und Extremismus, der zu Terrorismus führen kann, erfolgt, muss deren Ergebnis anonymisiert werden (Artikel 7 § 3 Absatz 5 des angefochtenen Gesetzes). Die Artikel 162 bis 167 des Datenschutzgesetzes sehen auch spezifische Garantien vor, die auf die Einsichtnahme in archivierte personenbezogene Daten zu

historischen, wissenschaftlichen oder statistischen Zwecken Anwendung finden, insbesondere die Anonymisierung oder Pseudonymisierung dieser Daten. Ganz allgemein ist im Rahmen der Archivierung auch der Grundsatz der Datenminimierung zu beachten. Nach diesem Grundsatz müssen die Daten angemessen und erheblich sowie auf das für die Zwecke der Verarbeitung notwendige Maß beschränkt sein.

B.47.5. Angesichts des Ausnahmecharakters der Einsichtnahme und unter Berücksichtigung des oben genannten Grundsatzes der Datenminimierung ist davon auszugehen, dass, abgesehen von den vorerwähnten Fällen, in denen das Ergebnis der Einsichtnahme anonymisiert oder pseudonymisiert wird, die Einsichtnahme in die Archive der gemeinsamen Datenbank T.E.R. nur möglich ist, wenn die vorstehend genannten Zwecke nicht in anderer Weise erreicht werden können, wie es auch bei der gemäß Artikel 44/10 des Gesetzes über das Polizeiamt vorgenommenen Einsichtnahme in die Archive der Allgemeinen Nationalen Datenbank (AND) der Fall ist (siehe Entscheid Nr. 108/2016 vom 14. Juli 2016, vorerwähnt, B.113.2).

Vorbehaltlich dieser Auslegung ist es angesichts der in Artikel 7 § 3 Absatz 4 des angefochtenen Gesetzes beschriebenen Zwecke und unter Berücksichtigung der strengen Voraussetzungen der Einsichtnahme in die Archive einerseits und der Kontrolle dieser Einsichtnahme durch das Organ für die Kontrolle der polizeilichen Informationen und den Ständigen Ausschuss N andererseits vernünftig gerechtfertigt, dass die in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. verarbeiteten Daten nicht unverzüglich und endgültig gelöscht werden, wenn die Zwecke dieser Datenbank nicht mehr erfüllt sind oder die in Artikel 7 § 1 des angefochtenen Gesetzes erwähnten Fristen abgelaufen sind, sondern sie archiviert werden. In diesem Zusammenhang rechtfertigen es die mit der Archivierung verbundenen Zwecke, dass die betreffenden Archive während eines längeren Zeitraums, im vorliegenden Fall dreißig Jahre, aufbewahrt werden. Dies gilt umso mehr im Kontext des Terrorismus und des Extremismus, der zu Terrorismus führen kann, in dem sich die fraglichen personenbezogenen Daten, wie aus den in B.47.3 zitierten Vorarbeiten hervorgeht, nach einem langen Zeitraum erneut als erheblich herausstellen können.

B.48. Vorbehaltlich der in B.47.5 erwähnten Auslegung ist der Beschwerdegrund unbegründet.

12. In Bezug auf die Rechte der betroffenen Personen (Artikel 4 des angefochtenen Gesetzes)

a) Die Regeln über die Rechte der betroffenen Personen und die für die Verarbeitung Verantwortlichen

B.49. Die klagenden Parteien führen an, dass Artikel 4 des angefochtenen Gesetzes gegen die im ersten Klagegrund erwähnten Referenznormen verstoße, insofern die Einschränkungen der Rechte der betroffenen Personen nicht ausreichend vorhersehbar seien, weil eine klare Identifizierung des oder der Verantwortlichen der einzelnen Verarbeitungen fehle.

B.50.1. Artikel 4 des angefochtenen Gesetzes bestimmt:

« Sans préjudice des articles 11 et 45 de la loi relative à la protection des données, les règles relatives à la protection des données et aux droits de la personne concernée sont celles visées au titre 3, sous-titre 4, de la même loi ».

Artikel 11 § 1 des Datenschutzgesetzes sieht vor, dass die Bestimmungen über die Rechte der betroffenen Personen, die auf Verarbeitungen von personenbezogenen Daten anwendbar sind, die in den Anwendungsbereich der DSGVO fallen (Artikel 12 bis 22 und 34 dieser Verordnung) sowie der in Artikel 5 dieser Verordnung erwähnte Grundsatz der Transparenz bei der Verarbeitung keine Anwendung auf Verarbeitungen personenbezogener Daten, die direkt oder indirekt von den in Titel 3 desselben Gesetzes erwähnten Behörden stammen und die die Behörden und Personen betreffen, die in diesem Paragraphen genannt sind, finden. Artikel 11 § 5 Absatz 3 desselben Gesetzes sieht vor, dass die Datenschutzbehörde, wenn sie mit einem Antrag oder einer Beschwerde befasst wird, die nur personenbezogene Daten betrifft, die von einer in Titel 3 erwähnten Behörde stammen, nach Empfang der Antwort des Ständigen Ausschusses N, antwortet, dass « die erforderlichen Prüfungen vorgenommen wurden ».

Artikel 45 § 1 desselben Gesetzes sieht vor, dass die Bestimmungen über die Rechte der betroffenen Personen, die auf Verarbeitungen von personenbezogenen Daten anwendbar sind, die in den Anwendungsbereich der Polizeirichtlinie fallen (Artikel 36 bis 44 und 62 desselben Gesetzes), keine Anwendung auf die Verarbeitung personenbezogener Daten, die direkt oder indirekt von den in Titel 3 des vorliegenden Gesetzes erwähnten Behörden stammen und die

im Titel 2 dieses Gesetzes erwähnten Verantwortlichen und zuständigen Behörden betreffen, denen diese Daten übermittelt wurden, finden. Artikel 45 § 6 Absatz 3 desselben Gesetzes in Verbindung mit Artikel 71 dieses Gesetzes sieht vor, dass das Organ für die Kontrolle der polizeilichen Informationen, wenn es mit einem Antrag oder einer Beschwerde befasst wird, die nur personenbezogene Daten betrifft, die von einer in Titel 3 erwähnten Behörde stammen, nach Empfang der Antwort des Ständigen Ausschusses N, antwortet, dass « die erforderlichen Prüfungen vorgenommen wurden ».

Artikel 139 Absatz 1 des Datenschutzgesetzes, abgeändert durch Artikel 37 des angefochtenen Gesetzes, bestimmt, dass Untertitel 4 von Titel 3 dieses Gesetzes Anwendung « auf die Verarbeitungen personenbezogener Daten durch das KOBA und seine Auftragsverarbeiter im Rahmen seiner im Gesetz vom 10. Juli 2006 erwähnten Aufträge sowie durch oder aufgrund besonderer Gesetze und auf die Verarbeitungen personenbezogener Daten in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. » findet. Artikel 139 Absatz 2 desselben Gesetzes präzisiert, dass « die Titel 1, 2, 4, 5 und 7 des vorliegenden Gesetzes [...] keine Anwendung [auf diese Verarbeitungen] [finden]. In Titel 6 finden nur die Artikel 226, 227 und 230 Anwendung ».

Daraus folgt, dass entgegen den Ausführungen der klagenden Parteien die Datenverarbeitungen in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. weder in den Anwendungsbereich von Titel 1 noch Titel 2 des Datenschutzgesetzes, sondern in den Anwendungsbereich von Titel 3 dieses Gesetzes fallen, der die Überschrift « Schutz natürlicher Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten durch andere als die in den Titeln 1 und 2 erwähnten Behörden » trägt, und insbesondere von Untertitel 4 des genannten Titels, der die Überschrift « Schutz natürlicher Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten durch das KOBA und in der gemeinsamen Datenbank ‘ Terrorismus, Extremismus, Radikalisierungsprozess ’ » trägt und der aus den Artikeln 138 bis 167 dieses Gesetzes besteht.

B.50.2. In den Vorarbeiten zum angefochtenen Gesetz heißt es:

« Le présent avant-projet de loi règle les questions en matière de protection des données qui sont propres aux traitements de données au sein de la banque de données commune T.E.R., à savoir quels types de données à caractère personnel y sont traitées, pour quelles finalités, pendant combien de temps, qui est responsable du traitement, quelles autorités doivent alimenter la banque de données, avec quelles catégories de données, quelles sont les catégories

d'autorités qui peuvent recevoir accès ou communication de tout ou partie des données, l'obligation de journaliser les données, et quelles sont les autorités de protection des données compétentes.

Par ailleurs, dans une optique de cohérence, le législateur a choisi pour les autres règles en matière de protection des données (obligation des responsables du traitement, choix d'un sous-traitant, droits des personnes concernées,...) de se raccrocher par analogie au titre 3, sous-titre 4 de la loi du 30 juillet 2018 relative à la protection des personnes physiques à l'égard des traitements de données à caractère personnel, qui est dédié aux traitements de données à caractère personnel réalisés par l'OCAM. Bien que le contexte qui entoure les traitements de données à caractère personnel par l'OCAM au moyen de ses propres systèmes d'informations est fort différent du contexte particulier qui entoure les traitements de données à caractère personnel réalisés au sein de la banque de données commune T.E.R., nous retrouvons dans les deux cas une mutualisation de données à caractère personnel et d'informations provenant de responsables du traitement qui ne sont pas tous soumis aux mêmes obligations en matière de protection des données à caractère personnel. Il est impératif, pour garantir la plus grande sécurité juridique possible, mais également en termes de lisibilité pour les personnes concernées – et par conséquent, faciliter l'exercice de leurs droits – de définir un régime commun à ces traitements » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, SS. 48 und 49).

Und:

« Toute proportion gardée, on retrouve [...] une similitude entre les traitements que l'OCAM effectue sur des données à caractère personnel et des informations provenant de ses différents services d'appui avec la banque de données commune T.E.R. qui mutualise les données à caractère personnel et les informations introduites par les services de bases et d'autres partenaires. Le traitement 'en commun' des données dans la banque de données commune T.E.R. implique qu'un seul régime commun soit appliqué à ces données, en particulier concernant le droit des personnes concernées, ceci au bénéfice d'une plus grande sécurité juridique profitable à tous.

[...]

En définitive, le régime général en matière de traitement de données à caractère personnel pour la banque de données commune T.E.R. se trouve entièrement [intégré] dans la loi sur la protection des données. L'avant-projet ne contient plus que des aménagements, comme les délais de conservation des données et les brèches de sécurité ou des règles spécifiques à certains acteurs de la banque de données commune (notamment le gestionnaire et le responsable opérationnel) » (ebenda, SS. 146 und 147).

B.50.3. Wie die Gesetzgebungsabteilung des Staatsrates angemerkt hat (ebenda, S. 197), ergibt sich aus den vorerwähnten Vorarbeiten, dass die eigenständige Regelung, die das angefochtene Gesetz vorsieht, einerseits und die Artikel 138 bis 167 des Datenschutzgesetzes, abgeändert durch die Artikel 35 bis 50 des angefochtenen Gesetzes, andererseits ergänzend Anwendung finden, um alle Regeln auf dem Gebiet des Rechts auf Achtung des Privatlebens, des Rechts auf Schutz personenbezogener Daten und der Zulässigkeit von Einmischungen in

die Ausübung dieser Rechte festzulegen, die auf Verarbeitungen in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. Anwendung finden.

Außerdem geht aus denselben Vorarbeiten hervor, dass sich der Gesetzgeber bezüglich der Regeln über die Rechte der von der Verarbeitung personenbezogener Daten in der Datenbank T.E.R. betroffenen Personen dafür entschieden hat, die Regeln über die auf Verarbeitungen personenbezogener Daten durch das KOBA anwendbaren Rechte entsprechend anzuwenden. Zu diesem Zweck ändern die Artikel 35 bis 50 des angefochtenen Gesetzes die Artikel 138 bis 167 des Datenschutzgesetzes ab, um die Anwendung dieser Bestimmungen, die früher nur auf Verarbeitungen personenbezogener Daten durch das KOBA anwendbar waren, auf Verarbeitungen in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. auszudehnen.

B.50.4. Die Regeln, denen die Rechte der von der Verarbeitung personenbezogener Daten in der Datenbank T.E.R. betroffenen Personen unterliegen, und die etwaigen Einschränkungen dieser Rechte sind in dieser Weise klar definiert.

B.51.1. Was die Verteilung der Verantwortlichkeiten im Bereich Datenschutz betrifft, so bestimmt Artikel 30 des angefochtenen Gesetzes, dass die Verantwortung für die Qualität der in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. gespeicherten personenbezogenen Daten und Informationen einerseits dem für die Verarbeitung Verantwortlichen jedes einzelnen Dienstes, der Daten in die gemeinsame Datenbank T.E.R. einspeist, für die von diesen Diensten übermittelten personenbezogenen Daten und Informationen obliegt (Artikel 30 § 1 Nr. 1 des angefochtenen Gesetzes), und andererseits bei den Ministern des Innern und der Justiz als gemeinsam für die Verarbeitung in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. Verantwortlichen für die in den Auskunftsdatensätzen validierten personenbezogenen Daten und Informationen liegt (Artikel 30 § 1 Nr. 2 in Verbindung mit Artikel 5 Absatz 1). Die Verantwortung für die Rechtmäßigkeit der Übertragung personenbezogener Daten und Informationen an die gemeinsame Datenbank T.E.R. obliegt dem für die Verarbeitung Verantwortlichen jedes Dienstes, der Daten in die gemeinsame Datenbank T.E.R. einspeist (Artikel 30 § 2). Die Verantwortung für die Rechtmäßigkeit der Übertragung personenbezogener Daten und Informationen von der gemeinsamen Datenbank T.E.R. obliegt den Ministern des Innern und der Justiz als gemeinsam für die Verarbeitung in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. Verantwortlichen (Artikel 30 § 3 Nr. 1). Diese sorgen auch für die ordnungsgemäße technische und operative Funktionsweise dieser Datenbank und für die Integrität, die Verfügbarkeit und

Vertraulichkeit der personenbezogenen Daten und Informationen der gemeinsamen Datenbank T.E.R. und für die Sicherheit der Zugriffssysteme (Artikel 30 § 3 Nrn. 2 und 3).

B.51.2. Hierzu heißt es in den Vorarbeiten:

« En matière de qualité des données, il convient de distinguer la responsabilité du responsable du traitement du service qui transmet une donnée à la banque de données commune T.E.R. et celle du responsable du traitement de la banque de données commune T.E.R. même. [...]

Ainsi, le responsable du traitement du service fournisseur garde sa responsabilité quant à la licéité de sa donnée transmise aux termes de la loi vie privée, tandis que le responsable du traitement de la banque de données commune T.E.R. en assure la responsabilité dès lors que cette donnée transmise est exploitée dans sa banque de données.

Il serait en effet incohérent que le responsable du traitement de la banque de données commune T.E.R. puisse porter une quelconque responsabilité sur une donnée erronée dont le traitement aurait été effectué par un tiers.

De même, le responsable du traitement du fournisseur ne pourrait être tenu responsable d'une donnée qui a été transmise à la banque de données commune T.E.R. et qui, à la suite de son exploitation, ne serait plus correcte. Il convient de préciser que le terme 'service' doit être entendu de manière générale, on ne vise dès lors pas un individu spécifique mais bien l'institution.

En matière de transmission des données, là aussi, chaque responsable du traitement doit porter une responsabilité sur la légalité de cette transmission. Le responsable du traitement fournisseur doit s'assurer que la transmission de sa donnée soit effectuée dans le respect de la loi, tandis que le responsable du traitement de la banque de données commune T.E.R. doit s'assurer de la légalité lorsque la donnée est transmise de cette banque de données.

À noter que ces règles en matière de responsabilité concernent également les données et informations d'un certain service qui seraient enregistrées dans la banque de données commune T.E.R. par un autre service. Ce serait éventuellement le cas lorsqu'un service de base estime, après prise de contact, qu'une donnée d'un service partenaire ayant reçu un HIT lors de l'utilisation du droit d'interrogation, pourrait enrichir la banque de données commune T.E.R. La qualité de l'information ainsi enregistrée par le service de base serait de la responsabilité du responsable du traitement du service source et non du service de base.

Les responsabilités du responsable du traitement sont décrites dans la loi relative à la protection des données, mais, dans un souci de clarté, le projet met l'accent sur certaines obligations que doit assurer le responsable du traitement de la banque de données commune T.E.R. Il est ainsi rappelé que le responsable du traitement de la banque de données commune T.E.R. doit veiller au bon fonctionnement technique et fonctionnel de sa banque de données afin, par exemple, de s'assurer qu'une donnée transmise ne soit pas altérée par un dysfonctionnement technique.

Le responsable de la banque de données commune T.E.R. s'assure également de l'intégrité, la disponibilité et la confidentialité des données et informations qui y sont enregistrées » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, SS. 129 bis 131).

B.51.3. Die Verantwortlichen für jede Verarbeitung sind in dieser Weise klar bestimmt.

B.52. Der Beschwerdegrund der klagenden Parteien zu den Regeln über die Rechte der betroffenen Personen und die für die Verarbeitung Verantwortlichen ist unbegründet.

b) Das Nichtvorhandensein einer aktiven Benachrichtigung

B.53. Die klagenden Parteien bemängeln zudem, dass Artikel 4 des angefochtenen Gesetzes keine aktive Benachrichtigung der überwachten Personen vorsehe, die es ermögliche, sie nach dem Ende einer Überwachungsmaßnahme zu informieren, dass sie Gegenstand einer solchen Maßnahme waren. Das Recht auf Auskunft zu Daten und das Recht auf eine wirksame gerichtliche Beschwerde der betroffenen Personen seien auch nicht ausreichend gewährleistet, insofern die einzige Kontrollmöglichkeit, über die betroffenen Personen verfügten, darin bestehe, das Organ für die Kontrolle der polizeilichen Informationen und den Ständigen Ausschuss N zu befassen, die nur antworten könnten, dass alle erforderlichen Prüfungen vorgenommen worden seien.

B.54.1. Weder das angefochtene Gesetz, noch die Artikel 138 bis 167 des Datenschutzgesetzes, abgeändert durch die Artikel 35 bis 50 des angefochtenen Gesetzes, sehen eine Verpflichtung der Behörden vor, die betroffene Person aktiv zu benachrichtigen, dass sie betreffende personenbezogene Daten und Informationen von den Basisdiensten und Partnerdiensten in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. verarbeitet wurden.

B.54.2. Die Rechte der betroffenen Personen sind in den Artikeln 144 bis 148 des Datenschutzgesetzes festgelegt, die das Kapitel 6 (« Rechte der betroffenen Person » von Untertitel 4 des Titels 3 dieses Gesetzes bilden. Diese Artikel bestimmen:

« Art. 144. Lors du traitement de données à caractère personnel la concernant, toute personne physique a droit à la protection de ses libertés et droits fondamentaux, notamment à la protection de ses données à caractère personnel.

Art.145. La personne concernée a le droit de demander :

1° la rectification ou la suppression de ses données à caractère personnel inexactes;

2° la vérification auprès de l'autorité de contrôle compétente du respect des dispositions du présent sous-titre.

Art. 146. Les droits visés à l'article 145 s'exercent, sans frais, par l'intermédiaire de l'autorité de contrôle compétente, à l'initiative de la personne concernée justifiant de son identité.

L'autorité de contrôle compétente effectue les vérifications et communique uniquement à l'intéressé qu'il a été procédé aux vérifications nécessaires.

Les modalités d'exercice de ces droits sont déterminées par la loi.

Art. 147. Les autorités de contrôle visées à l'article 161, les responsables conjoints du traitement de la banque de données commune T.E.R. et l'OCAM tiennent un journal des demandes d'exercice des droits par les personnes concernées.

Art. 148. Une décision produisant des effets juridiques à l'égard d'une personne ne peut être prise sur le seul fondement d'un traitement automatisé de données à caractère personnel destiné à évaluer certains aspects de sa personnalité.

L'interdiction prévue à l'alinéa 1er ne s'applique pas lorsque la décision est fondée sur une disposition prévue par ou en vertu d'une loi ou lorsque la décision est nécessaire pour la sauvegarde d'un intérêt public important ».

Nach Artikel 146 des Datenschutzgesetzes können die in Artikel 145 dieses Gesetzes erwähnten Rechte der betroffenen Person (das heißt: das Recht, die Berichtigung oder Löschung sie betreffender personenbezogener Daten, die unrichtig sein sollten, zu erwirken, und das Recht, die Prüfung der Einhaltung der Bestimmungen von Untertitel 3 zu erwirken) auf Initiative dieser Person unentgeltlich und nur nach Nachweis ihrer Identität über das Organ für die Kontrolle der polizeilichen Informationen und den Ständigen Ausschuss N als Aufsichtsbehörden für die in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. durchgeführten Verarbeitungen ausgeübt werden (Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 161 Absatz 2 desselben Gesetzes). Diese Behörden « [nehmen] die Prüfung vor » und « informier[en] nur die betroffene Person darüber, dass die erforderlichen Prüfungen vorgenommen wurden » (Absatz 2).

B.55.1. Was den Beschwerdegrund über das Fehlen einer aktiven Benachrichtigung betrifft, geht aus der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte hervor, dass die Prüfung und die Kontrolle der Methoden der geheimen Überwachung in drei Phasen erfolgen können: Wenn man die Überwachung anordnet, während sie durchgeführt wird

und nachdem sie beendet wurde (EuGHMR, Große Kammer, 4. Dezember 2015, *Roman Zakharov gegen Russland*, vorerwähnt, § 233; 19. Juni 2018, Große Kammer, 29. April 2022, *Centrum för rättvisa gegen Schweden*, ECLI:CE:ECHR:2021:0525JUD003525208, § 250; Große Kammer, 25. Mai 2021, *Big Brother Watch u.a. gegen Vereinigtes Königreich*, ECLI:CE:ECHR:2021:0525JUD005817013, § 336).

Hinsichtlich der dritten Phase, das heißt nach der Beendigung der Überwachung, hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschieden:

«[...] la question de la notification *a posteriori* de mesures de surveillance est indissolublement liée à celle de l'effectivité des recours judiciaires et donc à l'existence de garanties effectives contre les abus des pouvoirs de surveillance. La personne concernée ne peut guère, en principe, contester rétrospectivement devant la justice la légalité des mesures prises à son insu, sauf si on l'avise de celles-ci (*Klass et autres*, précité, § 57, et *Weber et Saravia*, décision précitée, § 135) ou si – autre cas de figure –, soupçonnant que ses communications font ou ont fait l'objet d'interceptions, la personne a la faculté de saisir les tribunaux, ceux-ci étant compétents même si le sujet de l'interception n'a pas été informé de cette mesure (*Kennedy*, précité, § 167) » (EuGHMR, Große Kammer, 4. Dezember 2015, *Roman Zakharov gegen Russland*, vorerwähnt, § 234. Siehe auch: EuGHMR, Große Kammer, 25. Mai 2021, *Big Brother Watch u.a. gegen Vereinigtes Königreich*, vorerwähnt, § 337; Große Kammer, 29. April 2022, *Centrum för rättvisa gegen Schweden*, vorerwähnt, § 251).

B.55.2. Wenn sie die Abwägung zwischen dem Interesse am Schutz der nationalen Sicherheit mittels Methoden der geheimen Überwachung einerseits und der Schwere des Eingriffs in die Ausübung des Rechts auf Achtung des Privatlebens andererseits vornehmen, verfügen die nationalen Behörden über einen gewissen Beurteilungsspielraum hinsichtlich der Wahl der Mittel, die zur Verwirklichung des legitimen Ziels, nämlich des Schutzes der nationalen Sicherheit, geeignet sind (EuGHMR, Große Kammer, 4. Dezember 2015, *Roman Zakharov gegen Russland*, vorerwähnt, § 232; Große Kammer, 29. April 2022, *Centrum för rättvisa gegen Schweden*, vorerwähnt, § 252; Große Kammer, 25. Mai 2021, *Big Brother Watch u.a. gegen Vereinigtes Königreich*, vorerwähnt, § 338. Siehe auch: EuGH, Große Kammer, 6. September 1978, *Klass u.a. gegen Deutschland*, vorerwähnt, §§ 49, 50 und 59; Entscheidung, 29. Juni 2006, *Weber und Saravia gegen Deutschland*, vorerwähnt, § 106; 18. Mai 2010, *Kennedy gegen Vereinigtes Königreich*, ECLI:CE:ECHR:2010:0518JUD002683905, §§ 153 und 154; 12. Januar 2016, *Szabó und Vissy gegen Ungarn*, vorerwähnt, § 57).

B.55.3. Das angefochtene Gesetz unterwirft die Personen, die in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. aufgeführt sind, nicht selbst den in Artikel 33 § 2 dieses Gesetzes erwähnten Maßnahmen. Dieses Gesetz schafft jedoch eine Rechtsgrundlage für die Verarbeitung zahlreicher personenbezogener Daten und Informationen über diese Personen in dieser Datenbank ohne deren Wissen zum Zwecke der Verhütung und Überwachung des Terrorismus sowie für die Abstimmung der Sicherheitsfachkräfte innerhalb der lokalen « Task Force » auf der Grundlage dieser Daten und Informationen im Hinblick auf die mögliche spätere Ergreifung der vorerwähnten Maßnahmen gegenüber diesen Personen

Bei jeder Person, die in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. aufgeführt ist, wird in Anbetracht der gesetzlichen Aufträge des KOBA, die unter anderem darin bestehen, eine gemeinsame Bewertung der Bedrohung gemäß Artikel 8 des Gesetzes vom 10. Juli 2006 « über die Bedrohungsanalyse » vorzunehmen, und seiner Aufgabe als operativ verantwortlicher Leiter der gemeinsamen Datenbank T.E.R. davon ausgegangen, dass sie Gegenstand einer Überwachung durch das KOBA ist.

B.55.4. Unter Berücksichtigung des Beurteilungsspielraums, über den er verfügt, wenn er das Interesse des Staates, die nationale Sicherheit mithilfe von geheimen Überwachungsmaßnahmen zu schützen, einerseits und die Schwere des Eingriffs in die Ausübung des Rechts auf Achtung des Privatlebens andererseits abwägt, konnte der Gesetzgeber es für notwendig erachten, dass die Personen, deren personenbezogene Daten in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. verarbeitet werden, nicht über diese Verarbeitungen informiert werden.

Die Personen, die den Verdacht haben, dass sie betreffende personenbezogene Daten oder Informationen Gegenstand einer Verarbeitung in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. sind oder waren, können sich an die Aufsichtsbehörden, das Organ für die Kontrolle der polizeilichen Informationen und den Ständigen Ausschuss N wenden, um etwaige unrechtmäßige Verarbeitungen ihrer Daten zu beanstanden.

B.55.5. Der vorerwähnte Entscheid Nr. 145/2011 (B.86, B.88 und B.92) und der Entscheid des Gerichtshofes Nr. 41/2019 (ECLI:BE:GHCC:2019:ARR.041, B.9 bis B.16) beziehen sich ausschließlich auf das Fehlen einer aktiven Benachrichtigung der betroffenen Person im Nachhinein, um sie zu informieren, dass sie Gegenstand einer spezifischen oder

außergewöhnlichen Methode zum Sammeln von Daten im Sinne der Artikel 18/4 bis 18/8 und 18/11 bis 18/17 des Grundlagengesetzes vom 30. November 1998 gewesen ist.

Es ist zwar nicht ausgeschlossen, dass die Nachrichtendienste als Basisdienste in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. personenbezogene Daten und Informationen über eine in dieser Datenbank erfasste Entität speichern, die sie gegebenenfalls über eine spezifische oder außergewöhnliche Methode zum Sammeln von Daten im Sinne der Artikel 18/4 bis 18/8 und 18/11 bis 18/17 des Grundlagengesetzes vom 30. November 1998 erhalten haben (Artikel 14 in Verbindung mit Artikel 2 Nr. 2 des angefochtenen Gesetzes; Artikel 19 Absatz 1 des Grundlagengesetzes vom 30. November 1998). Das fortbestehende Fehlen einer Gesetzesbestimmung, die eine aktive Benachrichtigung der betroffenen Person vorsieht, dass sie Gegenstand einer spezifischen oder außergewöhnlichen Methode zum Sammeln von Daten war, deren Ergebnisse gegebenenfalls in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. gespeichert werden könnten, sobald diese Benachrichtigung erfolgen kann, ohne das Ziel der Einschränkung zu gefährden, ist jedoch auf das Grundlagengesetz vom 30. November 1998, gegen das die vorliegende Klage nicht gerichtet ist, und nicht auf das angefochtene Gesetz zurückzuführen.

B.55.6. Unter Berücksichtigung der anderen Garantien gegen Missbrauch, die im angefochtenen Gesetz enthalten sind, und unter Berücksichtigung insbesondere der ständigen Kontrolle durch das Organ für die Kontrolle der polizeilichen Informationen und durch den Ständigen Ausschuss N hat Artikel 4 des angefochtenen Gesetzes keine unverhältnismäßige Einschränkung des Rechts auf Achtung des Privatlebens, des Rechts auf Schutz personenbezogener Daten und des Rechts auf eine wirksame Beschwerde zur Folge.

B.55.7. Der Beschwerdegrund der klagenden Parteien zum Fehlen einer aktiven Benachrichtigung ist unbegründet.

c) Die Ausübung der Rechte der betroffenen Person über die Aufsichtsbehörden

B.56.1. Was den Beschwerdegrund zur Ausübung der Rechte der betroffenen Person über die Aufsichtsbehörden und zum Recht auf eine wirksame Beschwerde betrifft, können sich die Personen, die den Verdacht haben, dass sie betreffende personenbezogene Daten oder

Informationen Gegenstand einer Verarbeitung in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. sind oder waren, wie in B.54.2 erwähnt, nach dem vorerwähnten Artikel 146 Absatz 1 des Datenschutzgesetzes an das Organ für die Kontrolle der polizeilichen Informationen und den Ständigen Ausschuss N wenden, um die in Artikel 145 dieses Gesetzes erwähnten Rechte auszuüben. Die betroffenen Personen können daher ihr Recht, eine Berichtigung oder Löschung von unrichtigen Daten zu erwirken, und ihre Recht, eine Prüfung der Einhaltung der Bestimmungen von Untertitel 3 zu erwirken, ausschließlich über das Organ für die Kontrolle der polizeilichen Informationen und den Ständigen Ausschuss N ausüben.

B.56.2. Die Ausübung der Rechte der betroffenen Personen über die zuständige oder zuständigen Aufsichtsbehörden soll eine faires Gleichgewicht zwischen den Rechten des Einzelnen und den Notwendigkeiten der Ermittlung und Verfolgung von Straftaten sowie der Verhütung von Beeinträchtigungen der Staatssicherheit herbeiführen (siehe *Parl. Dok.*, Kammer, 1990-1991, Nr. 1610/1, S. 19; *Parl. Dok.*, Kammer, 2017-2018, DOC 54-3126/001, S. 85). Um auf den Antrag der betroffenen Person zu antworten, wendet sich die zuständige oder wenden sich die zuständigen Aufsichtsbehörden an den für die Verarbeitung der Information zuständigen Verantwortlichen (ebenda, S. 86).

B.56.3. Im vorliegenden Fall übernehmen das Organ für die Kontrolle der polizeilichen Informationen und der Ständige Ausschuss N gemeinsam die Kontrolle der Verarbeitungen personenbezogener Daten und Informationen in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. Im Rahmen der Wahrnehmung ihrer Aufträge haben sie Zugriff auf die gemeinsamen Datenbank T.E.R. (Leserecht) (Artikel 15 Absatz 1 des angefochtenen Gesetzes), auf die Archive dieser Datenbank (Artikel 7 § 3 Absatz 4 Nr. 4 desselben Gesetzes), auf die Auskunftsdatensätze über in der Datenbank gespeicherte Entitäten (Artikel 20 desselben Gesetzes), auf die Listen der Übermittlungen der Informationskarten an eine Drittbehörde oder -institution und auf die dazugehörigen Bewertungen (Artikel 23 desselben Gesetzes). Sie können jederzeit die Empfehlungen abgeben, die sie für die in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. vorgenommenen Verarbeitungen für notwendig erachten (Artikel 29 desselben Gesetzes).

B.56.4. Angesichts der betroffenen Grundrechte und -interessen konnte der Gesetzgeber es für erforderlich halten, dass Personen, deren Daten in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. verarbeitet werden, nur das Recht gewährt werden kann, sich unentgeltlich an das Organ für

die Kontrolle der polizeilichen Informationen und an den Ständigen Ausschuss N zu wenden, um die in Artikel 145 des Datenschutzgesetzes erwähnten Kontrollrechte auszuüben.

B.56.5. Der Umstand, dass die Aufsichtsbehörden die betroffene Person ohne genauere Präzisierung nur informieren, dass « die erforderlichen Prüfungen vorgenommen wurden » (vorerwählter Artikel 146 Absatz 2 desselben Gesetzes), führt zu einer Einschränkung des Rechts auf eine wirksame gerichtliche Beschwerde der betroffenen Person (in diesem Sinne zur ähnlichen in Artikel 17 Absatz 3 der Polizeirichtlinie vorgesehenen Informationspflicht, siehe EuGH, 16. November 2023, C-333/22, *Ligue des droits humains ASBL und BA gegen Organe de contrôle de l'information policière*, ECLI:EU:C:2023:874, §§ 60 und 61).

B.56.6. Wenn dies zum einen erforderlich ist, um das Recht der betroffenen Person auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf gegen den Beschluss, das Überprüfungsverfahren abzuschließen, zu wahren, und zum anderen die in B.56.2 genannten im öffentlichen Interesse liegenden Zwecke dem nicht entgegenstehen, muss der Gesetzgeber vorsehen, dass die Unterrichtung der betroffenen Person über die in Artikel 146 Absatz 2 des Datenschutzgesetzes vorgesehenen Informationen hinausgehen kann, damit diese Person ihre Rechte verteidigen und in Kenntnis aller Umstände entscheiden kann, ob es sinnvoll ist, das zuständige Gericht anzurufen. Ebenso muss der Gesetzgeber den zuständigen Aufsichtsbehörden so weit wie möglich einen gewissen Entscheidungsspielraum bei der Feststellung einräumen, ob die Umstände nicht dem entgegenstehen, dass sie dieser Person zumindest in knapper Form die Ergebnisse ihrer Überprüfungen und gegebenenfalls die von ihr ergriffenen Abhilfemaßnahmen mitteilen. Es ist Sache dieser Aufsichtsbehörden in einen vertraulichen Dialog mit den Verantwortlichen der Verarbeitung in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. sowie gegebenenfalls mit denjenigen der betroffenen Dienste einzutreten und am Ende des Dialogs zu entscheiden, welche Informationen, die diese für die Ausübung ihres Rechts auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf benötigt, sie der betroffenen Person übermitteln können, ohne die in B.56.2 genannten im öffentlichen Interesse liegenden Zwecke zu gefährden (siehe ebenda, §§ 65 und 66).

Der Gesetzgeber muss zudem eine wirksame gerichtliche Kontrolle des Vorliegens und der Stichhaltigkeit der Gründe für die Einschränkung dieser Informationen sowie der ordnungsgemäßen Erfüllung der Aufgabe der Aufsichtsbehörden, die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung zu überprüfen, gewährleisten. Das zuständige Gericht muss von allen Gründen

und den entsprechenden Beweisen Kenntnis nehmen können, auf die die Aufsichtsbehörden in diesem Rahmen die Prüfung der Rechtmäßigkeit der in Rede stehenden Datenverarbeitung und die daraus gezogenen Schlüsse gestützt haben (siehe ebenda, §§ 67 bis 69).

B.56.7. Im vorliegenden Fall sieht Artikel 146 Absatz 2 des Datenschutzgesetzes vor, dass auf alle Fälle das Organ für die Kontrolle der polizeilichen Informationen und der Ständige Ausschuss N « nur die betroffene Person darüber [informieren], dass die erforderlichen Prüfungen vorgenommen wurden ». Die von dieser Bestimmung vorgesehene begrenzte Informationspflicht gilt daher unter allen Umständen.

Überdies sieht diese Bestimmung nicht vor, dass die betroffene Person eine Beschwerde bei einem Rechtsprechungsorgan mit voller Rechtsprechungsbefugnis gegen die Entscheidung dieser Aufsichtsbehörden einlegen kann. Diesbezüglich ergibt sich aus Artikel 139 des Datenschutzgesetzes, dass weder die in den Artikeln 209 ff. dieses Gesetzes erwähnte Unterlassungsklage beim Präsidenten des Gerichts Erster Instanz noch die in Artikel 248 desselben Gesetzes erwähnte Beschwerde gegen die Entscheidungen des Organs für die Kontrolle der polizeilichen Informationen beim Appellationshof auf die Verarbeitung personenbezogener Daten in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. anwendbar sind.

B.56.8. Unter Berücksichtigung des in B.56.6 Erwähnten beeinträchtigen die absolute Beschaffenheit der in Artikel 146 Absatz 2 des Datenschutzgesetzes vorgesehenen begrenzten Informationspflicht und das Fehlen einer wirksamen gerichtlichen Kontrolle der Entscheidung des Organs für die Kontrolle der polizeilichen Informationen und des Ständigen Ausschusses N in Bezug auf die Prüfung der Rechtmäßigkeit der Verarbeitung in unverhältnismäßiger Weise das Recht der betroffenen Person auf eine wirksame gerichtliche Beschwerde.

Daraus folgt, dass Artikel 4 des angefochtenen Gesetzes in Verbindung mit Artikel 146 Absatz 2 des Datenschutzgesetzes für nichtig zu erklären ist, (1) insofern er nicht vorsieht, dass die Unterrichtung der betroffenen Person, wenn dies zum einen erforderlich ist, um das Recht der betroffenen Person auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf gegen die Entscheidung, das Überprüfungsverfahren abzuschließen, zu wahren, und zum anderen die in Rede stehenden im öffentlichen Interesse liegenden Zwecke dem nicht entgegenstehen, über die in Artikel 146 Absatz 2 des Datenschutzgesetzes vorgesehenen Informationen hinausgehen kann, und (2) insofern er nicht vorsieht, dass die betroffene Person eine Beschwerde bei einem

Rechtsprechungsorgan mit voller Rechtsprechungsbefugnis gegen die Entscheidung des Organs für die Kontrolle der polizeilichen Informationen und des Ständigen Ausschusses N einlegen kann.

B.56.9. Der Beschwerdegrund der klagenden Parteien zur Ausübung der Rechte der betroffenen Person über die Aufsichtsbehörden ist in dem in B.56.8 erwähnten Maße begründet.

In Bezug auf den zweiten Klagegrund (Recht auf freie Meinungsäußerung)

B.57. Im zweiten Klagegrund führen die klagenden Parteien an, dass das angefochtene Gesetz gegen die Artikel 10, 11 und 22 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention und mit Artikel 11 und 52 der Charta, verstoße.

B.58. Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention garantiert das Recht auf freie Meinungsäußerung, das die Freiheit einschließt, Informationen und Ideen zu empfangen und weiterzugeben. Artikel 11 der Charta garantiert ebenfalls das Recht auf freie Meinungsäußerung, das die Meinungsfreiheit und die Freiheit einschließt, Informationen und Ideen zu empfangen und weiterzugeben.

B.59. Die Prüfung des angefochtenen Gesetzes anhand der vorerwähnten Referenznormen führt im vorliegenden Fall nicht zu einer anderen als der Schlussfolgerung, die sich aus der Prüfung des ersten Klagegrunds ergibt.

In Bezug auf den dritten Klagegrund (Rechte des Kindes)

B.60. Der dritte Klagegrund ist abgeleitet aus einem Verstoß gegen die Artikel 10, 11, 22 und 22*bis* der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention, mit den Artikeln 24 und 52 der Charta und mit den Artikeln 3, 9, 12 und 40 Absatz 1 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes.

B.61.1. Artikel 22bis Absatz 4 der Verfassung sieht vor, dass das Wohl des Kindes in allen Entscheidungen, die es betreffen, vorrangig zu berücksichtigen ist. Artikel 22bis Absatz 5 der Verfassung erteilt dem Gesetzgeber außerdem den Auftrag, die Rechte des Kindes zu gewährleisten.

B.61.2. Artikel 2 Absatz 2 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes verpflichtet die Vertragsstaaten dazu, « alle geeigneten Maßnahmen [zu treffen], um sicherzustellen, dass das Kind vor allen Formen der Diskriminierung oder Bestrafung wegen Status, der Tätigkeiten, der Meinungsäußerungen oder der Weltanschauung seiner Eltern [...] geschützt wird ».

Artikel 3 Absatz 1 desselben Übereinkommens bestimmt, dass « bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, [...] das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt [ist], der vorrangig zu berücksichtigen ist ». Artikel 3 Absatz 2 desselben Übereinkommens bestimmt, dass « die Vertragsstaaten [sich] verpflichten [...], dem Kind unter Berücksichtigung der Rechte und Pflichten seiner Eltern [...] den Schutz und die Fürsorge zu gewährleisten, die zu seinem Wohlergehen notwendig sind; zu diesem Zweck treffen sie alle geeigneten Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen ». Artikel 3 Absatz 3 bestimmt, dass « die Vertragsstaaten [sicherstellen], dass die für die Fürsorge für das Kind oder dessen Schutz verantwortlichen Institutionen, Dienste und Einrichtungen den von den zuständigen Behörden festgelegten Normen entsprechen, insbesondere im Bereich der Sicherheit und der Gesundheit sowie hinsichtlich der Zahl und der fachlichen Eignung des Personals und des Bestehens einer ausreichenden Aufsicht ».

Die Artikel 9 und 10 dieser Konvention sollen das Familienleben des Kindes mit seinen Eltern schützen, indem sie bestimmen, dass « die Vertragsstaaten [...] sicher[stellen], dass ein Kind nicht gegen den Willen seiner Eltern von diesen getrennt wird, es sei denn, dass die zuständigen Behörden [...] bestimmen, dass diese Trennung zum Wohl des Kindes notwendig ist » (Artikel 9) und dass « von einem Kind oder seinen Eltern zwecks Familienzusammenführung gestellte Anträge auf Einreise in einen Vertragsstaat oder Ausreise aus einem Vertragsstaat von den Vertragsstaaten wohlwollend, human und beschleunigt bearbeitet [werden] » (Artikel 10).

Artikel 12 derselben Konvention bestimmt, dass « die Vertragsstaaten [...] dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu[sichern], diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und [...] die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife [berücksichtigen] » (Absatz 1) und dass « zu diesem Zweck [...] dem Kind insbesondere Gelegenheit gegeben [wird], in allen das Kind berührenden Gerichts- oder Verwaltungsverfahren entweder unmittelbar oder durch einen Vertreter oder eine geeignete Stelle im Einklang mit den innerstaatlichen Verfahrensvorschriften gehört zu werden » (Absatz 2).

Artikel 16 derselben Konvention bestimmt, dass « kein Kind [...] willkürlichen oder rechtswidrigen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, seine Wohnung oder seinen Schriftverkehr oder rechtswidrigen Beeinträchtigungen seiner Ehre und seines Rufes ausgesetzt werden [darf] » (Absatz 1) und dass « das Kind [...] Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen solche Eingriffe oder Beeinträchtigungen [hat] » (Absatz 2).

Artikel 40 Absatz 1 derselben Konvention bestimmt, dass « die Vertragsstaaten [...] das Recht jedes Kindes an[erkennen], das der Verletzung der Strafgesetze verdächtigt, beschuldigt oder überführt wird, in einer Weise behandelt zu werden, die das Gefühl des Kindes für die eigene Würde und den eigenen Wert fördert, seine Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten anderer stärkt und das Alter des Kindes sowie die Notwendigkeit berücksichtigt, seine soziale Wiedereingliederung sowie die Übernahme einer konstruktiven Rolle in der Gesellschaft durch das Kind zu fördern ». Artikel 40 Absatz 3 Buchstabe a derselben Konvention sieht vor, dass « die Vertragsstaaten [...] sich [bemühen], den Erlass von Gesetzen sowie die Schaffung von Verfahren, Behörden und Einrichtungen zu fördern, die besonders für Kinder, die einer Verletzung der Strafgesetze verdächtigt, beschuldigt oder überführt werden, gelten oder zuständig sind; insbesondere: a) legen sie ein Mindestalter fest, das ein Kind erreicht haben muss, um als strafmündig angesehen zu werden ».

B.61.3. Artikel 22*bis* Absatz 4 der Verfassung, Artikel 3 Absatz 1 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes und Artikel 24 Absatz 2 der Charta im Anwendungsbereich des Rechts der Europäischen Union gewährleisten analoge Grundrechte.

1. In Bezug auf Minderjährige ab zwölf Jahren (Artikel 5 des angefochtenen Gesetzes)

B.62.1. Nach Ansicht der klagenden Parteien verstößt Artikel 5 des angefochtenen Gesetzes gegen die vorerwähnten Referenznormen, insofern er vorsieht, dass Minderjährige ab zwölf Jahren als Entität in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. erfasst werden können.

B.62.2. Die Kritik der klagenden Parteien richtet sich insbesondere gegen Artikel 5 Absatz 2 Nr. 5 Buchstabe a) des angefochtenen Gesetzes.

Da diese Bestimmung untrennbar mit Artikel 2 Nr. 4 und Artikel 6 § 2 Absatz 1 Nr. 1 Punkt 1 und Nr. 2 desselben Gesetzes verbunden ist, prüft der Gerichtshof diese Bestimmungen zusammen.

B.63.1. Artikel 2 Nr. 4 des angefochtenen Gesetzes definiert die « Entität » insbesondere als « volljährige oder minderjährige natürliche Person ab zwölf Jahren », die den Kriterien eines « Foreign Terrorist Fighter », eines « Homegrown Terrorist Fighter », eines potenziell gewalttätigen Extremisten, einer wegen Terrorismus verurteilten Person oder eines Hasspropagandisten entspricht (« validierte Entität ») oder für die schwerwiegende Indizien vorliegen, dass sie unter eine dieser Kategorien fallen könnte (« vorläufig untersuchte Entität »).

Artikel 5 Absatz 2 Nr. 5 desselben Gesetzes bestimmt:

« Les finalités de la banque de données commune T.E.R. sont les suivantes :

[...]

5° l'aide à la protection, à l'accompagnement et au suivi des personnes suivantes :

a) les mineurs de douze ans ou plus qui sont considérés comme *foreign terrorist fighters*, *homegrown terrorist fighters*, extrémistes potentiellement violents, personnes condamnées pour terrorisme ou propagandistes de haine;

b) les enfants mineurs d'un *foreign terrorist fighter* qui répond aux critères visés à l'article 2, 7°, a) ou c), et qui ne sont pas ou ne peuvent pas être considérés comme *foreign terrorist fighters*, *homegrown terrorist fighters*, extrémistes potentiellement violents, personnes condamnées pour terrorisme ou propagandistes de haine ».

Artikel 6 § 2 Absatz 1 Nr. 1 Punkt 1 und Nr. 2 desselben Gesetzes bestimmt:

« Les données à caractère personnel traitées dans la banque de données commune T.E.R. sont les données non classifiées au sens de la loi du 11 décembre 1998 relative à la classification, aux habilitations de sécurité, attestations de sécurité, avis de sécurité et au service public réglementé suivantes :

1° les données des entités suivantes :

1) Si l'entité est une personne physique majeure ou mineure de douze ans ou plus :

a) les données d'identification suivantes :

- i. nom, prénoms, alias;
- ii. s'il échet, le numéro d'identification du Registre national des personnes physiques ou du registre des étrangers;
- iii. l'adresse;
- iv. le sexe et/ou le genre;
- v. la date, le lieu et le pays de naissance;
- vi. la ou les nationalité(s);
- vii. la description physique;
- viii. des photos;
- ix. s'il échet, la référence dactyloscopique unique;
- x. l'état civil;
- xi. la situation familiale;
- xii. la profession;
- xiii. les éléments liés à sa localisation;
- xiv. les moyens de communication;

b) les données d'identification visées au point a), i. à v., des enfants mineurs visés à l'article 5, alinéa 2, 5°, b);

c) les données relatives aux catégories particulières de données à caractère personnel suivantes :

- i. l'origine ethnique;

- ii. les opinions politiques;
 - iii. les convictions religieuses ou philosophiques;
 - iv. les données biométriques aux fins d'identifier une personne physique de manière unique;
 - v. les données concernant la santé;
 - d) les données relatives aux formations suivies;
 - e) les données relatives à la situation financière;
 - f) les données relatives aux fréquentations à risque;
 - g) les données relatives aux absences de réponse aux convocations de l'autorité;
 - h) les moyens de [transport].
- [...]

2° les données administratives, judiciaires, en ce compris celles sur les faits qualifiés d'infraction, de police judiciaire, de police administrative et les informations relatives aux entités enregistrées, traitées conformément à la loi par les services de base et les services partenaires qui disposent d'un droit de lecture et d'un droit d'écriture dans la banque de données commune T.E.R. et qui sont adéquates, pertinentes et non excessives au regard des missions visées à l'article 3 et des finalités visées à l'article 5, alinéa 2 ».

B.63.2. Aus den vorerwähnten Artikeln 2 Nr. 4, 5 Absatz 2 Nr. 5 Buchstabe a) und 6 § 2 Absatz 1 Nr. 1 Punkt 1 und Nr. 2 des angefochtenen Gesetzes geht hervor, dass Minderjährige ab zwölf Jahren als Entitäten in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. erfasst werden und dass die sie betreffenden personenbezogenen Daten (die in dem vorerwähnten Artikel 6 § 2 Absatz 2 erwähnt werden) in ihr verarbeitet werden, wenn sie die Kriterien einer der fünf Kategorien von Entitäten, auf die diese Datenbank abzielt, erfüllen. Daraus folgt, dass « Minderjährige unter 12 Jahren nicht [...] als Entität in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. erfasst werden » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, S. 37). Darüber hinaus reicht die Nichterfüllung eines der Kriterien der Definition einer der fünf Kategorien von Entitäten, die in Artikel 2 Nrn. 7 bis 11 des angefochtenen Gesetzes erwähnt sind, aus, damit ein Minderjähriger von zwölf Jahren oder älter nicht als Entität in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. erfasst wird.

Aus Artikel 5 Absatz 2 Nr. 5 Buchstabe *a*) des angefochtenen Gesetzes geht ebenfalls hervor, dass die gemeinsame Datenbank T.E.R. neben den in Artikel 5 Absatz 2 Nrn. 1 bis 4 erwähnten Zwecken (« die koordinierte Konzertierung zwischen den Basisdiensten und den Partnerdiensten »; « die strategische, taktische oder operative Notwendigkeit, personenbezogene Daten und Informationen gemeinsam zu verarbeiten, um die jeweiligen Aufträge der Basisdienste und der Partnerdienste zu erfüllen »; « die Unterstützung bei der Entscheidungsfindung der Verwaltungsbehörden oder bei der verwaltungs- oder gerichtspolizeilichen Entscheidungsfindung » und « die Analyse, Bewertung und Überwachung, einschließlich der Ergreifung von Maßnahmen, der in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. erfassten validierten Entitäten, die Analyse, Bewertung und Überwachung der in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. erfassten vorläufig untersuchten Entitäten sowie die Analyse, Bewertung und Überwachung des Phänomens des Terrorismus und des Extremismus, wenn dieser zu Terrorismus führen kann »), auch den Zweck hat, den Schutz, die Begleitung und Betreuung von Minderjährigen ab zwölf Jahren, die als Entitäten angesehen werden, zu unterstützen.

B.64.1. Die Wahl des Alters von zwölf Jahren, ab dem eine natürliche Person als Entität in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. erfasst werden darf, wurde damit gerechtfertigt, dass es sich um « ein in verschiedenen Rechtsvorschriften enthaltenes Schwellenalter handelt »:

« En effet, il s'agit de l'âge à partir duquel des mesures peuvent être prises à l'égard de mineurs suspectés d'avoir commis un fait qualifié infraction. Avant cet âge, on privilégie le renvoi vers l'aide aux mineurs en danger et on ne peut en tout cas pas placer l'enfant sur la base du fait qualifié infraction (art. 37, § 2, de la loi du 8 avril 1965 relative à la protection de la jeunesse, à la prise en charge des mineurs ayant commis un fait qualifié infraction et à la réparation du dommage causé par ce fait).

En ce qui concerne la Flandre, le décret du 15 février 2019 sur le droit en matière de délinquance juvénile est entré en vigueur le 1er septembre 2019. Ce décret introduit une présomption irréfragable de non-responsabilité pour un mineur de moins de 12 ans qui a commis un délit de mineur. Les faits, actes ou négligences dont cette personne est suspectée peuvent uniquement donner lieu à son renvoi vers les services d'aide à la jeunesse conformément au décret du 12 juillet 2013 relatif à l'aide intégrale à la jeunesse.

En Communauté française aussi l'âge de 12 ans est utilisé comme âge pivot pour prendre des mesures à l'encontre d'un mineur qui a commis des faits qualifiés infractions (FQI). Sauf la réprimande, aucune autre mesure n'est possible pour un mineur FQI de moins de 12 ans. Toutes les mesures (par ex. placement, prestation éducative d'intérêt général, offre restauratrice,...) ne sont donc uniquement possibles à partir de 12 ans. L'âge de 14 ans est utilisé comme âge pivot pour le placement en IPPJ même si le placement à partir de 12 ans est

possible sous certaines conditions (gravement porté atteinte à la vie/santé d'autrui et comportement particulièrement dangereux). (Décret du 18 janvier 2018 de la Communauté française relatif à la prévention, l'aide et la protection de la jeunesse).

Par ailleurs, 12 ans est l'âge à partir duquel un enfant peut être associé dans diverses procédures le concernant. Par [exemple], il doit donner son consentement à son adoption (art. 348-1 du Code civil), il doit être cité à comparaître devant le tribunal de la jeunesse en cas de procédure de mineur en danger ou de mineur poursuivi du chef d'un fait qualifié infraction (art. 46 de la loi du 8 avril 1965 relative à la protection de la jeunesse, à la prise en charge des mineurs ayant commis un fait qualifié infraction et à la réparation du dommage causé par ce fait), ou encore il doit être informé de son droit d'être entendu par le tribunal de la famille dans les procédures relatives à l'autorité parentale (art. 1004/1 du Code judiciaire) » (*Parl. Dok., Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, SS. 38 und 39*).

Diese Wahl wurde auch mit dem Verweis auf die allgemeine Bemerkung Nr. 10 (2007) des Ausschusses für die Rechte des Kindes vom 25. April 2007 über « die Rechte des Kindes im Jugendstrafsystem » gerechtfertigt; demnach wäre es « auf internationaler Ebene inakzeptabel, das Mindestalter für die strafrechtliche Verantwortlichkeit auf unter 12 Jahre festzulegen » (ebenda, S. 39).

B.64.2. Während der Vorarbeiten wurde Folgendes auf die Stellungnahmen zu diesem Punkt vom Generalbeauftragten für die Rechte der Kinder, vom « Kinderrechtencommissariaat » (Kommissariat für Kinderrechte) und von der Datenschutzbehörde (am 14. Juni, am 21. Juni bzw. am 16. Juni 2023) geantwortet:

« Le Délégué aux droits de l'enfant et le Commissaire aux droits de l'enfant se sont quant à eux montrés [critiques] sur la possibilité d'enregistrer des enfants de douze ans et plus dans la banque de données commune T.E.R. Il nous semble que ces deux avis abordent la problématique de ces enfants uniquement dans une optique pénale. Or, la banque de données [commune], dans le cadre de ces enfants, ne s'inscrit pas uniquement dans cette perspective car il y a un aspect administratif et de suivi à prendre en considération également.

Dans son avis n° 97/2023 du 16 juin 2023, l'Autorité de protection des données a également indiqué que ' le traitement des données à caractère personnel des enfants mineurs de certaines entités outrepassé les finalités de l'enregistrement dans une banque de données accessible à des services dont les missions sont autres que celles des services de renseignement ' (§ 105). Il faut néanmoins préciser que le traitement de données de ces enfants n'est pas un traitement ' au cas où ', comme le suggère l'Autorité de protection des données. En effet, ces données sont au contraire utilisées dans l'intérêt de ces mineurs, pour les accompagner dans une démarche préventive. [...]

Pour répondre à ces préoccupations, une nouvelle finalité a été ajoutée à la banque de données commune T.E.R. » (ebenda, SS. 39 und 40).

B.64.3. Bei der Prüfung des Gesetzentwurfs im Justizausschuss der Kammer hat der Generaldirektor des KOBA zur Begründung der Erfassung von Minderjährigen in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. angegeben:

« Il est justifié du point de vue légal d'enregistrer les mineurs dans la BDC. L'accent est en effet placé sur l'approche protectionnelle, l'accompagnement et le suivi. Les enfants sont dans un premier temps considérés comme vulnérables. Le projet de loi [à] l'examen s'inscrit dans cette philosophie.

À ce jour, la BDC ne comprend que cinq mineurs, principalement âgés de 15 à 17 ans. Ce faible nombre montre que l'OCAM ne procède à l'enregistrement des mineurs dans la BDC que si celui-ci est réellement justifié. Et il y [a] parfois de bonnes raisons : de nombreux jeunes qui n'étaient auparavant pas soupçonnés d'extrémisme ou de radicalisation apparaissent sur les radars. Certains mineurs mettent par ailleurs en place une lourde propagande ou diffusent des contenus très explicites.

[...]

En ce qui concerne les mesures prévues à l'encontre des mineurs pour lesquels les services ont des informations qu'ils ont commis ou ont l'intention de commettre un fait qualifié infraction, la limite d'âge de 12 ans est appliquée. Il s'agit de l'âge à partir duquel un enfant peut en effet être associé à diverses procédures le concernant. La limite d'âge est conforme aux conventions et législations adoptées par les entités fédérées, l'autorité fédérale et les instances internationales.

[...]

Les services de base et les services partenaires pourront en effet demander la réalisation d'une évaluation de la menace et l'insérer dans [le] dossier de la personne concernée, ce qui confèrera un caractère contradictoire à celui-ci. L'échange d'informations avec les centres fermés pour mineurs, entre autres, n'est pas chose aisée. Le projet de loi à l'examen vise à remédier à cette situation » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/002, SS. 17 und 18).

B.65.1. Artikel 40 Absatz 3 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes beinhaltet zwar die Verpflichtung, ein Mindestalter festzusetzen, unter dem davon ausgegangen wird, dass Kinder nicht fähig sind, gegen das Strafrecht zu verstoßen, jedoch ohne dieses Alter festzusetzen.

Jedoch kann eine Verarbeitung von personenbezogenen Daten in einer gemeinsamen Datenbank wie der gemeinsamen Datenbank T.E.R. weder als eine Unterstrafestellung, noch als eine Strafe im Sinne der Artikel 12 und 14 der Verfassung angesehen werden, da sie nur eine Maßnahme der Vorbeugung oder der Untersuchung ist.

Indem durch das angefochtene Gesetz eine Verarbeitung der personenbezogenen Daten von Minderjährigen in dieser Datenbank zugelassen wird, führt es daher keine Unterstrafestellung oder Strafe ein, die von den geltenden Bestimmungen in Sachen Jugendschutz abweichen würde, die ungekürzt anwendbar bleiben.

Insofern durch Artikel 40 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes Kindern, die Gegenstand eines Verfahrens im Hinblick auf ihre Bestrafung wegen des Begehens von bestimmten Taten sind, Rechte zuerkannt werden sollen, kann diese Bestimmung daher im vorliegenden Fall nicht angewandt werden. Das Gleiche gilt für die allgemeine Bemerkung Nr. 24 (2019) des Ausschusses für die Rechte des Kindes vom 18. September 2019 über « die Rechte des Kindes im Jugendstrafsystem », die, wie es die klagenden Parteien betonen, die vorerwähnte allgemeine Bemerkung Nr. 10 (2007) des Ausschusses für die Rechte des Kindes ersetzt, auf die in den Vorarbeiten verwiesen wird und die in ihrem Absatz 22 die Vertragsstaaten ermutigt, das Mindestalter für die strafrechtliche Verantwortlichkeit auf mindestens 14 Jahre anzuheben.

B.65.2. Artikel 22*bis* Absatz 4 der Verfassung und Artikel 3 Absatz 1 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes hindern an sich den Gesetzgeber nicht daran, zu bestimmen, dass personenbezogene Daten von Minderjährigen durch die Basisdienste und Partnerdienste verarbeitet werden können, damit diese Dienste ihre gesetzlichen Aufträge erfüllen können. Diese Aufträge, die sich unter anderem auf die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, den Schutz von Personen und Gütern und die Vorbeugung und Ermittlung von Straftaten beziehen, betreffen naturgemäß nicht ausschließlich Handlungen und Verhaltensweisen von Volljährigen.

Trotzdem muss der Gesetzgeber bei der Bestimmung der Umstände, unter denen personenbezogene Daten durch die Basisdienste und Partnerdienste verarbeitet werden können, die besondere Situation der Minderjährigen berücksichtigen, unter anderem auf Ebene ihrer Persönlichkeit und ihres Reifegrades.

B.66.1. In diesem Zusammenhang soll mit der Ergänzung eines fünften Zwecks der gemeinsamen Datenbank T.E.R. in Artikel 5 Absatz 2 des angefochtenen Gesetzes, nämlich der « Unterstützung beim Schutz, bei der Begleitung und Betreuung » von Minderjährigen ab

zwölf Jahren, nach den vorerwähnten Stellungnahmen des Generalbeauftragten für die Rechte der Kinder, des Kommissariats für Kinderrechte und der Datenschutzbehörde das sowohl von der Verfassung als auch vom Übereinkommen über die Rechte des Kindes vorgeschriebene Erfordernis des Schutzes von Minderjährigen beachtet werden. Dieser Zweck muss bei der Verarbeitung personenbezogener Daten in Bezug auf Minderjährige von zwölf Jahren oder älter in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. als vorrangig angesehen werden.

B.66.2. Der Umstand, dass Minderjährige ab zwölf Jahren in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. als Entitäten erfasst werden können, bedeutet nicht, dass sie keine Garantien genießen. Die im angefochtenen Gesetz vorgesehenen Garantien bezüglich der Umstände, in denen personenbezogene Daten durch die Basisdienste und die Partnerdienste verarbeitet werden können, bezüglich der Aufbewahrungsfristen dieser Daten, bezüglich des Zugriffs auf diese Daten und bezüglich der ständigen Kontrolle der Verarbeitung dieser Daten gelten nämlich auch für Minderjährige ab zwölf Jahren.

Die besondere Situation von Minderjährigen wird außerdem in mehreren Bestimmungen des angefochtenen Gesetzes berücksichtigt. Erstens prüft das Koba, wie in B.45.3. erwähnt, alle drei Jahre nach der letzten Speicherung von Daten oder Informationen im Auskunftsdatensatz der validierten Entität, ob die personenbezogenen Daten in Bezug auf Minderjährige, die in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. gespeichert sind, noch einen direkten Zusammenhang mit einem der von der gemeinsamen Datenbank verfolgten Zwecke aufweisen (anstelle von alle fünf Jahre für Daten in Bezug auf Volljährige) (Artikel 7 § 1 Absätze 2 und 3 des angefochtenen Gesetzes). Zweitens werden die Daten in Bezug auf Minderjährige in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. während eines Zeitraums von höchstens fünfzehn Jahren (anstelle von dreißig Jahren für die Daten in Bezug auf Volljährige) aktiv gespeichert, bevor sie für eine Dauer von höchstens dreißig Jahren archiviert werden (Artikel 7 § 1 Absätze 1 und 2 in Verbindung mit § 3 Absatz 1). Drittens wird « die Situation der Schutzbedürftigkeit der betroffenen Person, einschließlich der Minderjährigkeit der Person » bei der Bewertung vor der Übermittlung der Informationskarte über eine validierte Entität an eine Drittbehörde oder -institution berücksichtigt (Artikel 23 Absatz 2 Nr. 3) (siehe *Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, S. 37).

Im Übrigen können die Basisdienste und die Partnerdienste aufgrund der Artikel 14, 16 und 22 des angefochtenen Gesetzes personenbezogene Daten nur verarbeiten, insofern sie

« nicht übertrieben sind ». Artikel 23 des angefochtenen Gesetzes sieht vor, dass die Übermittlung der Informationskarte über eine validierte Entität an eine Drittbehörde oder -institution nur unter der Voraussetzung erfolgen darf, dass dasselbe Erfordernis eingehalten wird. Bei der Anwendung dieser Bedingung und bei der Kontrolle dieser Anwendung ist in Bezug auf die Daten von Minderjährigen dem jugendlichen Alter der Betroffenen und den Auswirkungen der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten eine besondere Beachtung zu schenken.

B.66.3. In ihren vorerwähnten Stellungnahmen haben der Generalbeauftragte für die Rechte der Kinder und das Kommissariat für Kinderrechte festgestellt, dass die in B.66.2 erwähnten Maßnahmen unzureichend sind, um eine an Minderjährige angepasste differenzierte Verarbeitung in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. zu gewährleisten, insbesondere aufgrund der fehlenden vorgesehenen Schulung des Personals, das mit der Verarbeitung von Daten über Minderjährige betraut ist.

Das Kommissariat für Kinderrechte hat unter anderem festgestellt:

« Sans qu'une infraction ait été commise (sauf pour les personnes condamnées du chef de terrorisme), les services de base doivent évaluer si un signal donné par un mineur relève bien du terrorisme, de l'extrémisme ou de la radicalisation. Les membres des services de base doivent évaluer si les conceptions radicales et extrêmes de mineurs constituent effectivement une indication grave de menace à la sécurité nationale.

[...]

Ces appréciations nécessitent d'avoir des connaissances en matière de développement et de milieu de vie des mineurs et elles requièrent des définitions claires, précises, prévisibles et propres à l'enfant, sur lesquelles les membres des services de base peuvent se fonder.

[...]

- Si les membres des services de base ne sont pas suffisamment au fait du milieu de vie des enfants et des jeunes et qu'ils manquent de connaissances quant au développement de leur identité et aux différences entre jeunes de douze, treize, quatorze, quinze, seize et dix-sept ans, ces services risquent de trop vite juger et valider les mineurs comme des adultes ou de juger des jeunes de douze, treize ou quatorze ans comme autant responsables que des adultes.

- Si les membres des services de base ne sont pas suffisamment au fait des droits de l'enfant et de la perspective des enfants, ils risquent d'aborder les signaux de terrorisme, d'extrémisme et de radicalisation de manière trop unidimensionnelle. Ils possèdent effectivement une expertise en matière de surveillance de la sécurité nationale et de la sécurité des enfants et des adultes. C'est sur la base de cette expertise et dans le cadre de cette mission

qu'ils examinent les signaux, avec pour risque de reléguer au second plan les nuances liées à l'âge des mineurs, au sens donné à leurs actes, à leurs intentions et à leur milieu de vie, ainsi qu'aux différences individuelles entre mineurs, et que des profils spécifiques de personnes susceptibles de menacer la sécurité nationale ressortent. Il est important de continuer à tenir compte des différences individuelles et d'être constamment attentif à la tension qui existe entre la sécurité, l'espace nécessaire au développement de l'identité et les droits de l'enfant » (Kommissariat für Kinderrechte, Stellungnahme Nr. 15/2023 vom 21. Juni 2023, SS. 9 und 10).

Zwar hat der Gesetzgeber nach diesen Stellungnahmen angegeben, dass « eine solche Schulung für das betroffene Personal, insbesondere beim operativ verantwortlichen Leiter, angeboten werden muss » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, S. 37), aber er hat den Gesetzentwurf nicht entsprechend angepasst. Es sieht nämlich keine Bestimmung des angefochtenen Gesetzes vor, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten über Minderjährige in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. die Beteiligung von mindestens einem Personalmitglied erfordert, das eine spezifische Schulung absolviert hat und/oder über einschlägige Fachkompetenz in Bezug auf die psychosoziale Situation von Minderjährigen im Kontext von Terrorismus, Extremismus und Radikalisierung verfügt. So ist nicht gewährleistet, dass bei der Bewertung, mit der bestimmt werden soll, ob die Situation des Minderjährigen tatsächlich ausreichende Elemente aufweist, damit dieser als Entität angesehen werden kann, die Entwicklung und das Lebensumfeld der betreffenden Alterskategorie berücksichtigt werden.

Somit ist der dritte Klagegrund in diesem Maße begründet.

B.66.4. Überdies hat sich der Gerichtshof in seinem vorerwähnten Entscheid Nr. 108/2016 zur Verarbeitung personenbezogener Daten von Minderjährigen in einer Datenbank geäußert, die die Zwecke der Vorbeugung und Sicherheit verfolgt. Die Rechtssache, die zu diesem Entscheid geführt hat, bezog sich auf Artikel 44/7 Absatz 2 des Gesetzes über das Polizeiamt angefochten, der vorsieht, dass für die Speicherung der in Artikel 44/5 § 3 Nr. 1 dieses Gesetzes erwähnten Daten (« Daten in Bezug auf Personen, die einer Straftat verdächtigt werden, und Daten in Bezug auf verurteilte Personen ») in der AND die Erlaubnis des zuständigen Magistrats erforderlich ist, wenn es sich um Daten eines Minderjährigen unter vierzehn Jahren handelt. Der Gerichtshof hat geurteilt, dass « der Gesetzgeber sich bei der Festlegung des Alters, ab dem die Erlaubnis eines Magistrats für eine Verarbeitung von personenbezogenen Daten in der AND erforderlich ist, grundsätzlich durch das in den [...] Gesetzen vom 24. Juni 2013 [über die kommunalen Verwaltungssanktionen] und 21. Dezember 1998 [über

die Sicherheit bei Fußballspielen] festgelegte Alter von vierzehn Jahren inspirieren lassen [konnte] » (B.153) und dass die vorerwähnte Maßnahme die Rechte von Minderjährigen über vierzehn Jahren nicht in unverhältnismäßiger Weise verletzt (B.154).

Im vorliegenden Fall ist die grundsätzliche Wahl des Alters von zwölf Jahren als Alter, ab dem ein Minderjähriger als Entität in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. erfasst werden kann, angesichts der Gesetzesbestimmungen, auf die in den in B.64.1 zitierten Vorarbeiten Bezug genommen wird, nicht unvernünftig. Dennoch können dadurch besonders junge Personen aufgrund von Hinweisen auf Terrorismus, Extremismus und Radikalisierung in die Datenbank aufgenommen werden, darunter auch Minderjährige im Alter von zwölf und dreizehn Jahren, die grundsätzlich weder strafrechtlich noch verwaltungsrechtlich für ihre Handlungen bestraft werden können.

In Anbetracht ihrer fehlenden strafrechtlichen Verantwortlichkeit und ihres besonders jungen Alters hat die vorerwähnte Entscheidung des Gesetzgebers für Minderjährige unter vierzehn Jahren unverhältnismäßige Folgen, da das angefochtene Gesetz anders als Artikel 44/7 des Gesetzes über das Polizeiamt nicht die Beteiligung eines unabhängigen Magistrats vorsieht, damit diese Minderjährigen als Entitäten in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. erfasst werden dürfen. Das Gesetz enthält daher nicht die erforderlichen Garantien für die Berücksichtigung der besonderen Situation dieser Minderjährigen, insbesondere in Bezug auf ihre Persönlichkeit und ihren Reifegrad.

Auch in diese Maße ist der dritte Klagegrund begründet.

B.67. Der erste Beschwerdegrund des dritten Klagegrunds ist in dem in B.66.3 und in B.66.4 angegebenen Maße begründet. Das angefochtene Gesetz ist für nichtig zu erklären, insofern es nicht vorsieht, dass bei der Verarbeitung personenbezogener Daten über Minderjährige in der Datenbank T.E.R. mindestens eine Person beteiligt werden muss, die eine spezifische Schulung absolviert hat und/oder über einschlägige Fachkompetenz in Bezug auf die psychosoziale Situation von Minderjährigen im Kontext von Terrorismus, Extremismus und Radikalisierung verfügt, und insofern es nicht die Beteiligung eines unabhängigen Magistrats vorsieht, wenn personenbezogene Daten in Bezug auf Minderjährige unter vierzehn Jahren in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. erfasst werden.

2. In Bezug auf minderjährige Kinder eines « Foreign Terrorist Fighter » (Artikel 5 und 6 des angefochtenen Gesetzes)

B.68.1. Nach Ansicht der klagenden Parteien verstoßen die Artikel 5 und 6 des angefochtenen Gesetzes gegen die im dritten Klagegrund genannten Referenznormen, insofern sie die Verarbeitung personenbezogener Daten über die minderjährigen Kinder eines « Foreign Terrorist Fighter » (ausländischer terroristischer Kämpfer) in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. vorsehen.

B.68.2. Die Kritik der klagenden Parteien richtet sich im Einzelnen gegen Artikel 5 Absatz 2 Nr. 5 Buchstabe *b)* und Artikel 6 § 2 Absatz 1 Nr. 1 Punkt 1 Buchstabe *a)* Ziffern i bis v und Buchstabe *b)* des angefochtenen Gesetzes.

B.69.1. Der vorerwähnte Artikel 6 § 2 Absatz 1 Nr. 1 Punkt 1 Buchstabe *b)* des angefochtenen Gesetzes bestimmt, dass « die in Buchstabe *a)* Ziffern i bis v dieser Bestimmung erwähnten Identifizierungsdaten » über « die in Artikel 5 Absatz 2 Nr. 5 Buchstabe *b)* [desselben Gesetzes] erwähnten minderjährigen Kinder » in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. verarbeitet werden.

Die in Artikel 6 § 2 Absatz 1 Nr. 1 Punkt 1 Buchstabe *a)* Ziffern i bis v des angefochtenen Gesetzes erwähnten Identifizierungsdaten sind « i. Name, Vornamen, Aliasnamen »; « ii. gegebenenfalls die Identifikationsnummer aus dem Nationalregister der natürlichen Personen oder dem Fremdenregister »; « iii. die Adresse »; « iv. das Geschlecht und/oder das Gender » und « v. das Geburtsdatum, der Geburtsort und das Geburtsland ».

Nach dem vorerwähnten Artikel 5 Absatz 2 Nr. 5 Buchstabe *b)* des angefochtenen Gesetzes hat die gemeinsame Datenbank T.E.R. unter anderem den Zweck der Unterstützung beim Schutz, bei der Begleitung und Betreuung von « minderjährigen Kindern eines *Foreign Terrorist Fighter*, der den in Artikel 2 Nr. 7 Buchstaben *a)* oder *c)* erwähnten Kriterien entspricht, und die nicht als *Foreign Terrorist Fighters*, *Homegrown Terrorist Fighters*, potenziell gewalttätige Extremisten, wegen Terrorismus verurteilte Personen und Hasspropagandisten angesehen werden oder angesehen werden können ».

Nach Artikel 2 Nr. 7 Buchstaben *a)* oder *c)* desselben Gesetzes sind « Foreign Terrorist Fighters » « natürliche Personen, die in Belgien wohnen oder gewohnt haben, die die belgische Staatsangehörigkeit besitzen oder nicht und die sich im Hinblick darauf, sich terroristischen Gruppierungen anzuschließen oder diese aktiv oder passiv zu unterstützen, in einer der folgenden Situationen befinden: *a)* Sie sind in eine dschihadistische Konfliktregion gereist [...]; *c)* sie sind auf dem Weg nach Belgien oder nach Belgien zurückgekehrt, nachdem sie in eine dschihadistische Konfliktregion gereist sind ».

Nach Artikel 2 Nr. 6 desselben Gesetzes ist eine « dschihadistische Konfliktregion » « das Gebiet, in dem gekämpft wird, um eine Auffassungsweise der islamischen Religion mit Gewalt zu propagieren, aufzuerlegen oder zu schützen, und das auf Vorschlag des für die Verarbeitung der Daten der gemeinsamen Datenbank T.E.R. Verantwortlichen auf der Grundlage der vom KOBA durchgeführten strategischen Analyse vom Nationalen Sicherheitsrat festgelegt wird ».

B.69.2. Aus diesen Bestimmungen geht hervor, dass bei minderjährigen Kindern, unabhängig von ihrem Alter, (1) eines « Foreign Terrorist Fighter » im Sinne des vorerwähnten Artikels 2 Nr. 7 Buchstaben *a)* oder *c)* des angefochtenen Gesetzes (d.h. ein « Foreign Terrorist Fighter, der sich in einer dschihadistischen Konfliktregion aufhält oder aufgehalten hat » *Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, S. 54), und (2) die nicht selbst die Kriterien von einer der fünf Kategorien von Entitäten der gemeinsamen Datenbank T.E.R. erfüllen (nachstehend: die minderjährigen Kinder eines « Foreign Terrorist Fighter », der sich in einer dschihadistischen Konfliktregion aufhält oder aufgehalten hat) bestimmte Kategorien von sie betreffenden Identifizierungsdaten in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. verarbeitet werden. Diese Kinder werden nicht als Entitäten in dieser Datenbank gespeichert.

B.70.1. Indem sie vorsehen, dass die in B.69.1 erwähnten Daten in Bezug auf die minderjährigen Kinder eines « Foreign Terrorist Fighter », der sich in einer dschihadistischen Konfliktregion aufhält oder aufgehalten hat, in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. verarbeitet werden können, schränken die angefochtenen Bestimmungen das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens und das Recht auf Schutz personenbezogener Daten der betroffenen Kinder ein. Sie führen zudem einen Behandlungsunterschied zwischen Kindern aufgrund der rechtlichen Situation, der Tätigkeiten, der Meinungen oder der Überzeugungen ihrer Eltern im Sinne des vorerwähnten Artikels 2 Absatz 2 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes ein, da bei den minderjährigen Kindern eines « Foreign Terrorist Fighter », der sich in einer

dschihadistischen Konfliktregion aufhält oder aufgehalten hat, sie betreffende personenbezogene Daten in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. verarbeitet werden, im Gegensatz zu minderjährigen Kindern, bei denen kein Elternteil in dieser Datenbank als « Foreign Terrorist Fighter », der sich in einer dschihadistischen Konfliktregion aufhält oder aufgehalten hat, erfasst ist.

B.70.2. In den Vorarbeiten heißt es:

« En ce qui concerne la seconde [catégorie] de mineurs: seront [concernées] ici, les données relatives au nom, prénom, date de naissance et genre des enfants mineurs, biologiques ou adoptés d'un parent, personne physique qui est enregistré dans la banque de données commune T.E.R. comme *foreign terrorist fighter* qui séjourne ou a séjourné en zone de conflit djihadiste. Il ne s'agit ni de les reprendre dans la banque de données commune T.E.R. comme ' entités ' en tant que telles (ils ne sont donc pas repris à titre principal) ni d'enregistrer les enfants de toutes les entités enregistrées mais uniquement ceux qui séjournent ou ont [séjourné] en zone de conflit djihadiste. Ceci pour pouvoir mettre en place les mesures de protection et de suivi les plus appropriées en cas de retour.

L'objectif est d'une part de pouvoir avoir un aperçu le plus précis possible des enfants qui sont sur zones de combat djihadiste. En effet, la plupart de ces enfants sont nés sur zone et ne sont pas repris dans le registre national. Il est donc important de pouvoir disposer d'informations quant à leur existence et [au] lien avec un parent repris dans la banque de données commune T.E.R. comme entité ayant rejoint une organisation terroriste sur une zone de combat djihadiste.

Et, d'autre part, lors de leur retour, il est nécessaire de disposer des informations quant au lien qui existe avec un adulte dans le cadre du suivi socio-préventif de ses enfants. Par exemple, un fois de retour de zone de combat djihadiste avec leur mère, lorsque celle-ci ira en prison, l'enfant sera pris en charge par des instances de protection de la jeunesse dans le cadre de sa protection et les mesures quant au suivi de sa santé, de son environnement de vie devront être prises. Et lors de la sortie de prison de la mère, il est important d'assurer un lien quant à l'évolution de la mère et de l'enfant. Ceci se fait en CSIL-R, plateforme socio-préventive créée par la loi du 30 juillet 2018. Mais ici aussi, il est important de savoir que la mère [a] des enfants pour mettre en place les mesures et actions de réintégration respective.

Par ailleurs, les enfants de cette deuxième catégorie n'apparaissent pas dans la banque de données commune T.E.R. si leur nom est introduit. Comme explicité ci-avant, ils ne sont pas soumis au même suivi qu'une entité enregistrée en tant que telle. Ils sont également considérés comme des enfants en danger.

Ce n'est donc que dans les deux cas spécifiques précités (enfant d'un [*foreign terrorist fighter*] catégorie 1 ou catégorie 3) qu'un enfant est traité dans les données relatives à son parent, pour une finalité de protection, de suivi et de réintégration » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, SS. 54 und 55; siehe auch DOC 55-3692/002, SS. 12 und 13).

« [...] [les données relatives aux enfants mineurs de certaines entités] sont [...] utilisées dans l'intérêt de ces mineurs, pour les accompagner dans une démarche préventive. À titre d'exemple, un enfant d'une entité avait été placé dans une école où le risque de radicalisation était très élevé. L'*information officer* est intervenu pour qu'il fréquente un autre établissement scolaire et ce, dans l'intérêt de cet enfant » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, S. 40).

« En ce qui concerne les enfants de [*foreign terrorist fighters*] sur zones, seules des sources sur place permettent de déterminer leur existence. Étant donné que beaucoup de ces jeunes sont nés sur le [territoire] de l'ancien État islamique, ils n'ont pas d'acte de naissance.

L'objectif est d'accueillir le mieux possible les mineurs lors de leur retour en Belgique. Après ce retour, leurs parents sont en effet incarcérés pendant un certain temps. Les services doivent dès lors connaître l'âge des enfants, l'identité de leur famille, leur sexe, etc.

Si les parents sont enregistrés dans la BDC, on y ajoute le nom des enfants afin de préparer l'accueil de ces derniers. Il n'est pas possible d'effectuer directement des recherches dans la BDC à partir du nom des enfants. Ceux-ci ne sont donc pas enregistrés comme une entité dans la banque de données. [La] radiation du nom des parents de la BDC s'accompagne de la suppression de toute trace des enfants.

[...]

[...] L'OCAM pourra anticiper le retour de la famille en Belgique en informant les services concernés. L'OCAM effectuera une évaluation de la menace des parents, recueillera des informations contextuelles relatives aux enfants et les transmettra au magistrat de la jeunesse, lequel prévoira un trajet d'accompagnement et d'accueil tout en tenant compte de l'incarcération des parents » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/002, SS. 17 und 18).

B.70.3. Aus den vorerwähnten Vorarbeiten geht hervor, dass die Verarbeitung der in B.69.1 erwähnten personenbezogenen Daten über die minderjährigen Kinder eines « Foreign Terrorist Fighter », der sich in einer dschihadistischen Konfliktregion aufhält oder aufgehalten hat, in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. darauf abzielt, die Kinder zu identifizieren, die sich in einer dschihadistischen Konfliktregion befinden, und ihre Rückkehr nach Belgien vorzubereiten. Aus denselben Vorarbeiten und dem Umstand, dass die Kinder eines « Foreign Terrorist Fighter », der sich in einer dschihadistischen Konfliktregion aufhält oder aufgehalten hat, nicht selbst als Entitäten in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. erfasst werden, geht hervor, dass die Verarbeitung der Daten zu diesen Kindern in dieser Datenbank ausschließlich aus Gründen des Schutzes erfolgt. So verfolgen die in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. vorgenommenen Verarbeitungen für diese Kategorie von Minderjährigen ausschließlich den in Artikel 5 Absatz 2 Nr. 5 des angefochtenen Gesetzes erwähnten Zweck, der in der Unterstützung beim Schutz, bei der Begleitung und Betreuung dieser Minderjährigen besteht.

Gemäß dem Grundsatz der Zweckbindung darf die Verarbeitung von Daten über Kinder eines « Foreign Terrorist Fighter », der sich in einer dschihadistischen Konfliktregion aufhält oder aufgehalten hat, in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. daher einerseits mit dem Ziel erfolgen, die Kinder zu identifizieren, die sich in einer dschihadistischen Konfliktregion befinden, und ihre Rückkehr nach Belgien vorzubereiten, und andererseits mit dem Ziel, diesen Kindern nach ihrer Rückkehr nach Belgien eine angemessene Betreuung und Schutzmaßnahmen zu bieten.

Diese Ziele sind legitim.

B.70.4. Aufgrund von Artikel 2 Nr. 3 Punkt 1 und Artikel 16 Absatz 1 des angefochtenen Gesetzes haben die Generalverwaltung der Justizhäuser der Französischen Gemeinschaft, der Fachbereich Justizhaus des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die flämische Agentur für Justiz und Aufrechterhaltung der Ordnung, die Generalverwaltung für Jugendhilfe der Französischen Gemeinschaft, der Fachbereich Jugendhilfe der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die flämische Agentur Opgroeien als Partnerdienste « im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufträge der gerichtlichen Begleitung und der Überwachung von Straftätern » ein Zugriffsrecht auf die gemeinsamen Datenbank T.E.R. Es obliegt dem König, für jeden Partnerdienst die Art des Zugriffsrechts auf die gemeinsame Datenbank T.E.R. und die Modalitäten seiner Ausübung zu bestimmen (Artikel 16 Absatz 2 des angefochtenen Gesetzes). Nach Artikel 4 § 3 des königlichen Erlasses vom 14. Juli 2024 verfügen die vorerwähnten Dienste über ein Leserecht und ein Schreibrecht in der gemeinsamen Datenbank T.E.R.

Hierzu heißt es in den Vorarbeiten zu dem angefochtenen Gesetz:

« En ce qui concerne particulièrement le suivi réalisé par les Maisons de Justice et les autres agences et services visés à l'article 2, 3°, point l), dans le cadre de leurs missions légales d'accompagnement judiciaire et de la surveillance d'auteurs d'infractions, celui-ci est limité aux personnes pour lesquelles ces services partenaires ont reçu une mission sous la forme d'un mandat de suivi par une instance habilitée par ou en vertu d'une loi, d'un décret ou d'une ordonnance, ou sur la base d'un accord de coopération. Pour cibler ces personnes connues dans la banque de données commune T.E.R. et qui doivent être suivies par les maisons de justice et les agences et services précités, il est nécessaire de comparer les personnes qui sont dans la banque de données commune T.E.R. avec les personnes pour lesquelles elles ont reçu un mandat de suivi » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, S. 19).

Da die vorerwähnten Dienste nur « im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufträge der gerichtlichen Begleitung und der Überwachung von Straftätern » als Partnerdienste angesehen werden können, können ihre Zugriffsrechte nicht die Betreuung von Kindern eines « Foreign Terrorist Fighter », der sich in einer dschihadistischen Konfliktregion aufhält oder aufgehalten hat, zu ihrem Schutz betreffen, da diese Kinder keine Täter von als Straftaten eingestuft Taten sind.

B.70.5. Die beanstandete Verarbeitung personenbezogener Daten ist grundsätzlich sachdienlich und verhältnismäßig im Hinblick auf das vorerwähnte Ziel, die Kinder zu identifizieren, die sich in einer dschihadistischen Konfliktregion befinden, und ihre Rückkehr nach Belgien vorzubereiten. Wie aus dem in B.69.1 Erwähnten hervorgeht, bezieht sich diese Verarbeitung nämlich nur auf eine begrenzte Anzahl von Identifizierungsdaten, nämlich die in Artikel 6 § 2 Nr. 1 Punkt 1 Buchstabe *a*) Ziffern i bis v des angefochtenen Gesetzes erwähnten Daten. Es handelt sich um Name, Vornamen, Aliasnamen (i.), die Identifikationsnummer aus dem Nationalregister der natürlichen Personen oder dem Fremdenregister (ii.), die Adresse (iii.), das Geschlecht und/oder das Gender (iv.) und das Geburtsdatum, den Geburtsort und das Geburtsland (v.). Hingegen werden keine Identifizierungsdaten verarbeitet, die insbesondere die physische Beschreibung (vii.), Fotos (viii.), Elemente im Zusammenhang mit dem Standort (xiii.) oder Kommunikationsmittel (xiv.) des betroffenen Minderjährigen betreffen, ebenso wenig wie die besonderen Kategorien personenbezogener Daten gemäß Artikel 6 § 2 Nr. 1 Punkt 1 Buchstabe *c*) des angefochtenen Gesetzes. Die verarbeiteten personenbezogenen Daten geben daher nur in sehr begrenztem Umfang Aufschluss über das Privatleben des betroffenen Minderjährigen. Bei der Verarbeitung dieser Daten kann davon ausgegangen werden, dass sie nicht über das hinausgehen, was unbedingt notwendig ist, um von der Existenz des Kindes und seiner Verbindung zu dem « Foreign Terrorist Fighter » zu wissen, damit es zu seinem etwaigen Schutz und für seine etwaige Betreuung in Belgien identifiziert werden kann. Überdies sind die Minderjährigen nicht selbst als Entitäten in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. erfasst, was bedeutet, dass ihre Daten nicht angezeigt werden, wenn eine Suche direkt anhand ihres Namens durchgeführt wird, wie es auch aus den in B.70.2 erwähnten Vorarbeiten hervorgeht. Die Verarbeitung der Daten im Zusammenhang mit dem Kind hängt immer von der Erfassung des Elternteils als Entität in der Datenbank ab und ist ihr untergeordnet.

Das verfolgte Ziel kann es jedoch nicht rechtfertigen, dass die Daten von minderjährigen Kindern eines « Foreign Terrorist Fighter », der sich in einer dschihadistischen Konfliktregion aufhält oder aufgehalten hat, ab ihrer Rückkehr nach Belgien noch für andere Dienste als den für ihre Betreuung und ihren Schutz zuständigen Diensten zugänglich sein können. Eine erweiterte Zugriffsmöglichkeit geht über das hinaus, was notwendig ist, um das vorerwähnte Ziel zu erreichen, und verletzt daher in unverhältnismäßiger Weise das Recht auf Achtung des Privatlebens und das Recht auf Schutz personenbezogener Daten der betroffenen Minderjährigen.

Es obliegt dem Gesetzgeber, das Zugriffsrecht auf Daten der gemeinsamen Datenbank T.E.R. in Bezug auf minderjährige Kinder eines « Foreign Terrorist Fighter », der sich in einer dschihadistischen Konfliktregion aufhält oder aufgehalten hat, nach der Rückkehr dieser Kinder nach Belgien auf die vorerwähnten Dienste, insbesondere die im Bereich Jugendschutz zuständigen Gemeinschaftsdienste, zu beschränken.

B.70.6. Außerdem präzisieren die Vorarbeiten in Bezug auf die Verknüpfung zwischen den beiden Kategorien von Minderjährigen, deren Daten in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. verarbeitet werden (als Entitäten gespeicherte Minderjährige ab zwölf Jahren einerseits und minderjährige Kinder eines « Foreign Terrorist Fighter », der sich in einer dschihadistischen Konfliktregion aufhält oder aufgehalten hat, andererseits) darüber hinaus:

« Dans le cadre du phénomène de terrorisme et d'extrémisme, en ce compris le processus de radicalisation, des dossiers judiciaires et des suivis [Task Force locale] portent sur des mineurs concernés par des infractions terroristes. Qu'il s'agisse de mineurs emmenés par leurs parents sur zone de conflit djihadiste en vue d'intégrer une organisation terroriste, ou de mineurs ayant eux-mêmes adhéré à des idéologies extrémistes, en Belgique, le fait de pouvoir agir dans cette phase de vie où un système protectionnel existe est important pour intervenir le plus tôt possible. Et compte tenu de ce suivi multidisciplinaire, les mesures les plus appropriées pourront être prises dans l'intérêt du jeune et de la société.

Certainement dans le cadre des mineurs qui ont été emmenés par un ou ses parent(s) alors qu'ils avaient moins de 12 ans, il est important de pouvoir les considérer comme entité à partir de 12 ans – au même titre que les autres catégories – pour déterminer leur évolution idéologique sur zone et [au contact] de personnes extrémistes. Les groupements terroristes utilisent aussi des mineurs et parce qu'ils ont grandi et évolué dans cet environnement, on ne peut pas exclure qu'ils peuvent représenter un danger. Le suivi à part entière – c'est-à-dire repris comme entité de la banque de données commune T.E.R. – est donc primordial par principe de précaution que ce soit pour le mineur ou la société.

Et s'ils devaient revenir en Belgique, cette prise en considération dans la banque de données commune T.E.R. et son évaluation de la menace (qui prend en compte les informations à charge et à décharge liées à [l'idéologie], les intentions, le contexte social, les éventuelles formations ou actions menées sur zones, la problématique psychique) permettront de prendre les mesures adéquates pour accompagner ces mineurs dans le meilleur environnement possible compte tenu de [leur] situation spécifique » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/001, S. 53).

Und:

« [Le directeur général de l'OCAM] souligne que les enfants ne sont enregistrés dans aucune base de données, si ce n'est [dans la banque de données commune T.E.R.] dans la fiche de leurs parents s'ils ont moins de 12 ans ou comme entités s'ils ont 12 ans et plus » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3692/002, S. 18).

Wie in B.63.2 erwähnt, geht aus der klaren Formulierung der vorerwähnten Artikel 2 Nr. 4, Artikel 5 Absatz 2 Nr. 5 Buchstabe *a*) und Artikel 6 § 2 Absatz 1 Nr. 1 Punkt 1 und Nr. 2 des angefochtenen Gesetzes hervor, dass ein Minderjähriger nur als Entität in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. erfasst werden darf, wenn er die doppelte Bedingung erfüllt, dass er einerseits das zwölfte Lebensjahr vollendet hat und dass er andererseits sämtlichen Kriterien der Definition von einer der fünf Kategorien von Entitäten, die in Artikel 2 Nrn. 7 bis 11 des angefochtenen Gesetzes erwähnt sind, entspricht. Daraus ergibt sich, dass entgegen dem, was die vorerwähnten Auszüge aus den Vorarbeiten vermuten lassen könnten, ein minderjähriges Kind eines « Foreign Terrorist Fighter », das im Alter von unter zwölf Jahren in eine dschihadistische Konfliktregion gebracht wurde, nicht automatisch ab dem Tag, an dem es das Alter von zwölf Jahren erreicht, und allein aufgrund dieses Umstands in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. als Entität erfasst wird. Ein solches Kind kann nur als Entität in dieser Datenbank erfasst werden, wenn es selbst sämtlichen Kriterien der Definition von einer der fünf in Artikel 2 Nrn. 7 bis 11 des angefochtenen Gesetzes erwähnten Kategorien entspricht.

B.71. Der zweite Beschwerdegrund des dritten Klagegrunds ist in dem in B.70.5 angegebenen Maße begründet. Das angefochtene Gesetz ist für nichtig zu erklären, insofern es das Zugriffsrecht auf Daten der gemeinsamen Datenbank T.E.R. in Bezug auf minderjährige Kinder eines « Foreign Terrorist Fighter », der sich in einer dschihadistischen Konfliktregion aufhält oder aufgehalten hat, nach der Rückkehr dieser Kinder nach Belgien nicht auf die für die Betreuung und den Schutz dieser Kinder zuständigen Dienste, insbesondere die im Bereich Jugendschutz zuständigen Gemeinschaftsdienste, beschränkt.

Im Übrigen ist der zweite Beschwerdegrund des dritten Klagegrunds, vorbehaltlich der in B.70.6 erwähnten Auslegung, unbegründet.

Aus diesen Gründen:

Der Gerichtshof

1. erklärt

- das Gesetz vom 29. März 2024 « zur Schaffung einer gemeinsamen Datenbank ‘ Terrorismus, Extremismus, Radikalisierungsprozess ’ (‘ T.E.R. ’) und zur Abänderung des Gesetzes vom 30. Juli 2018 über den Schutz natürlicher Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten, des Gesetzes vom 30. Juli 2018 zur Einrichtung von Büros für lokale integrale Sicherheit in Sachen Radikalismus, Extremismus und Terrorismus und des Gesetzes vom 5. August 1992 über das Polizeiamt »,

a. insofern es nicht vorsieht, dass bei der Verarbeitung personenbezogener Daten über Minderjährige in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. mindestens ein Personalmitglied beteiligt sein muss, der eine spezifische Schulung absolviert hat und/oder über einschlägige Fachkompetenz in Bezug auf die psychosoziale Situation von Minderjährigen im Kontext von Terrorismus, Extremismus und Radikalisierung verfügt,

b. insofern es nicht die Beteiligung eines unabhängigen Magistrats vorsieht, wenn personenbezogene Daten in Bezug auf Minderjährige unter vierzehn Jahren in der gemeinsamen Datenbank T.E.R. erfasst werden, und

c. insofern es das Zugriffsrecht auf Daten der gemeinsamen Datenbank T.E.R. in Bezug auf minderjährige Kinder eines « Foreign Terrorist Fighter », der sich in einer dschihadistischen Konfliktregion aufhält oder aufgehalten hat, nach der Rückkehr dieser Kinder nach Belgien nicht auf die für die Betreuung und den Schutz dieser Kinder zuständigen Dienste, insbesondere die im Bereich Jugendschutz zuständigen Gemeinschaftsdienste, beschränkt, und

- Artikel 4 desselben Gesetzes,

a. insofern er nicht vorsieht, dass, wenn dies zum einen erforderlich ist, um das Recht der betroffenen Person auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf gegen die Entscheidung, das Überprüfungsverfahren abzuschließen, zu wahren, und zum anderen die fraglichen im

öffentlichen Interesse liegenden Zwecke dem nicht entgegenstehen, die Unterrichtung der betroffenen Person über die in Artikel 146 Absatz 2 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 « über den Schutz natürlicher Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten » vorgesehenen Informationen hinausgehen kann, und

b. insofern er nicht vorsieht, dass die betroffene Person eine Beschwerde bei einem Rechtsprechungsorgan mit voller Rechtsprechungsbefugnis gegen die Entscheidung des Organs für die Kontrolle der polizeilichen Informationen und des Ständigen Ausschusses N einlegen kann,

für nichtig;

2. weist die Klage vorbehaltlich der in B.47.5 und B.70.6 erwähnten Auslegungen und unter Berücksichtigung des in B.22.5 Erwähnten im Übrigen zurück.

Erlassen in französischer, niederländischer und deutscher Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, am 12. März 2026.

Der Kanzler,

Der Präsident,

Nicolas Dupont

Pierre Nihoul